

WIKIPEDIA

Freie Demokratische Partei

Die **Freie Demokratische Partei** (Kurzbezeichnung: **FDP**, von 1968 bis 2001 **F.D.P.**;^[5] Eigenbezeichnung: **Freie Demokraten**, bis 2015 *Die Liberalen*)^[6] ist eine liberale Partei in Deutschland, die im politischen Spektrum im Bereich Mitte^[7] bis Mitte-rechts^[8] eingeordnet wird.

Die FDP war 1949 bis 1956, 1961 bis 1966, 1969 bis 1998, 2009 bis 2013 und ist seit 2021 als jeweils kleinerer Koalitionspartner an der Bundesregierung beteiligt (siehe Liste der deutschen Bundesregierungen). Seit 1949 ist sie als Fraktion der Freien Demokraten mit Ausnahme der 18. Legislaturperiode (2013–2017) durchgehend im Deutschen Bundestag vertreten. Sie ist in dreizehn deutschen Landesparlamenten vertreten und an zwei Landesregierungen beteiligt. Zudem stellt sie eine Reihe von Oberbürgermeistern (darunter in Dresden und Jena) und über 3000 weitere kommunale Mandatsträger. Auf Landesebene stellte die FDP bislang zwei Ministerpräsidenten (1945–1953 in Württemberg-Baden/Baden-Württemberg mit Reinhold Maier sowie Anfang 2020 für 27 Tage in Thüringen mit Thomas Kemmerich).

Historische Vorläufer der FDP fallen in die Frühzeit der demokratischen Bewegung in Deutschland Anfang des 19. Jahrhunderts. Die unmittelbare Linie der Partei geht zurück auf die vor der Märzrevolution abgehaltene Heppenheimer Tagung

Freie Demokratische Partei



ParteivorsitzenderChristian Lindner

vom 10. Oktober 1847 und die am 6. Juni 1861 gegründete Deutsche Fortschrittspartei, die erste deutschlandweite Partei.^[9] Das alljährliche Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar im Staatstheater Stuttgart geht auf die Tagung liberaler Volksvereine am Dreikönigstag 1866 in Stuttgart zurück.^{[10][11]} Die FDP wurde am 12. Dezember 1948 auf dem Gründungsparteitag in Heppenheim^[12] gegründet und wirkte im Anschluss entscheidend an der Ausgestaltung des freiheitlich demokratischen Grundgesetzes und der ersten Bundesregierung mit. Beim Vereinigungsparteitag am 12. August 1990 erfolgte der Zusammenschluss mit den ostdeutschen Verbänden.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltliches Profil

- Wirtschaftspolitik
- Sozialpolitik
- Gesundheitspolitik
- Gesellschaftspolitik
- Familienpolitik
- Innenpolitik
- Bildungspolitik
- Medienpolitik
- Europapolitik
- Klima- und Energiepolitik
- Verkehrspolitik
- Außenpolitik
- Einwanderungs- und Asylpolitik

Generalsekretär	<u>Bijan Djir-Sarai</u>
Stellvertretende Vorsitzende	<u>Wolfgang Kubicki</u> <u>Bettina Stark-Watzinger</u> <u>Johannes Vogel</u>
Bundesgeschäftsführer	<u>Michael Zimmermann</u>
Bundesschatzmeister	<u>Michael Georg Link</u>
Ehrenvorsitzender	<u>Hermann Otto Solms</u> (seit 2020)
Gründung	<u>12. Dezember 1948</u>
Gründungsort	<u>Heppenheim</u>
Hauptsitz	<u>Hans-Dietrich-Genscher-Haus</u> <u>Reinhardtstraße 14</u> <u>10117 Berlin</u>
Jugendorganisation	<u>Junge Liberale</u>
Zeitung	<u>fdplus</u> ^[1]
Parteinahe Stiftung	<u>Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit</u>
Ausrichtung	<u>Liberalismus</u> <u>Wirtschaftsliberalismus</u> <u>Europäischer Föderalismus</u>
Farbe(n)	<u>Gelb, Magenta</u> ^[3]
Bundestagssitze	92/736
Sitze in Landtagen	87/1900
Staatliche Zuschüsse	<u>16.033.499,25 Euro (2021)</u> ^[4]
Mitgliederzahl	<u>77.276</u> (Stand: 31. Dezember 2021) ^[2]
Mindestalter	<u>16 Jahre</u>

Geschichte

Wurzeln des Liberalismus

Liberale Parteien nach 1945

Parteigründung

1949–1969: Wiederaufbau Deutschlands

1969–1982: Zeit in der sozialliberalen Koalition

1982–1990: Schwarz-gelbe Koalition, wirtschaftliche Neuorientierung und Wiedervereinigung

1990–2001: Verluste auf Länderebene und Beginn der Oppositionszeit auf Bundesebene

2001–2009: Oppositionszeit unter dem Vorsitz von Guido Westerwelle

2009–2013: Schwarz-gelbe Koalition im Bund und Verluste in den Ländern

2013–2014: Ausscheiden aus dem Bundestag und mehreren Landtagen

Seit 2015: Zugewinne auf Länderebene und Wiedereinzug in den Bundestag

Logohistorie

Programmgeschichte

Organisationsstruktur

Bundesvorstand

Landesverbände

Vorfeldorganisationen der FDP

Parteizentrale

Parteizeitung

Archiv der FDP

Strömungen

Durchschnittsalter

48 Jahre

(Stand: 31. Dezember 2021)^[2]

Frauenanteil

20,1 Prozent

(Stand: 31. Dezember 2021)^[2]

Internationale Verbindungen

Liberale Internationale (LI)

Europaabgeordnete

5/96

Europapartei

Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)

EP-Fraktion

Renew Europe (RE)

Website

www.fdp.de (<https://www.fdp.de/>)



Hans-Dietrich-Genscher-Haus in der Reinhardtstraße in Berlin-Mitte, Bundesgeschäftsstelle/Parteizentrale der FDP

Schaumburger Kreis

Freiburger Kreis

Liberaler Aufbruch

Libertäre Plattform

Liberale Offensive und Nationalliberale

Finanzen

Unternehmensbeteiligungen und Grundstücke

Geldflüsse und Reinvermögen

Spende der Substantia AG

Spenden unter Möllemann

Haltung zur Spendentransparenz

Nebenorganisationen

Wahlen und Mandate

Bundestagswahlergebnisse seit 1949

Europawahlergebnisse seit 1979

Landtagswahlergebnisse seit 1990

Mandatsträger

Persönlichkeiten

Bundesvorsitzende

Ehrenvorsitzende

Generalsekretäre

Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag

Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages

Bundespräsidenten

Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ministerpräsidenten

Siehe auch

Beteiligung an Bundesregierung

Literatur

Weblinks

Einzelnachweise

Inhaltliches Profil

Der inhaltliche Grundgedanke der FDP ist der Liberalismus, den sie seit jeher traditionell in Deutschland vertreten hat. Ihr fundamentales Ideal besteht somit in der Freiheit des Einzelnen, insbesondere vor staatlicher Gewalt. Dem Ideal der FDP liegt damit ein negativer Freiheitsbegriff zugrunde. Die Ausrichtung der FDP wird wie in einigen zweidimensionalen Modellen des politischen Spektrums vorkommend als nahezu durchgängig wirtschaftsliberal bzw. marktliberal beschrieben.^[13]

Die gegenwärtigen Leitlinien der FDP sind in den *Karlsruher Freiheitsthesen* verankert. Diese wurden auf dem 63. Ordentlichen Bundesparteitag am 22. April 2012 in Karlsruhe beschlossen.^[14] Vorher galten die *Wiesbadener Grundsätze*, die auf dem 48. Ordentlichen Bundesparteitag am 24. Mai 1997 in Wiesbaden beschlossen wurden.

Wirtschaftspolitik

Eigenen Aussagen zufolge orientiert sich die Wirtschaftspolitik der FDP an einer liberalen und sozialen Marktwirtschaft.^[15]

Sie fordert eine staatliche Ordnungspolitik, die dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffe, aber den Markt nicht durch Interventionen verzerren solle.

Zentrales Ziel ist die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Verbesserung des Investitionsklimas. Erreicht werden soll dies unter anderem durch Bürokratieabbau, Privatisierungen, Deregulierung, Abbau von Subventionen und eine Reform des Tarifrechts. Entsprechend sprach sich im Bundestagswahlkampf 2021 Parteichef Christian Lindner für ein „Comeback“ der Angebotspolitik aus.^[16] In der Globalisierung sieht die Partei vor allem Chancen.

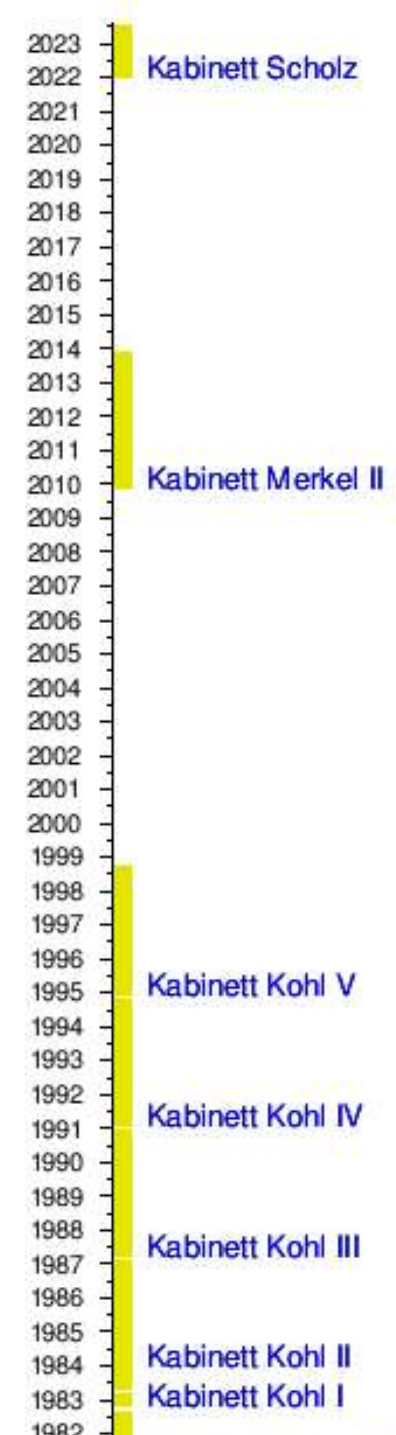
Die Staatsverschuldung soll reduziert werden. Es wird ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldungen angestrebt.

In der Steuerpolitik wird ein einfacheres Steuerrecht gefordert. Das Modell der Einkommensteuer sieht einen Stufentarif vor. Langfristig wird eine sogenannte Flat Tax angestrebt. Durch Steuersenkungen soll die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhöht und die Wirtschaft belebt werden.

Die FDP lehnte im Bundestagswahlkampf 2013 den bundesweiten Mindestlohn ab. Die Partei wollte dagegen Lohnuntergrenzen einführen, die auf Besonderheiten der jeweiligen Regionen und Branchen Rücksicht nehmen.

Sozialpolitik

In der Sozialpolitik wird die Einführung eines Bürgergeldes angestrebt, in dem alle steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates unbürokratisch zusammengefasst werden. Dabei handelt es sich um ein Modell einer negativen Einkommensteuer. Es wäre wie die jetzige Regelung an eine Arbeitsverpflichtung gebunden.^[17] Zusätzlich fordert die Partei bessere Hinzuverdienstgrenzen für Sozialhilfeempfänger und will Einkommen von Jugendlichen aus Familien, welche Sozialhilfe beziehen, bis zur Höhe des Minijobs nicht mehr anrechnen.^[18]



In der Rentenpolitik sieht die FDP aufgrund des demographischen Wandels akuten Handlungsbedarf. Hier schlägt sie vor, das umlagefinanzierte Rentensystem durch eine kapitalgedeckte Aktienrente nach dem Beispiel Schwedens zu ergänzen, um so mittelfristig zu einem steigenden Rentenniveau zu gelangen.^[19] Die Partei plädiert ebenfalls für einen flexiblen Renteneintritt ab 60 Jahren.^[20]

Gesundheitspolitik

Im Bereich der Gesundheitspolitik spricht sich die FDP für einen Abbau bürokratischer Regulierungen aus.^[21] Die FDP schlägt eine Bepreisung von Bürokratie- und Berichtspflichten vor. Derjenige, der sie anfordert, soll sie auch bezahlen.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und die Einführung robotischer Assistenzsysteme soll gefördert werden. Die Entwicklung der Digitalisierung soll internationale technische Standards berücksichtigen, um die Interoperabilität in der Zukunft zu gewährleisten.^[22]

Die Freien Demokraten fordern eine Verbesserung der Investitionsfinanzierung von maximal versorgenden, sowie von kleineren, spezialisierten Krankenhäusern. Fehlanreize für eine Überversorgung im Krankenhausbereich sollen vermieden werden. Eine Ungleichbehandlung von privaten, öffentlichen und konfessionellen Trägern wird ebenso abgelehnt wie die Planungshoheit der gesetzlichen Krankenkassen für die Versorgungsstrukturen.^[23]

Die körperliche Selbstbestimmung wird besonders hervorgehoben. So soll jeder Mensch auch im Rahmen medizinischer Behandlungen das Recht haben, frei über seinen Körper zu bestimmen.^[24] Ein liberales Sterbehilfegesetz wird gefordert.^[25]

Auch sprechen sich die Freien Demokraten für die Gleichberechtigung Homosexueller und Transsexueller^{[26][27][28]} bei der Blutspende aus. Die FDP ist dagegen, dass homosexuelle Männer generell für einen längeren Zeitraum^[29] auf die Blutspende warten müssen als heterosexuelle Männer und will dementsprechend das generelle Blutspendeverbot bei homosexuellen Männern beenden.

Im Bereiche der Fortpflanzungsmedizin fordert die FDP, dass der Zugang zur künstlichen Befruchtung sehr stark vereinfacht^[30] werden soll. So wird von den Freien Demokraten eine Legalisierung der Eizellenspende^[31] befürwortet. Auch will die FDP die Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen^[32] deutlich stärken und die Unterstützungsangebote bei den

Erfüllungen von Kinderwünschen viel umfassender ausbauen. Unter anderem soll die Kryokonservierung (etwa zum Zweck des „Social Freezing“) gefördert werden und die Altersbegrenzung (derzeit zwischen 25 und 40 Jahren) soll an die „Lebenswirklichkeit in Deutschland“ angepasst werden.^[33]

Ebenso spricht sich die FDP dafür aus, dass geschlechtsangleichende Operationen an intersexuellen Kindern ohne medizinische Notwendigkeit^{[34][35]} strengstens verboten sein müssen. Auch setzt sich die FDP für ein Verbot von Konversionstherapien in Bezug auf die Abänderungen der sexuellen Orientierungen^{[36][37][38]} ein.

Ferner strebt die FDP eine kontrollierte Freigabe^{[39][40][41]} von Marihuana an. Die FDP will die Freigabe von Tetrahydrocannabinol-haltigen Hanfblüten für Erwachsene in Apotheken^{[42][43]} nach gesundheitlicher Aufklärung für den Eigenbedarf zugänglich machen.

Gesellschaftspolitik

Ein gemeinsamer Nenner der Freien Demokraten ist die kritische Einstellung zu einer Übermacht des Staates und zu konservativen oder egalitären Gesellschaftsentwürfen. Nach dem Motto „So viel Staat wie nötig, so wenig Staat wie möglich!“ versucht die FDP, die Eingriffe des Staates in das Leben des Einzelnen so weit wie möglich zu beschränken. Daher lehnt sie auch alle Elemente eines Überwachungsstaates ab. Verbindendes Element ist für sie der Gedanke der „Schaffung und Wahrung der Freiheit des Einzelnen“. So trug sie nahezu alle gesellschaftlichen Liberalisierungen mit, die in der Bundesrepublik realisiert wurden.

Familienpolitik

Die FDP setzt sich für die rechtliche Gleichstellung verschiedener Formen des Zusammenlebens ein. Die Ehe zwischen Mann und Frau dürfe gegenüber anderen Formen des Zusammenlebens nicht bevorzugt werden. Gleichgeschlechtliche Paare sollen die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare erhalten. Beispielsweise befürwortet die FDP das Recht auf die Simultanadoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare. So setzt sich die FDP auch dafür ein, dass zum Beispiel im Falle einer Sukzessivadoption durch ein rein weibliches Elternpaar die Frau der leiblichen Mutter^{[44][45]} ohne Eignungsnachweis als zweiter Elternteil anerkannt werden können muss. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche

Paare wurde unterstützt, auch wenn die Bundestagsfraktion noch 2012 während der CDU-FDP-Koalition Kabinett Merkel II fast geschlossen gegen diese gestimmt hatte.^[46] Das Ehegattensplitting soll beibehalten werden. Der Ausbau von Kindergartenplätzen soll bundesweit verstärkt werden.

Innenpolitik

Die FDP spricht sich u. a. gegen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten bei Telefon und Internet aus.^[47]

Umstritten war auch der „Große Lauschangriff“: 1995 führte die FDP dazu eine Urabstimmung durch, bei der sich eine Mehrheit von 63,6 Prozent für die Möglichkeit aussprach, nach Zustimmung eines Richters eine Privatwohnung abhören zu lassen.^[48] Als Reaktion auf das Ergebnis trat die damalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) von ihrem Amt zurück. Als 1998 der Bundestag das betreffende Gesetz verabschiedete, erhoben einige prominente FDP-Mitglieder aus dem linksliberalen Flügel der Partei teilweise erfolgreich Verfassungsbeschwerde. Der Bundesparteitag im Mai 2005 in Köln hat inzwischen wieder die Abschaffung des Großen Lauschangriffs gefordert.

Der Bundesvorstand der FDP sprach sich in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 außerdem gegen die Möglichkeit zu Online-Durchsuchungen aus, da diese einen schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellten.^[49]

Die Freien Demokraten stehen einer Verschärfung der Strafgesetze kritisch gegenüber. Das jetzige Recht reiche aus, um die innere Sicherheit zu gewährleisten. Sie fordert stattdessen die Einstellung von mehr Polizeibeamten, Richtern und Staatsanwälten, um die Sicherheit zu erhöhen und die Gerichtsverfahren zu beschleunigen. Außerdem wird eine bessere Resozialisierung insbesondere für jugendliche Straftäter gefordert.

Die FDP fordert zudem, dass eine doppelte Staatsbürgerschaft zukünftig problemlos möglich sein soll.

Bildungspolitik

Ein Ziel der FDP ist die vorschulische Förderung der Kinder. So soll es ab dem vierten Lebensjahr verbindliche Sprachtests geben, um mögliche sprachliche Schwächen, z. B. von Kindern mit Migrationshintergrund, zu erkennen und diese rechtzeitig vor der Schule in einer sogenannten Startklasse trainieren zu können. Kinderbetreuung soll entsprechend dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, halbtags zwischen dem dritten Lebensjahr und der Einschulung (oder der Startklasse), für Kinder und Eltern kostenlos sein. Schon in der ersten Klasse soll spielerisch mit Fremdsprachenunterricht als festem Bestandteil des Unterrichtsplans begonnen werden.

Außerdem stehen die Freien Demokraten zum gegliederten Schulsystem und lehnen eine Einheitsschule ab, da sie ihrer Meinung nach zu wenig leistungsorientiert und individuelle Förderung nicht ausreichend gewährleistet sei. In Regionen mit besonderen sozialen und regionalen Herausforderungen fordert die FDP Talentschulen.^[50] So soll ein Ausgleich der sozialen Nachteile im Sinne der Chancengerechtigkeit stattfinden. Zudem fordert die FDP stärkere Autonomie für Schulen und möchte künftig 1 Prozent des Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung investieren.^[51]

Zusammen mit weiteren Bundestagsfraktionen hat die FDP das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot gelockert.^[52] Seitdem ist es dem Bund erlaubt, sowohl Investitionen in die Infrastruktur als auch in qualitätsfördernde Maßnahmen von Bildung zu tätigen.

Die FDP tritt für nachlaufende Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen ein. Das bedeutet, dass der betroffene Student vor allem nach dem Absolvieren des Studienfachs die Studiengebühren bezahlen soll. Außerdem fordert sie, forschungsfeindliche Gesetze und Verordnungen zu ändern oder abzuschaffen, um damit den Forschungsstandort und die Freiheit von Forschung und Lehre Deutschland zu sichern. Die Stammzellenforschung soll gefördert werden.

Im Bereiche des schulischen Unterrichts will die FDP mit Hilfe einer naturwissenschaftlich technischen Bildungsinitiative^[53] verstärkt die Kompetenzen von Grundschulern und Gymnasiasten in den MINT-Fächern^[54] fördern.

Außerdem spricht sich die FDP gegen die in Berliner und Brandenburger Grundschulen und in fünften und sechsten Klassen der Gymnasien geplante Zusammenlegung der Fächer Politische Bildung, Erdkunde und Geschichte aus. Auch fordert die FDP nach der Einführung von mehr Aufstiegsscouts an weiterführenden Schulen. Ebenso beabsichtigt die FDP, dass auf die Wissensvermittlung^{[55][56]} an weiterführenden Schulen wieder ein größerer Schwerpunkt gelegt werden soll.

Medienpolitik

Der Umfang des öffentlich rechtlichen Rundfunk und die Rundfunkbeiträge sollen nach dem Konzept der FDP reduziert werden. Diese Position stößt auf Kritik etwa von Seiten des Deutschen Journalisten-Verbandes, der darin eine „populistische“ Forderung sieht.^[57]

Die FDP will Computerspiele als Kulturgut stärker fördern. In einem FDP-Antrag aus dem Oktober des Jahres 2019 werden Computerspiele als *Treiber für Innovation und Kreativität* von der FDP bezeichnet. Ebenso setzt sich die FDP dafür ein, dass E-Sports als Sport anerkannt werden.^[58]

Europapolitik

Die FDP bezeichnet sich selbst als *die* Europapartei.^[59] Sie will eine politisch integrierte Europäische Union mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik. Über den Vertrag von Lissabon hätte nach FDP-Sicht in einer Volksabstimmung entschieden werden sollen. Sie tritt für eine politisch handlungsfähige Union ein. Ein Beitritt der Türkei zur EU wird abgelehnt, stattdessen treten die Liberalen für enge Beziehungen im Rahmen der Militär- und Wirtschaftspolitik ein.^[60] Die Vertiefung der EU habe Vorrang vor der Erweiterung. Die Partei befürwortet außerdem das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA.

Klima- und Energiepolitik

Die Bekämpfung des Klimawandels ist laut Partei Menschheitsaufgabe. In der Umweltpolitik fordert die FDP ein strenges CO₂-Limit über den Emissionsrechtehandel.^[61] Der Handel mit Emissionsrechten soll dabei auf alle emittierenden Sektoren ausgeweitet werden, die Anzahl der ausgegebenen Zertifikate jährlich sinken. Über eine jährlich an die Bürger

auszuzahlende Klimadividende will die Partei Klimaschutz zudem sozial verträglich gestalten.^[62]

In der Energiepolitik fordert die Partei Versorgungssicherheit sowie den marktwirtschaftlichen Ausbau erneuerbarer Energien. Der schnelle Ausstieg aus der Kernenergie wurde lange kritisch gesehen. Seit den Ereignissen im Kernkraftwerk Fukushima gab es eine parteiinterne Diskussion um einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie; inzwischen wird dieser genauso wie der mittelfristige Umstieg auf erneuerbare Energien unterstützt.

Die FDP beschäftigt seit 2018 einen Referenten für Umwelt- und Klimapolitik, welcher 2019 sagte, dass er nicht davon ausgehe, „dass wir eine Klimakrise oder einen Klimanotstand haben“. Das Problem sei hingegen, dass die Politik von Aktivisten getrieben würde. Zu Studien zu den Folgen der globalen Erwärmung sagte er: „So wie ich die Studien lese, werden wir selbst in den Worst-Case-Szenarien in einer Welt mit viel mehr Wohlstand leben.“ Der Klimaforscher Stefan Rahmstorf nennt diese und weitere Aussagen „Ladenhüter aus der Klimaskeptikerszene“. 2013 trat der Referent bei einer Veranstaltung neben Fred Singer auf einer Veranstaltung der Lobbyorganisation EIKE auf.^{[63][64]}

Die FDP beauftragte Alexander Eisenkopf und Andreas Knorr mit einem Gutachten zum Tempolimit, welches 2023 veröffentlicht wurde. Beide Autoren sind dafür bekannt, Zweifel am menschengemachten Klimawandel in Veröffentlichungen zu suggerieren, und verwenden als Quellen auch EIKE und Gerd Ganteför.^[65] Innerhalb der Partei vertraten außerdem Frank Schäffler, Nicola Beer und Rainer Brüderle offen klimaskeptische Positionen (siehe auch Klimawandelleugnung in Deutschland).^[66]

Verkehrspolitik

Die FDP spricht sich dafür aus, Verkehrswege weiter auszubauen und die dafür erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen. Eine staatlich verordnete Verkehrswende weg vom Verbrennungsmotor hin zur Elektromobilität lehnt die Partei derzeit ab.^{[67][68][69]} Auch ein generelles Tempolimit auf Autobahnen oder eine Absenkung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten wird abgelehnt.^{[70][71]}

Außenpolitik

Die FDP steht Bundeswehreinsätzen kritisch gegenüber und sieht sie lediglich als Ultima Ratio – und nur mit einem UN-Mandat – für gerechtfertigt an. Die Bundeswehr soll ein starker NATO-Partner sowie eine Parlaments- und Berufsarmee sein. Unter anderem deshalb setzten die Freien Demokraten die Aussetzung der Wehrpflicht durch. Zukünftig strebt die FDP den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamen Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle an.^[72]

International fordert die FDP eine entschiedenere Durchsetzung und Förderung der Menschen- und Freiheitsrechte, die weitere Vorantreibung von Abrüstungsbemühungen sowie eine Reform der Vereinten Nationen. Die von der Kommunistischen Partei Chinas vorangetriebene Politik in Hongkong kritisierte die Partei als Völkerrechtsbruch.^[73] Um Verstöße gegen Menschen- und Völkerrecht zu sanktionieren, setzt sich die Partei unter anderem für einen personenbezogenen Sanktionsmechanismus nach Vorbild des Magnitsky Acts ein.^[74]

Einwanderungs- und Asylpolitik

In der Zuwanderungspolitik fordern die Freien Demokraten eine klare Trennung von Einwanderung und Asyl bzw. Flucht, wobei über ein neu zu schaffendes Einwanderungsgesetz qualifizierte Einwanderung erleichtert und beim humanitären Schutz schnellere und klarere Verfahren geschaffen werden sollen: So soll etwa ein neuer, temporärer Schutzstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge geschaffen werden. Die Arbeitserlaubnispflicht von Asylbewerbern soll ebenso wie die als ungerechtfertigten Freiheitseingriff angesehene Residenzpflicht für Flüchtlinge abgeschafft werden. Weiterhin fordert die FDP, dass die Kommunen entlastet werden und der Bund mehr Kosten übernimmt.

Mittelfristig soll ein gemeinsames EU-Asylrecht mit einem europäischen Quotensystem geschaffen werden, welches Asylbewerber auf die Mitgliedsstaaten verteilt.

Flüchtlingen soll bereits in ihren Herkunftsländern geholfen werden, indem in den betroffenen Ländern Hilfe vor Ort geleistet wird (Fluchtursachenbekämpfung). Für akut bedrohte Menschen soll ein humanitäres Visum eingeführt und die Asyl-Antragstellung im Ausland ermöglicht werden, um ihnen eine lebensgefährliche Flucht zu ersparen. Die Westbalkanstaaten sollen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, um den Andrang aus diesen Staaten einzudämmen.

Bezüglich der Einwanderung von Fachkräften setzt sich die FDP dafür ein, „die Regelungen für die Fachkräftezuwanderung stark zu vereinfachen“, beispielsweise die Mindestverdienstgrenze massiv abzusenken und bereits nach zwei Jahren den Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis (ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht) bei Nachweis von Sprachkenntnissen zu

begründen.^[75]

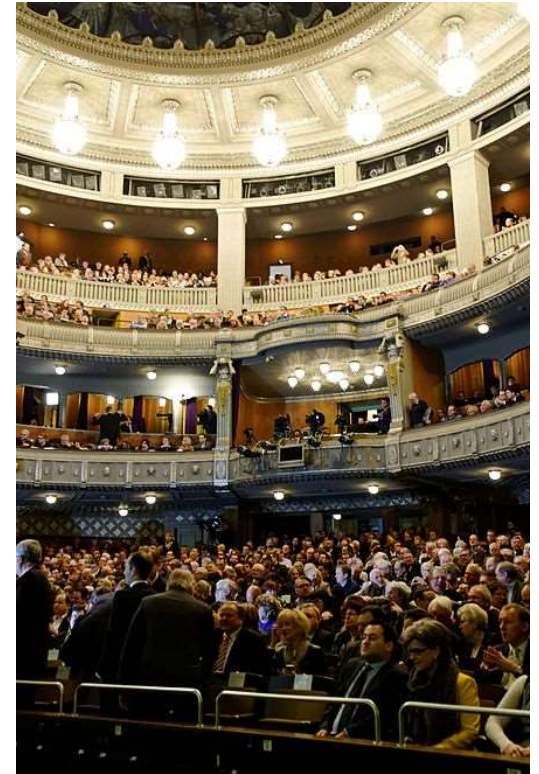
Geschichte

Der Liberalismus ist die älteste der modernen politischen Bewegungen. Er entstammt der Epoche der Aufklärung. Die „Freie Demokratische Partei“ (FDP) steht in der Tradition des klassischen Liberalismus, sie ist als politisch-liberale Wiedergründung der Nachkriegszeit in den drei westlichen Besatzungszonen der sozialen Marktwirtschaft verbunden.

Die Partei wurde 1948 von ehemaligen Mitgliedern der DDP und der DVP gegründet. Die LDPD und die NDPD, als ehemalige DDR-Blockparteien, sowie die DFP und die F.D.P. der DDR, welche der Bürgerbewegung in der DDR entstammten, gingen 1990 in der gesamtdeutschen FDP auf.

Das traditionelle Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar im Staatstheater Stuttgart geht auf die erste Landesvertretertagung der Volksvereine der württembergischen Demokratischen Volkspartei (DVP) von 1866 zurück. Am 6. Januar 1946 wurde die DVP in Stuttgart erneut gegründet. Nach einer zwölfjährigen Zwangsunterbrechung während des Nationalsozialismus nahm sie damit die Tradition des Dreikönigstreffens wieder auf und beteiligte sich 1948 an der Gründung der FDP.^[76] Heute ist das Dreikönigstreffen der FDP eine Großveranstaltung mit bundespolitischer Bedeutung.

Die FDP trug bis 15. Juni 2014 von allen Parteien am längsten Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich insgesamt 46 Jahre, jedoch immer als kleinerer der Koalitionspartner. In der Opposition war sie nur von 1956 bis 1961, von 1966 bis 1969 und von 1998 bis 2009. Sie stellte acht Vizekanzler in insgesamt 15 verschiedenen Kabinetten sowie mit Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Klaus Kinkel und Guido Westerwelle vier deutsche Außenminister. Weitere klassische FDP-Ministerressorts sind Justiz und Wirtschaft. Mit Theodor Heuss (1949–1959) und Walter Scheel (1974–1979) stellte sie zudem bisher zwei Bundespräsidenten. Das bisher beste Wahlergebnis bei Bundestagswahlen



Das Dreikönigstreffen der Freien Demokraten hat sich aus seinen liberalen Anfängen in den 1860er Jahren zu einer Großveranstaltung mit bundespolitischer Bedeutung entwickelt, Stuttgart, 6. Januar 2015

erzielte sie 2009 mit Guido Westerwelle als Spitzenkandidat. Bei den darauf folgenden Bundestagswahlen konnte die FDP die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden, was den erstmaligen Nichteinzug der FDP in den Bundestag für eine Legislaturperiode bedeutete.

Ein Archiv an Programmen und zeitgeschichtlich bedeutenden Dokumenten auf Europa-, Bundes- und Landesebene, die die deutschen Liberalen seit 1945 hervorgebracht haben, findet sich auf der Website der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.^[77]

Wurzeln des Liberalismus

→ Hauptartikel: „Deutschland“ im Artikel Geschichte liberaler Parteien

Die liberale Bewegung setzte sich am Anfang des 19. Jahrhunderts im Zuge der Aufklärung für mehr Rechte der unteren Schichten und die nationale Einigung ein. Liberale Gruppen, die zum großen Teil aus Studenten und anderen Intellektuellen bestanden, protestierten für „Einheit und Freiheit“. Darauf folgten Gegenmaßnahmen der reaktionären Kräfte Deutschlands, besonders durch Kanzler Metternich, den die liberale Märzrevolution im Jahr 1848 zum Rücktritt zwang. Ab 1849 jedoch war die Revolution mangels Strukturen und Organisation im Lager der Liberalen erschöpft und die Monarchie setzte sich wieder durch, wenn auch das liberale Gedankengut fest verwurzelt blieb und zum Beispiel dem preußischen König bei der Durchführung seiner Politik bis zu Bismarcks Einspringen Probleme bereitete.

Die 1861 gegründete Deutsche Fortschrittspartei war die erste Partei im modernen Sinne, mit einem Parteiprogramm und klaren politischen Zielen. Ihr rechter Flügel spaltete sich 1867 ab und bildete fortan die Nationalliberale Partei, während sich der verbliebene linke Flügel zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs mehrfach umbenannte und neu formierte. Zusammen mit der Liberalen Vereinigung, einer Abspaltung am linken Rand der Nationalliberalen, schloss sich die Fortschrittspartei 1884 zur Deutschen Freisinnigen Partei zusammen. Die Fusion endete 1893, als sich die Freisinnigen wieder in zwei eigenständige Parteien, die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung, spalteten. Beide Parteiengruppen gingen 1910 unter Einschluss der Deutschen Volkspartei in der Fortschrittlichen Volkspartei auf.



Führende Köpfe der
nationalliberalen Partei, Holzschnitt
um 1878

In der Weimarer Republik knüpften die nationalliberale Deutsche Volkspartei und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (ab 1930 Deutsche Staatspartei) an die Vorgängerorganisationen aus der Kaiserzeit an. Ihre Mitglieder waren später maßgeblich an den Gründungen der liberalen Parteien in der Nachkriegszeit beteiligt.

Liberalen Parteien nach 1945

Bald nach Kriegsende forcierte die Sowjetische Militäradministration die Gründung von Parteien. Daraufhin riefen Anfang Juli 1945 die ehemaligen DDP-Mitglieder Wilhelm Külz, Eugen Schiffer sowie dessen Schwiegersohn Waldemar Koch zur Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) als gesamtdeutscher Organisation auf,^[78] die jedoch aufgrund der zögerlichen Genehmigung in den drei Westzonen lediglich in der Ostzone konstituiert wurde. Im Oktober 1946 erreichten die Liberaldemokraten bei den einzigen freien Landtagswahlen in den sowjetisch besetzten Gebieten zwischen 7,8 Prozent in Groß-Berlin (Ost) und 29,9 Prozent in Sachsen-Anhalt, wo sie mit Erhard Hübener sogar den einzigen nichtkommunistischen Ministerpräsidenten stellten. Die LDP musste sich jedoch als „Blockpartei“ bald dem Führungsanspruch der SED unterordnen und konnte dementsprechend keine eigenständige Politik mehr betreiben.

Unterdessen gründete sich im September 1945 in Hamburg die Partei Freier Demokraten (PFD) als bürgerliche Linkspartei und erste liberale Partei in den Westzonen. Im Oktober 1946 erreichte die nunmehr FDP genannte Partei bei den ersten Hamburgischen Bürgerschaftswahlen 18,2 Prozent. Des Weiteren wurde im Januar 1946 im Südwesten die Demokratische Volkspartei (DVP) wiederbegründet, die 1946/47 bei den ersten württemberg-badischen bzw. württemberg-hohenzollerischen Landtagswahlen ähnlich stark abschnitt. Auch in den übrigen Ländern erfolgten Neugründungen liberaler Parteien. Unter anderem erzielte die FDP Hessen, die bei ihrer Gründung im Dezember 1945 noch als *Liberaldemokratische Partei* firmiert hatte, durch eine Listenverbindung mit den Heimatvertriebenen, die seinerzeit noch nicht eigenständig kandidieren durften, im November 1950 bei den hessischen Landtagswahlen mit 31,8 Prozent das beste Landtagswahlergebnis ihrer Geschichte.



Wilhelm Külz (1946), Gründer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands

In den Zonen und Ländern traten die Liberalen zunächst teilweise unter verschiedenen Namen auf:

Hamburg: Partei Freier Demokraten (PFD) 1945–1946;
Bremen: Bremer Demokratische Volkspartei (BDV) 1945–1952;
Bremen: Freie Demokratische Partei Bremen (FDP) 1946–1947;
Bayern: Deutsche Demokratische Partei (DDP) 1945–1946;
Bayern: Freie Demokratische Partei (FDP);
Hessen: Deutsche Demokratische Partei (DDP) 1945–1946;
Hessen: Liberal-Demokratische Partei Hessen (LDP) 1946–1948;
Hessen-Pfalz: Sozialer Volksbund (SV) 1946–1947;
Rheinland: Liberale Partei des Rheinlands (LP) 1945–1947;
Rheinland-Pfalz: Demokratische Partei (DP) 1947–1948;
Württemberg-Baden: Demokratische Volkspartei (DVP) 1945–1952;
Baden: Demokratische Partei (DemP) 1946–1948;
Württemberg-Hohenzollern: Demokratische Volkspartei (DVP) 1946–1953;
Saarland: Demokratische Vereinigung des Saarlands (DVS) 1945–1947;
Saarland: Demokratische Partei Saar (DPS) 1947–1951 und 1955–1957;
Britische Zone: Freie Demokratische Partei (FDP);
SBZ: Deutsche Demokratische Partei (DDP) 1945;
SBZ/DDR: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP; ab 1951 LDPD) 1945–1990;
Deutschland: Demokratische Partei Deutschlands (DPD) 1947–1948

Am 17. März 1947 wurde in Rothenburg ob der Tauber die Demokratische Partei Deutschlands (DPD) als gesamtdeutsche Partei gegründet. Als gleichberechtigte Vorsitzende wählten die Delegierten Theodor Heuss (DVP) und Wilhelm Külz (LDP). Die Geschäftsstellen der Partei wurden in Frankfurt am Main, als Sitz der Bizonenverwaltung, und Berlin, als Sitz der Ostzonenverwaltung, eingerichtet. Aufgrund von Auseinandersetzungen wegen des konziliananten politischen Kurses von Külz gegenüber den sowjetischen Militärbehörden konnte sich dieses Projekt jedoch nicht dauerhaft etablieren. Im Januar 1948 fand die letzte Gesamtvorstandssitzung statt, eine formale Auflösung erfolgte nicht.

Parteigründung

Die FDP wurde auf dem Gründungsparteitag am 11./12. Dezember 1948 in Heppenheim an der Bergstraße als ein Zusammenschluss aller 13 liberalen Landesverbände der drei westlichen Besatzungszonen ins Leben gerufen.^[79] Der Name *Liberaldemokratische Partei* konnte sich dabei nicht durchsetzen, der Name *Freie Demokratische Partei* wurde von den Delegierten der Landesverbände mit 64 gegen 25 Stimmen gebilligt. Erster Vorsitzender war Theodor Heuss, dessen Stellvertreter Franz Blücher. Der Ort der Parteigründung war mit Bedacht gewählt worden, denn am 10. Oktober 1847 hatte hier mit der Heppenheimer Versammlung ein Treffen führender süd- und westdeutscher Liberaler stattgefunden, das den Auftakt zur deutschen Revolution 1848/49 bilden sollte.

Bis in die 1950er Jahre hinein standen einige Landesverbände der FDP rechts von den Unionsparteien, die ihrerseits anfänglich noch Konzepten eines christlichen Sozialismus nachhingen. Mit national orientierten Grundwerten wurde um Stimmen auch ehemaliger Nationalsozialisten und Beamter des NS-Staates geworben. So ist es dann für die damalige Einordnung bezeichnend, dass die FDP im Deutschen Bundestag stets „rechts außen“ zu finden war, indem ihr die Plätze rechts von der Union zugewiesen werden.

1949–1969: Wiederaufbau Deutschlands

Bei den ersten Wahlen zum Bundestag am 14. August 1949 errang die FDP einen Stimmenanteil von 11,9 Prozent (bei 12 Direktmandaten, vor allem in Württemberg-Baden und Hessen) und erhielt somit 52 von 402 Sitzen. Im September desselben Jahres wurde der FDP-Vorsitzende Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Bei seiner Wiederwahl 1954 erhielt er mit 871 von 1.018 Stimmen (85,6 Prozent) der Bundesversammlung das bis heute beste Wahlergebnis eines Bundespräsidenten. Zugleich wurde Adenauer auf Vorschlag des neuen Bundespräsidenten mit äußerst knapper Mehrheit zum ersten Bundeskanzler gewählt. Die FDP beteiligte sich mit CDU/CSU und DP an Adenauers Koalitionskabinett und stellte mit Franz Blücher (Vizekanzler, Minister für Angelegenheiten des Marshallplanes), Thomas Dehler (Justiz) und Eberhard Wildermuth (Wohnungsbau) drei Minister.^[80]



Einladung zum FDP-
Gründungsparteitag 1948 in
Heppenheim

In den bedeutendsten Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Deutschlandpolitik stimmte die FDP mit ihren Koalitionspartnern CDU/CSU überein. Allerdings empfahl sich die FDP den bürgerlichen Wählern als laizistische Partei, die die Konfessionsschulen ablehnte und den Unionsparteien Klerikalisierung vorwarf. Die FDP bekannte sich auch als konsequente Vertreterin der Marktwirtschaft, während die CDU damals nominell vom *Ahlener Programm* geprägt war, das einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus erlaubte; Ludwig Erhard, der „Vater“ der sozialen Marktwirtschaft, hatte seine Anhänger in den ersten Jahren der Bundesrepublik eher in der FDP als in der Union.

Auf ihrem Bundesparteitag 1951 in München verlangte sie die Freilassung aller „so genannten Kriegsverbrecher“ und begrüßte die Gründung des Verbands deutscher Soldaten aus ehemaligen Wehrmachts- und SS-Angehörigen, um die Integration der nationalistischen Kräfte in die Demokratie voranzubringen. Die nach Werner Naumann benannte Naumann-Affäre (1953) kennzeichnet den Versuch alter Nationalsozialisten, die Partei zu unterwandern, die in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen viele rechtskonservative und nationalistische Mitglieder hatte. Nachdem die britischen Besatzungsbehörden sieben prominente Vertreter des Naumann-Kreises verhaftet hatten, setzte der FDP-Bundesvorstand eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Thomas Dehler ein, die insbesondere die Zustände in der nordrhein-westfälischen FDP scharf rügte. In den folgenden Jahren verlor der rechte Flügel an Kraft, die extreme Rechte suchte sich zunehmend Betätigungsfelder außerhalb der FDP. Bei der Bundestagswahl 1953 erhielt die FDP 9,5 Prozent der Zweitstimmen, 10,8 Prozent der Erststimmen (bei 14 Direktmandaten, vor allem in Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Württemberg und Oberfranken) und 48 von 487 Mandaten.

In der zweiten Legislaturperiode des Bundestages gewannen Kräfte der süddeutschen Liberaldemokratie in der Partei an Einfluss. Mit Thomas Dehler übernahm ein Vertreter eines eher linksliberalen Kurses den Partei- und Fraktionsvorsitz. Der ehemalige Justizminister Dehler, der nach 1933 unter der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zu leiden hatte, wurde bekannt durch seine rhetorische Schärfe. Generell waren die verschiedenen Landesverbände sehr eigenständig und setzten so von Land zu Land unterschiedliche Akzente innerhalb der liberalen Politik. Nachdem die FDP Anfang 1956 die Koalition mit der CDU in Nordrhein-Westfalen verlassen und mit SPD und Zentrum eine neue Landesregierung gebildet hatte, traten



FDP-Wahlplakat zur Bundestagswahl 1949 mit der Forderung nach Beendigung der Entnazifizierung

insgesamt 16 Bundestagsabgeordnete, darunter die vier Bundesminister, aus der FDP aus und gründeten die kurzlebige Freie Volkspartei, die dann bis zum Ende der Legislaturperiode anstelle der FDP an der Bundesregierung beteiligt war. Die FDP ging damit erstmals in die Opposition.^[81]

Als einzige der kleineren Nachkriegsparteien überlebte die FDP trotz vieler Probleme. 1957 erreichte sie noch 7,7 Prozent der Stimmen und ihr bis 1990 letztes Direktmandat, womit sie im Bundestag 41 von 497 Sitzen innehatte. Allerdings blieb sie trotzdem in der Opposition, weil die Union die absolute Mehrheit errang. Im Folgenden setzte sich die FDP beispielsweise für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein.

Bereits vor der Wahl war Dehler als Parteivorsitzender abgetreten. Auf dem Bundesparteitag in Berlin Ende Januar 1957 löste ihn Reinhold Maier ab. Dehlers Funktion als Fraktionsvorsitzender übernahm nach der Bundestagswahl der sehr national eingestellte Erich Mende. 1960 wurde Mende auch Parteivorsitzender.

Nach der Bundestagswahl 1961 (bei der sie mit 12,8 Prozent ihr bis dahin bestes bundesweites Ergebnis erzielte) beteiligte sich die FDP nach schwierigen Verhandlungen wiederum an einer Koalition mit der CDU. Obwohl sich vor der Wahl darauf geeinigt wurde, auf keinen Fall weiterhin zusammen mit Adenauer in einer Regierung zu sitzen, wurde Adenauer erneut Kanzler, jedoch unter der Maßgabe, nach zwei Jahren zurückzutreten. Diese Ereignisse brachten der FDP den Spottnamen der „Umfallerpartei“ ein.

In der Spiegel-Affäre zog die FDP ihre Minister aus der Bundesregierung ab. Zwar wurde die Koalition unter Adenauer 1962 noch einmal erneuert, doch unter der Bedingung, im Oktober 1963 zurückzutreten. Das trat auch ein, neuer Kanzler wurde Ludwig Erhard. Dies war für Erich Mende wiederum der Anlass, ins Kabinett einzutreten: Er übernahm das eher unbedeutende Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.



FDP-Bundespräsident Theodor Heuss (links) mit Bundeskanzler Adenauer, 1953



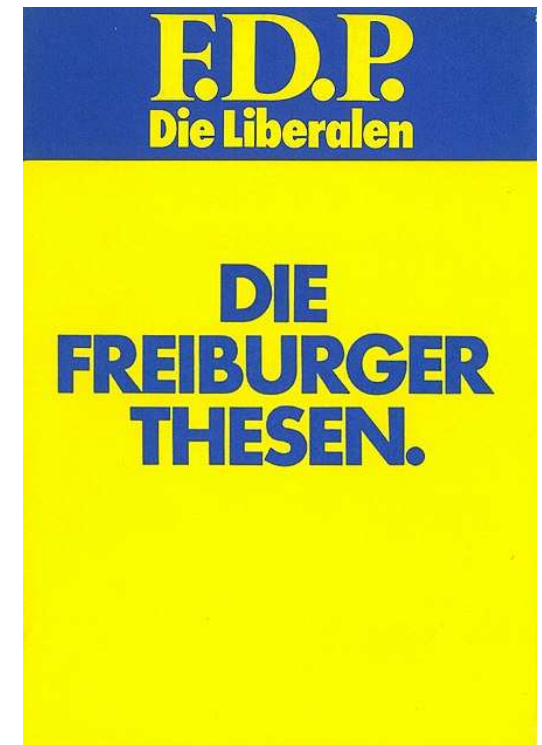
FDP-Flagge ab 1952

Bei der Bundestagswahl 1965 erlangte die FDP 9,5 Prozent. Die Koalition mit der CDU zerbrach 1966 am Thema Steuererhöhungen, und es folgte eine Große Koalition zwischen CDU und SPD. In der Opposition bahnte sich auch ein Kurswechsel an: Die bisherige Außenpolitik und auch die Haltung zu den Ostgebieten wurden diskutiert. Zum neuen Vorsitzenden wählten die Delegierten 1968 Walter Scheel, einen europäisch ausgerichteten Liberalen, der zwar aus dem nationalliberalen Lager kam, aber mit Willi Weyer und Hans-Dietrich Genscher die neue Mitte der Partei anführte. Diese Mitte bemühte sich darum, die FDP koalitionsfähig mit beiden Großparteien zu machen. Dabei näherten sich die Liberalen durch ihre Neuorientierung in der Ost- und Deutschlandpolitik besonders der SPD an.

1969–1982: Zeit in der sozialliberalen Koalition

Nach der Bundestagswahl 1969 begann am 21. Oktober die Periode einer sozialliberalen Koalition mit der SPD und dem Bundeskanzler Willy Brandt. Walter Scheel war es, der die außenpolitische Wende einleitete. Trotz einer sehr knappen Mehrheit setzten er und Willy Brandt die umstrittene Neue Ostpolitik durch. Diese Politik war innerhalb der FDP durchaus umstritten, zumal dem Eintritt in die Bundesregierung Niederlagen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saarland am 14. Juni 1970 folgten. In Hannover und Saarbrücken schied die Partei aus dem Landtag aus.

Nachdem der Bundesparteitag in Bonn nur eine Woche später die Politik der Parteiführung gestützt und Scheel im Amt bestätigt hatte, gründeten Parteirechte um Siegfried Zoglmann am 11. Juli 1970 auf der Hohensyburg einen „überparteilichen“ Verein namens Nationalliberale Aktion mit dem Ziel, den linksliberalen Kurs der Partei zu beenden und Scheel zu stürzen. Dies gelang jedoch nicht. Zoglmann unterstützte im Oktober 1970 einen Missbilligungsantrag der Opposition gegen Finanzminister Alex Möller; Erich Mende und Heinz Starke verfuhrten ebenso. Wenig später erklärten alle drei ihren Austritt aus der FDP; Mende und Starke traten der CDU bei, Zoglmann gründete später die Deutsche Union, die über den Status einer Splitterpartei nicht hinauskam.



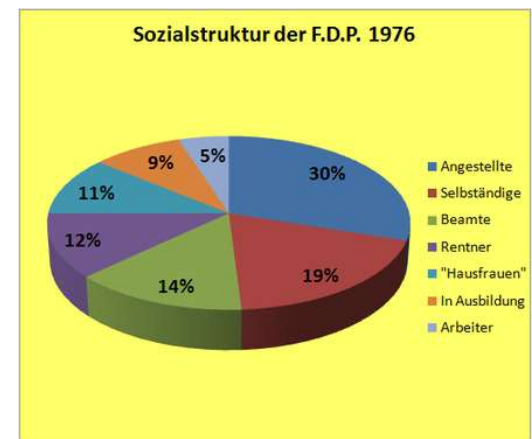
Freiburger Thesen, FDP-
Grundsatzprogramm von 1971

Die außenpolitische sowie die gesellschaftspolitische Wende wurden 1971 durch die Freiburger Thesen, die als Rowohlt-Taschenbuch mehrere 100.000-mal verkauft wurden, auf eine theoretische Grundlage gestellt, die FDP verpflichtete sich darin auf „Sozialen Liberalismus“ und gesellschaftliche Reformen. Walter Scheel war zunächst Außenminister und Vizekanzler, 1974 wurde er dann zweiter liberaler Bundespräsident und machte damit den innerparteilichen Weg für den bisherigen Innenminister Hans-Dietrich Genscher frei. Von 1969 bis 1974 stützte die FDP Bundeskanzler Willy Brandt, danach regierte sie an der Seite Helmut Schmidts.

Im Jahre 1977 vollzog sich erneut eine programmatische Wende. Die Freiburger Thesen wurden durch die Kieler Thesen abgelöst, die eine Abkehr von sozialliberalen Themen beinhaltete. Die Partei wendete sich verstärkt dem Wirtschaftsliberalismus zu und positionierte sich als Korrektiv zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des linken SPD-Flügels. Bereits am Ende der 1970er Jahre schienen die Übereinstimmungen zwischen FDP und SPD nicht mehr für eine Koalition ausreichend zu sein, aber die beiderseits abgelehnte Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß für die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1980 schweißte SPD und FDP nochmal zusammen. Die sozialliberale Koalition wurde schließlich nochmal bestätigt, auch wegen eines starken Wahlergebnisses der FDP (10,6 %). Die FDP sah jedoch immer mehr die Differenzen zur SPD, vor allem in der Wirtschaftspolitik. In der Haltung zur Frage des NATO-Doppelbeschlusses hatte Kanzler Schmidt seine eigene SPD immer weniger hinter sich.^[82] Auch wurden Widersprüche innerhalb der FDP immer größer.



Zweiter FDP-Bundespräsident
Walter Scheel, 1974



Sozialstruktur der FDP, 1976



Koalitionsverhandlungen von FDP und SPD 1969



Auf einer Tagung des FDP-Vorstandes 1974



FDP-Bundesparteitag 1976 in Frankfurt



FDP-Bundesparteitag 1978 in Mainz



FDP-Bundesparteitag 1980 in Freiburg

Schon bald nach der Regierungsbildung 1980 zeigten sich die Risse der beiden Koalitionspartner immer deutlicher. Im Sommer 1981 forderte FDP-Parteichef Hans-Dietrich Genscher in einem Brief an die FDP-Mitglieder indirekt die SPD zu einem notwendigen Politikwechsel auf. Zu dieser Zeit traf sich Hans-Dietrich Genscher auch zu geheimen Gesprächen mit dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Am 9. September 1982 veröffentlichte FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ein wirtschaftspolitisches Konzept, das mit SPD-Forderungen unvereinbar war und als „Scheidepapier“ bezeichnet wurde. Am 17. September 1982 zerbrach die Koalition schließlich offiziell: Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte, dass er das politische Vertrauen in den Koalitionspartner verloren habe. Daraufhin traten alle FDP-Minister zurück, womit sie einer Entlassung durch den Bundeskanzler zuvor kamen. Nach 13 Regierungsjahren endete die sozialliberale Koalition. Am 1. Oktober, also rund zwei Wochen später, initiierten die CDU/CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag ein konstruktives Misstrauensvotum, in dessen Folge Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler gewählt wurde und die Zeit von Helmut Schmidt nach acht Jahren endete.

1982–1990: Schwarz-gelbe Koalition, wirtschaftliche Neuorientierung und Wiedervereinigung

Am 1. Oktober 1982 wählte die FDP zusammen mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den CDU-Parteivorsitzenden Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler (→ Wende (Bundesrepublik Deutschland)). Der Koalitionswechsel hatte heftige interne Auseinandersetzungen zur Folge, so verlor die FDP daraufhin über 20 Prozent ihrer 86.500 Mitglieder, was sich auch bei

der Bundestagswahl 1983 (Rückfall von 10,6 Prozent auf 7,0 Prozent) niederschlug. Die Mitglieder liefen zumeist zur SPD, den Grünen und neu gegründeten Kleinparteien wie der linksliberalen Partei Liberales Demokraten (LD) über. Unter den austretenden Mitgliedern befand sich auch der damalige FDP-Generalsekretär und spätere EU-Kommissar Günter Verheugen. Beim Parteitag im November 1982 trat der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Uwe Ronneburger gegen Hans-Dietrich Genscher als Parteivorsitzender an. Ronneburger erhielt 186 der abgegebenen Stimmen – rund 40 Prozent – und unterlag damit nur knapp.

Junge FDP-Mitglieder, die mit der Politik der damaligen FDP-Jugendorganisation Jungdemokraten nicht einverstanden waren, hatten schon 1980 die Jungen Liberalen (JuLis) gegründet. Eine Zeit lang existierten beide Jugendorganisationen nebeneinander, bis sich die JuLis infolge der Wende durchsetzten und zur neuen offiziellen Jugendorganisation der FDP wurden. Die Jungdemokraten trennten sich von der FDP und wurden ein parteiunabhängiger linker Jugendverband.

In der Zeit der Wiedervereinigung verfolgte die FDP das Ziel eines Sonderwirtschaftsgebiets in der Ex-DDR, konnte sich jedoch gegen die CDU/CSU nicht durchsetzen, da diese eventuelle Stimmenverluste in den fünf neuen Bundesländern bei der Bundestagswahl 1990 verhindern wollte.

Während der politischen Umbrüche 1989/1990 entstanden in der DDR neue liberale Parteien, wie die F.D.P. der DDR oder die Deutsche Forumspartei. Sie bildeten mit der LDPD, die zuvor als Blockpartei an der Seite der SED gewirkt hatte und mit Manfred Gerlach auch den letzten Staatsratsvorsitzenden der DDR stellte, den Bund Freier Demokraten (BFD). Innerhalb der FDP kam es in den folgenden Jahren zu erheblichen internen Diskussionen um den Umgang mit der ehemaligen Blockpartei.^[83] Schon vor der Wiedervereinigung Deutschlands vereinigte sich auf einem Vereinigungsparteitag vom 11.–12. August 1990^[84] in Hannover die westdeutsche F.D.P. mit den Parteien des BFD und der ehemaligen Blockpartei NDPD zur ersten gesamtdeutschen Partei. Die beteiligten Ostparteien hatten damals (aufgrund des allgemein höheren Organisationsgrads in der DDR) 135.000 Mitglieder, die West-F.D.P. nur 65.485. Um eine Vorherrschaft der ostdeutschen Mitglieder zu verhindern, wurde der Delegiertenschlüssel geändert und der Einfluss der Wählerstimmen



Bundestagswahl 1987 mit dem FDP-Spitzenkandidaten Martin Bangemann



Hans-Dietrich Genscher mit George H. W. Bush 1989

gegenüber dem der Mitgliedszahlen aufgewertet. Der massive Mitgliederzuwachs hielt aber nur kurz an, die meisten ehemaligen Blockpartei-Mitglieder traten rasch wieder aus. Die F.D.P. „erbte“ von LDPD und NDPD Vermögenswerte von 6,3 Millionen DM in Bargeld und Immobilien.^[85]

Bei den ersten Landtagswahlen in den Neuen Ländern schnitt die F.D.P. stark ab, vor allem in Sachsen-Anhalt (15,7 Prozent). Anschließend war sie mit Ausnahme von Sachsen in allen Neuen Ländern an der Regierung beteiligt, meist in CDU-FDP-Koalitionen, in Brandenburg in einer „Ampel“ mit SPD und Bündnis 90. In der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl wurde die CDU/CSU-FDP-Koalition bestätigt, die FDP bekam 11,0 Prozent der gültigen Stimmen (79 Sitze), wobei sie in den Neuen Ländern etwas stärker abschnitt als in den Alten. In Halle (Saale) – der Heimatstadt Genschers – errang die F.D.P. ihr erstes Direktmandat seit 1957.^[86]

1990–2001: Verluste auf Länderebene und Beginn der Oppositionszeit auf Bundesebene

Nach ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl 1990 kehrte die FDP nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 1992 in den Landtag zurück und war dadurch erstmals in allen 16 Landtagen gleichzeitig vertreten.

Insbesondere in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hatte die FDP jedoch mit einer Reihe von Wahlniederlagen auf kommunaler und Landesebene zu kämpfen, die dazu führte, dass sie im Zeitraum von 1993 bis 1995 aus zwölf der 16 Landtage sowie aus dem Europaparlament herausfiel. Spöttisch wurde sie „Dame ohne Unterleib“ genannt. Im Zeitraum von der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1995 bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2000 war sie lediglich in den Landtagen von Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein vertreten und bis 1999 nur noch an den Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg beteiligt.



Wolfgang Gerhardt

Diese Serie von Wahniederlagen gipfelte in der Bundestagswahl 1998, in der sie mit 6,2 Prozent der Stimmen auf ihr bis dahin zweitschlechtestes Bundestagswahlergebnis überhaupt kam und nach 29 Jahren permanenter Regierungsbeteiligung erstmals wieder in die Opposition musste. 1999 zog die Partei mit der Verlegung des Regierungssitzes vom Bonner Thomas-Dehler-Haus in das Berliner Hans-Dietrich-Genscher-Haus um.

2001–2009: Oppositionszeit unter dem Vorsitz von Guido Westerwelle

Im Jahr 2000 gelang der FDP die Rückkehr in den nordrhein-westfälischen Landtag. Als am 4. Mai 2001 auf einem Bundesparteitag der mehr als 18 Jahre jüngere Guido Westerwelle als Nachfolger von Wolfgang Gerhardt zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, begann ein Generationswechsel in der FDP. Auf demselben Parteitag nahm sie auch ein neues Logo an und verzichtete fortan auf die seit 1968 – im Unterschied zu anderen Parteien – verwendeten Punkte zwischen den drei Buchstaben der Kurzbezeichnung.^[87]

Im Bundestagswahlkampf 2002 trat die FDP mit dem „Projekt 18“ an, einer Wahlkampfstrategie, die den Wähleranteil von 6 auf 18 Prozent erhöhen sollte. Diese wurde im Wesentlichen von Jürgen Möllemanns Wahlkampfberater Fritz Goergen entwickelt. Zu dieser Strategie gehörte auch, dass die Partei mit Guido Westerwelle erstmals einen eigenen Kanzlerkandidaten nominierte. Sie wollte damit ihre Eigenständigkeit neben den beiden großen Volksparteien hervorheben und der verbreiteten Wahrnehmung als bloße Mehrheitsbeschafferin für andere Parteien entgegentreten. Mit einem unkonventionellen, popkulturellen Wahlkampf wollte sie auch jüngere Wähler ansprechen. Westerwelle fuhr mit einem als „Guidomobil“ bezeichneten, blau-gelb lackierten Wohnmobil durchs Land, trug Schuhe mit der Zahl 18 unter der Sohle und trat als Gast in der damals kontroversen Fernsehsendung Big Brother auf. Die FDP wurde als „Spaßpartei“ wahrgenommen.^[88] Bei Meinungsumfragen vor den Wahlen erreichte die FDP 10 bis 13 Prozent.



Jürgen Möllemann

Zugleich bediente der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Jürgen Möllemann in dieser Zeit rechtspopulistische Tendenzen, indem er im Nahostkonflikt israelkritische Positionen einnahm, den wegen vehement anti-israelischer und anti-zionistischer Äußerungen aus den Grünen ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten Jamal Karsli in die FDP-Fraktion aufnahm und Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland verbal angriff. Kritiker, auch aus der eigenen Partei,

warfen Möllemann vor, damit an latenten Antisemitismus zu appellieren. Wenige Tage vor der Bundestagswahl ließ Möllemann ein Faltblatt in einer Auflage von über acht Millionen Stück drucken und an alle Haushalte in Nordrhein-Westfalen verteilen, dessen Text abermals den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon und den Vizechef des Zentralrats der Juden Michel Friedman angriff. Die „Grande Dame“ und einstige Präsidentschaftskandidatin der Freien Demokraten Hildegard Hamm-Brücher verließ daraufhin ihre Partei nach mehr als fünfzigjähriger Mitgliedschaft, da sie die Abgrenzung vor allem des Parteivorsitzenden Westerwelle von den Versuchen Möllemanns als unzureichend empfand.^{[89][90]}



Guido Westerwelle

Mit einem Erststimmenergebnis von 5,8 Prozent und 7,4 Prozent bei den Zweitstimmen verbesserte die FDP ihre Wahlergebnisse gegenüber den vorangegangenen Bundestagswahlen, sie verfehlte jedoch ihr offiziell erklärtes Ziel von 18 Prozent der Stimmen deutlich, was unter anderem der „Möllemann-Affäre“ zugeschrieben wurde. Im Bundestag wurde sie viertstärkste Kraft und lag damit entgegen allen Erwartungen hinter den Grünen. Möllemann selbst verlor immer mehr an Rückhalt in der FDP und kam mit seinem Austritt im März 2003 einem vom Parteivorstand beschlossenen Parteiausschluss zuvor.

Bei der Europawahl in Deutschland 2004 errang die FDP mit 6,1 Prozent ihr bis dahin bestes Europawahlergebnis und zog mit der Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin nach zehn Jahren Abstinenz wieder in das Europäische Parlament ein. Sie stellte sieben Abgeordnete innerhalb der ALDE-Fraktion, der drittstärksten Kraft im Europäischen Parlament. Koch-Mehrin übernahm den Vorsitz der FDP-Delegation und auch den stellvertretenden Vorsitz der ALDE-Fraktion.

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 18. September 2005 erhielt die FDP 9,8 Prozent der Zweitstimmen und wurde somit erstmals seit 1990 drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag. Die FDP stellte in der Legislaturperiode die größte Oppositionsfraktion, nachdem sie eine rechnerisch mögliche Ampelkoalition mit SPD und Grünen grundsätzlich ausgeschlossen hatte und Sondierungsgespräche mit der Union und den Grünen über eine Jamaika-Koalition gescheitert waren. Der Parteivorsitzende Westerwelle übernahm von Wolfgang Gerhardt nun auch das Amt des Fraktionsvorsitzenden und wurde Oppositionsführer.

Bei der Europawahl 2009 konnte die FDP ihr Ergebnis von 2004 fast verdoppeln und stellte mit ihrer Europawahl-Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin 12 Abgeordnete für das Europäische Parlament. In der Folge wurde Koch-Mehrin eine von insgesamt 14 Vizepräsidenten des Europäischen Parlamentes.

Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte die FDP erneut mit Guido Westerwelle als Spitzenkandidat mit 14,6 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen und erlangte 93 von 622 Sitzen im Deutschen Bundestag. Nach den Landtagswahlen 2009 war die FDP zudem in allen Länderparlamenten mit Ausnahme der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten und an acht Landesregierungen beteiligt, und zwar in Baden-Württemberg (Kabinett Oettinger II), Bayern (Kabinett Seehofer I), Hessen (Kabinett Koch III), Niedersachsen (Kabinett Wulff II), Nordrhein-Westfalen (Kabinett Rüttgers), Sachsen (Kabinett Tillich II), Schleswig-Holstein (Kabinett Carstensen II) und im Saarland (Kabinett Müller III).

2009–2013: Schwarz-gelbe Koalition im Bund und Verluste in den Ländern

Koalitionsverhandlungen mit der CDU und der CSU führten am 26. Oktober 2009 zum Abschluss eines Koalitionsvertrags.^[91] Nach der Wiederwahl der Bundeskanzlerin Angela Merkel am 28. Oktober 2009 wurden mit dem Vizekanzler und Außenminister Guido Westerwelle, der Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, dem ersten FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler, dem Wirtschaftsminister Rainer Brüderle und dem Entwicklungsminister Dirk Niebel fünf FDP-Bundesminister im Kabinett Merkel II vereidigt. Die FDP war damit mit einem so hohen Anteil im Bundeskabinett vertreten wie nie zuvor.



Philipp Rösler

Wenige Monate nach der Bundestagswahl 2009 verlor die Partei stark an Rückhalt. Die Zustimmung sank von Rekordwerten Ende September 2009 von knapp 15 % auf 5 % im Juni 2010.^[92] Vor der Regierungsübernahme mit der CDU 2009 glaubten viele, dass eine schwarz-gelbe Koalition gut zusammenpassen würde, doch nach dem in Rekordzeit ausgehandelten Koalitionsvertrag wurde zwischen verschiedenen Flügeln von CDU, CSU und FDP bald über viele Themen kontrovers diskutiert, beispielsweise über Steuersenkungen, die Zukunft der Kernenergie, die Gesundheitsprämie bei der Krankenversicherung, den EU-Beitritt der Türkei und über das Arbeitslosengeld II.^[93] Zudem litt in dieser Zeit der Ruf der Partei unter Spenden mit falsch deklariertem Herkunft und der Senkung des Umsatzsteuersatzes für Hotelübernachtungen, welche öffentlich als Klientelpolitik für die Mövenpick-Hotelgruppe interpretiert wurde.



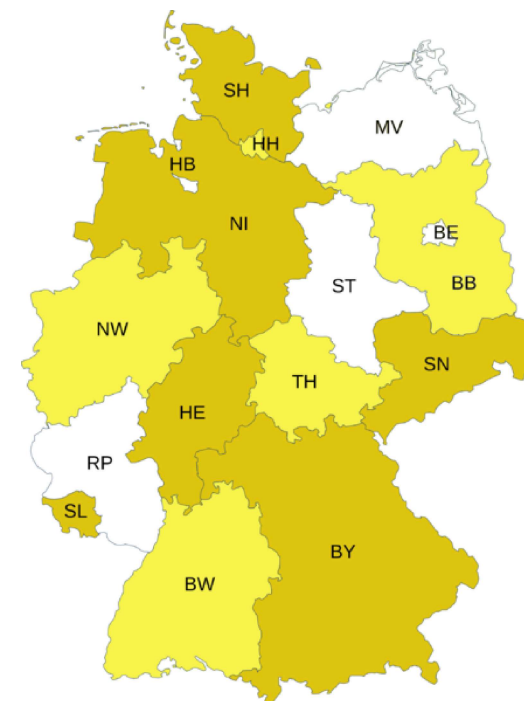
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Bei der einzigen Landtagswahl des Jahres 2010, die in Nordrhein-Westfalen stattfand, blieb die FDP stabil, aufgrund der hohen Einbußen der CDU verlor die schwarz-gelbe Koalition im Land aber ihre Mehrheit und beide Parteien traten den Gang in die Opposition an. Nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar 2011 war die FDP wieder in allen 16 Landtagen vertreten. Bereits einen Monat später, nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, endete diese deutschlandweite Repräsentation in den Landesparlamenten wieder. Jedoch war die Partei zu diesem Zeitpunkt noch an sieben Landesregierungen beteiligt.

Nachdem die FDP im März 2011 bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz nicht mehr in den Landtag hatte einziehen können und bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011 durch eine grün-rote Mehrheit in die Opposition verdrängt worden war, gab Guido Westerwelle vor dem Bundesparteitag vom 13. bis zum 15. Mai 2011 bekannt, auf diesem nicht mehr für den Bundesparteivorsitz zu kandidieren. Philipp Rösler wurde auf diesem Parteitag zum Nachfolger von Westerwelle gewählt. Bereits zuvor hatte Rösler im Zuge einer Kabinettsumbildung am 12. Mai 2011 das Amt des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie und von Guido Westerwelle die Funktion des Vizekanzlers übernommen, während ihm Daniel Bahr als Bundesgesundheitsminister folgte. Der bisherige Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle wurde am selben Tag zum Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion gewählt.

Im Mai 2011 legte Silvana Koch-Mehrin ihr Amt als Vizepräsidentin des EU-Parlaments ebenso wie sämtliche Parteiämter wegen einer Plagiatsaffäre um ihre Doktorarbeit nieder. Ihr Mandat als Mitglied des Europäischen Parlaments übte Koch-Mehrin allerdings bis zum Ende der Wahlperiode 2014 aus.^{[94][95]} Neuer Vorsitzender der FDP-Delegation im EU-Parlament wurde Alexander Graf Lambsdorff. Ebenfalls im Mai 2011 scheiterte die FDP bei der Bürgerschaftswahl in Bremen 2011 mit 2,4 % der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde.

Im September 2011 verlor die FDP bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 stark an Stimmen und verfehlte mit 2,7 Prozent der Stimmen den Einzug in das Parlament. Im gleichen Monat fand die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus statt, bei der die FDP mit nur 1,8 Prozent der Stimmen deutlich den Wiedereinzug verfehlte.



Länder, in denen die FDP im Oktober 2011 im Landesparlament war

- als Mitglied der Landesregierung
- als Oppositionspartei

Am 6. Januar 2012 kündigte Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer die seit 2009 im Saarland bestehende Koalition aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor Ablauf der Legislaturperiode auf. In Kramp-Karrenbauers Erklärung hieß es, dass die „seit Monaten anhaltenden Zerwürfnisse innerhalb der FDP Saar“ ausschlaggebend für die Aufkündigung seien.^{[96][97]}

Bei der darauffolgenden Neuwahl des saarländischen Landtags erzielte die FDP nur 1,2 Prozent der Stimmen, so dass sie auch aus diesem ausschied. Dies war das schlechteste Ergebnis der FDP in einem westdeutschen Bundesland seit ihrer Gründung.^[98] Im Mai 2012 konnte die FDP hingegen bei den vorgezogenen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen mit 8,2 beziehungsweise 8,6 Prozent unerwartet starke Ergebnisse erzielen und damit ihre dortige Landtagsrepräsentanz für weitere fünf Jahre sichern.^{[99][100]} Allerdings übernahm in beiden Ländern eine SPD-geführte Regierung die Amtsgeschäfte und die FDP ging in die Opposition. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2013 konnte die FDP um 1,7 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent zulegen, was dem Bundesvorsitzenden Philipp Rösler in seinem Heimatbundesland als Erfolg zugeschrieben wurde. Gleichzeitig verlor die schwarz-gelbe Koalition die Landtagsmehrheit an eine rot-grüne Koalition, so dass die FDP nach zehn Jahren aus der Landesregierung ausschied.

Siehe auch: Kabinett Merkel II und Koalitionsvertrag der 17. Wahlperiode des Bundestages

2013–2014: Ausscheiden aus dem Bundestag und mehreren Landtagen

Bei der eine Woche vor der Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahl in Bayern 2013 verfehlte die FDP die 5-Prozent-Hürde, verlor damit ihre parlamentarische Repräsentanz und schied in der Folge auch aus der bayerischen Staatsregierung aus. Eine Woche danach wurden der Bundestag und der hessische Landtag gewählt. Während die FDP in Hessen mit 5,0 Prozent knapp die Sperrklausel überwand, scheiterte sie im Bund mit 4,8 Prozent erstmals bei Bundestagswahlen und schied aus dem Parlament aus. In Hessen konnte die bis dahin bestehende schwarz-gelbe Koalition nicht fortgeführt werden. Danach war die FDP noch in neun Landtagen und lediglich in Sachsen auch in der Regierung vertreten.

Als Konsequenz des Ausscheidens aus dem Bundestag trat der Parteivorstand der FDP geschlossen zurück. Daraufhin wurde zwischen dem 6. und 8. Dezember 2013 ein außerordentlicher Parteitag einberufen, auf dem ein neues Präsidium gewählt und die Ursachen der Wahlniederlage analysiert wurden. Zum neuen Parteivorsitzenden wurde Christian Lindner gewählt. Er rief die Mitglieder dazu auf, von nun an die Partei „von der Basis ab“ neu aufzubauen.^[101] Außerdem kritisierte er die „Zweitstimmenkampagne“ und warnte vor einer Abkehr von der bisherigen Europapolitik.^[102]

Die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz, der Zusammenschluss der Vorsitzenden der liberalen Fraktionen in den Bundesländern und der Gruppe im Europäischen Parlament, verabschiedete im Bestreben, einer staatsfixierten Politik das Modell einer modernen Sozialen Marktwirtschaft und einer aktiven Bürgergesellschaft gegenüberzustellen, in ihrer *Stuttgarter Erklärung*^[103] am 2. Oktober 2013 die Aufgaben der Bundestagsfraktion beim Neuaufbau der Partei.^[104]

Auf dem Europaparteitag am 19. Januar 2014 in Bonn wurde Alexander Graf Lambsdorff zum Spitzenkandidaten für die Europawahl 2014 gewählt.^[105] Die FDP musste deutliche Verluste von 7,6 Prozentpunkten hinnehmen und erzielte mit 3,4 Prozent ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei einer Europawahl und entsandte damit aufgrund des Wegfalls der Sperrklausel drei Abgeordnete ins Europaparlament.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg 2014 konnte die FDP in keinem der Länder die Fünf-Prozent-Hürde überwinden und war damit im Oktober 2014 nur noch in sechs Landtagen vertreten. Mit Abschluss der Regierungsbildung in Sachsen endete im November 2014 die bis dahin letzte Regierungsbeteiligung der FDP auf Landesebene. Damit war die FDP erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik an keiner Landesregierung beteiligt, womit sie auch über den Bundesrat keinen Einfluss auf die Bundespolitik mehr nehmen konnte.

Der Parteienforscher Oskar Niedermayer sah die FDP nach dem verpassten Wiedereinzug in den Bundestag in einer „existenziellen Krise“, da es der Partei schwer falle, bundespolitisch noch wahrgenommen zu werden.^[106] Laut Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms mussten die Ausgaben der Partei um rund 40 Prozent gesenkt werden, weil sie aus mehreren Parlamenten gewählt wurde und deshalb geringere Zuwendungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhielt.^[107]

Von vorwiegend ehemaligen Politikern der Hamburger FDP initiiert, erfolgte im September 2014 die Gründung der Partei Neue Liberale, die als linksliberale Alternative die FDP verdrängen wollte.^[108] Beim ersten Wahlantritt bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2015 blieb die neue Partei mit 0,5 Prozent der Stimmen allerdings Kleinpartei.^[109]

Seit 2015: Zugewinne auf Länderebene und Wiedereinzug in den Bundestag

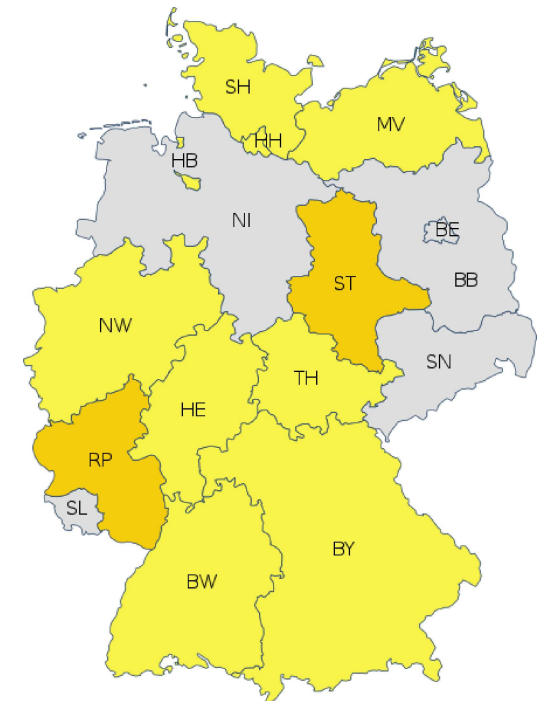
Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015 gelang es der FDP, mit der Spitzenkandidatin Katja Suding mit 7,4 Prozent der Stimmen erneut in die Bürgerschaft einzuziehen und damit ihr vorheriges Ergebnis um 0,7 Prozent zu übertreffen.^{[110][111]}

Auch bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 10. Mai 2015 schaffte es die FDP, mit ihrer Spitzenkandidatin Lencke Steiner mit 6,6 Prozent das beste Ergebnis seit 20 Jahren einzufahren und wieder in der Bürgerschaft vertreten zu sein.^{[112][113]} Gegenüber der vorherigen Wahl gewann die FDP 4,4 Prozentpunkte hinzu und war damit in sieben Landtagen vertreten.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz am 13. März 2016 verbesserte sie sich bei allen drei Landtagswahlen. In Baden-Württemberg zog sie mit 8,3 Prozent der Stimmen erneut in den Landtag ein und erhielt in Rheinland-Pfalz 6,2 Prozent der Stimmen. In Sachsen-Anhalt verfehlte sie den Wiedereinzug mit 4,9 Prozent knapp.

Da die rot-grüne Koalition in Rheinland-Pfalz ihre Mehrheit verlor, wurde erfolgreich über die Bildung einer Ampelkoalition verhandelt. Am 9. Mai 2016 stimmte der Landesparteitag der FDP Rheinland-Pfalz mit 82 Prozent der Stimmen dem Koalitionsvertrag mit SPD und Grünen zu.^[114] Seit dem 18. Mai 2016 ist die FDP damit erstmals seit Oktober 2014 wieder an einer Landesregierung beteiligt und stellt mit Volker Wissing den stellvertretenden Ministerpräsidenten.^[115] Zwar verfehlte die FDP am 4. September 2016 bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit 3,0 Prozent den Einzug in den Landtag von Schwerin, jedoch konnte sie auch hier prozentual und in absoluten Zahlen zulegen.^[116] Bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2016 ist die FDP mit 6,7 Prozent wieder in das Abgeordnetenhaus eingezogen.^[117]

Bei der Landtagswahl im Saarland 2017 verfehlte die FDP mit 3,3 Prozent der Stimmen den Wiedereinzug in den Landtag, konnte allerdings sowohl prozentual als auch stimmenmäßig deutliche Zugewinne verzeichnen. Letzteres galt auch für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2017, wo die Partei erstmals wieder ein zweistelliges Wahlergebnis erzielte und fast gleich auf mit den Grünen die viertstärkste Kraft im Landtag bildet und Teil der dortigen Jamaika-Koalition ist. Noch besser war ihr Abschneiden kurz darauf bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017: Hier wurde sie mit 12,6 Prozent nicht



Länder, in denen die FDP im Landesparlament vertreten ist (Stand: März 2023).

■ als Mitglied der Landesregierung
 ■ als Oppositionspartei

nur zur mit Abstand drittstärksten Kraft des Landtages gewählt, sondern kam auch auf ihr bestes Ergebnis in der Geschichte des Landes und wurde Teil der Landesregierung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes, allerdings nur für eine Legislaturperiode.

Bei der Bundestagswahl 2017 gelang der FDP mit einem Zweitstimmenergebnis von 10,7 Prozent nach vierjähriger Abwesenheit der Wiedereinzug in den Bundestag.^[118] Daraufhin trat die Partei in Sondierungsgespräche mit den Unionsparteien (CDU/CSU) und Bündnis 90/Die Grünen ein.^[119] Nach vierwöchiger Verhandlung stieg die FDP aus den Gesprächen aus, da es nach Aussage von Parteichef Lindner weder gelungen sei, eine „gemeinsame Vorstellung von der Modernisierung des Landes“ noch eine „gemeinsame Vertrauensbasis“ zu entwickeln.^{[120][121]} Infolgedessen kam es zu einer Neuauflage der Großen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel.^[122] Bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2017 musste die FDP erstmals seit 2015 bei einer Wahl prozentual Verluste verzeichnen.

Bei den Landtagswahlen 2018 und 2019 schaffte die FDP in Bayern (5,1 %), Hessen (7,5 %), Bremen (5,9 %) und Thüringen (5,0 %) den (Wieder-)Einzug, verpasste diesen allerdings in Sachsen (4,5 %) und Brandenburg (4,1 %).



Thüringer Ministerpräsident a. D.
Thomas Kemmerich

Vom 5. bis 8. Februar 2020 stellte die FDP mit Thomas Kemmerich den Ministerpräsidenten von Thüringen. Die Wahl löste ein bundesweites Echo aus, da sie auch mit den Stimmen der AfD erfolgte und zog nach Kemmerichs Rücktritt die Regierungskrise in Thüringen 2020 nach sich.^{[123][124][125]} Bei der vorangegangenen Landtagswahl hatte die FDP mit nur 73 Wählerstimmen die Fünf-Prozent-Hürde überboten und somit knapp den Einzug in den Landtag erzielt, was zu besonderer Kritik an Ministerpräsident Kemmerichs Wahl führte.^[126] Auch unter dem Eindruck der hoch umstrittenen Wahl Kemmerichs auf Basis von AfD-Unterstützung scheiterte die FDP bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2020 mit 4,96 Prozent an der Fünfprozenthürde und verpasste dort zum ersten Mal seit der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2008 als Fraktion den Wiedereinzug ins Landesparlament.^[127] Sie ist jedoch weiterhin mit einem Wahlkreismandat aus dem Wahlkreis Blankenese in der Bürgerschaft vertreten.

Bei der Landtagswahl Baden-Württemberg im März 2021 gewann die FDP hinzu (10,5 %), musste aber in der Opposition verbleiben. Bei der am selben Tag stattfindenden Landtagswahl in Rheinland-Pfalz verlor die FDP leicht (5,5 %), blieb aber dennoch Teil der Landesregierung in Form einer Ampelkoalition unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Bei der

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Juni 2021 kehrte die FDP nach zehn Jahren Abstinenz mit 6,4 % der Stimmen in den Landtag zurück und bildete zusammen mit CDU und SPD eine Deutschland-Koalition unter Ministerpräsident Reiner Haseloff. Bei der Bundestagswahl 2021 gelang der Partei nicht nur ein leichter Zuwachs auf 11,5 % der Stimmen, sondern auch erstmals die Verteidigung eines zweistelligen Bundestagswahlergebnisses. Anschließend beteiligte sie sich am ersten Ampel-Bündnis auf Bundesebene unter Bundeskanzler Olaf Scholz. Bei den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern konnte die FDP ebenfalls zulegen und in Mecklenburg-Vorpommern mit 5,8 % der Stimmen nach zehn Jahren in den Landtag zurückkehren.



Volker Wissing (FDP), Michael Kellner (Grüne) und Lars Klingbeil (SPD) mit dem unterzeichneten Koalitionsvertrag am 7. Dezember 2021 in Berlin.

Logohistorie



1952–1968



1968–2001



2001–2013



2013–2015



Seit 2015^{[128][129]}

Programmgeschichte

- Die Liberalen: Gründungsprogramm der Deutschen Fortschrittspartei (9. Juni 1861)^[130]
- Gründungsprogramm der Nationalliberalen Partei (12. Juni 1867)^[131]
- Programm der Deutschen Fortschrittspartei (25. November 1878)^[132]

- Libérale Vereinigung: Erklärung der liberalen Sezessionisten (30. August 1880)^[133]
- Gründungsprogramm der Deutschen Freisinnigen Partei (5. März 1884)^[134]
- Parteiprogramm der Freisinnigen Vereinigung (6. Mai 1893)
- Programm der Fortschrittlichen Volkspartei (6. März 1910)
- Parteiprogramm der Deutschen Volkspartei (15. Dezember 1918–1933)
- Programm der Deutschen Demokratischen Partei (20. November 1918–1933)
- Programm der Radikaldemokratischen Partei (20. November 1918–1933)
- Gründungsaufwurf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD, 1945)^[135]
 - Syker Programmatistische Richtlinien der FDP in der Britischen Besatzungszone (1946)^[136]
 - Wirtschaftsprogramm der FDP in der Britischen Besatzungszone („Wangerrooger Programm“, 1948)^[137]
- Heppenheimer Proklamation der FDP (1948)^[138]
 - Parteiprogramm (LDPD, 1949)^[139]
 - Bremer Plattform (1949)^[140]
 - Vertragswerk und Ostpolitik („Pfleiderer-Plan“, 1952)^[141]
- Berliner Programm (1957)^[142]
 - Denkschrift zur deutschen Frage („Schollwer-Papier“, 1962)^[143]
 - Neugestaltung der Altersvorsorge („Mischnick-Plan“, 1963)^[144]
 - Deutschland- und Außenpolitik („Schollwer-Papier“, 1967)^[145]
 - Aktionsprogramm („Ziele des Fortschritts“, 1967)^[146]
- Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik der FDP (1971)^[147]
 - Stuttgarter Leitlinien einer liberalen Bildungspolitik (1972)^[148]



Verantwortung für die Freiheit.
Karlsruher Freiheitsthesen der FDP
für eine offene Bürgergesellschaft.

Beschluss
des 63. Ordentlichen Bundesparteitages der FDP
Karlsruhe, 22. April 2012

Karlsruher Freiheitsthesen (2012)

- Thesenpapier („Freie Kirche im Freien Staat“, 1974)^[149]
- Kieler Thesen der FDP (1977)^[150]
 - Programm zur Gleichberechtigung (1978)^[151]
 - Genscher Brief (1981)^[152]
 - Thesenpapier „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche“ („Lambsdorff-Papier“, 1982)^[153]
- Das liberale Manifest („Zukunftschance Freiheit. Liberales Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch“, 1985)^[154]
 - Liberales Aktionsprogramm Europa (1987)^[155]
 - Thesenpapier „Mut statt Mißmut – für ein liberales Deutschland“ („Lambsdorff-Papier“, 1992)^[156]
 - Leitlinien liberaler Kommunalpolitik (1993)^[157]
- Programmatik der liberalen Parteien in der Endphase der DDR:^[158]
 - Erklärung „Was will die LDPD? Ziele der DDR-Liberalen“ (LDPD, 1989)^[159]
 - Programm (Deutsche Forumpartei, 1990)^[160]
 - Liberales Manifest (Freie Demokratische Partei der DDR, 1990)^[161]
 - Wahlaufuf zur Volkskammerwahl (Bund Freier Demokraten, 1990)^[162]
 - Wahlprogramm zur Volkskammerwahl (LDP im Bund Freier Demokraten, 1990)^[163]
- „Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft“ (1997)^[164]
 - Leitfaden für den Politikwechsel in Deutschland („Gerhardt/Westerwelle-Papier“, 2005)^[165]
- Karlsruher Freiheitsthesen („Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft.“, 2012)^{[166][167][168]}
 - Bürgerprogramm (2013)^[169]
 - Stuttgarter Erklärung (2013)^[170]
 - Berliner Manifest „Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Projekte für eine Republik der Chancen“ (2015)^[171]

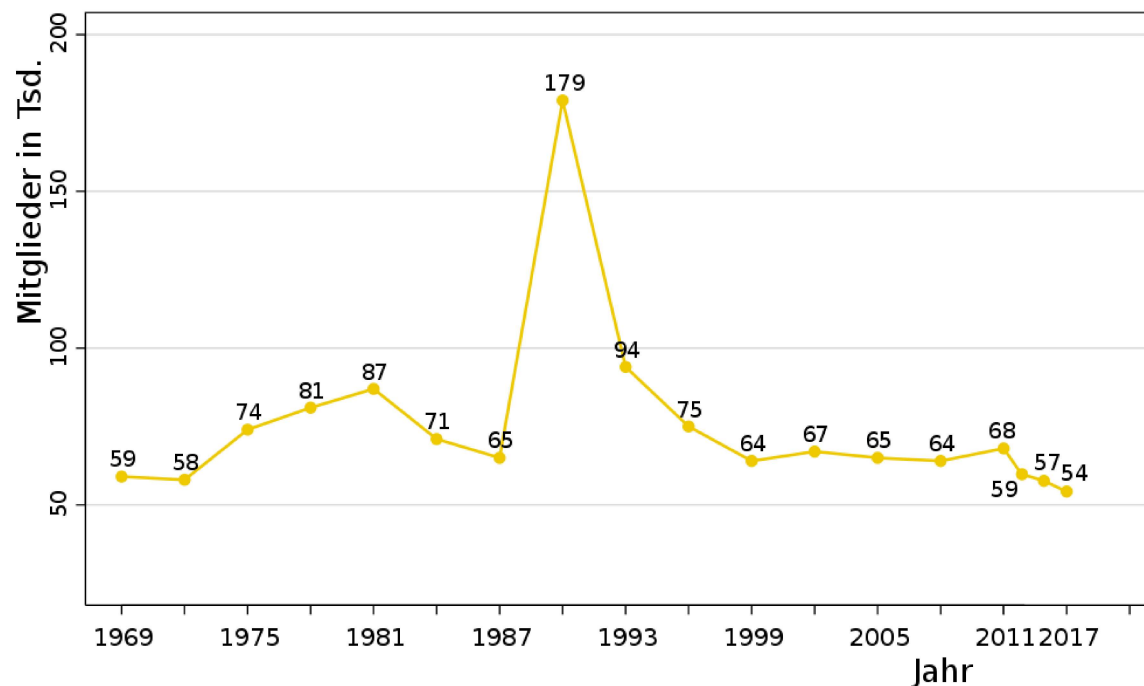
Organisationsstruktur

Die Freie Demokratische Partei hat die Rechtsform des eingetragenen Vereins.^{[172][173]} Sie ist in 16 Landesverbände gegliedert und hatte Ende 2019 insgesamt rund 65.500 Mitglieder.^[174] Allein auf die FDP Nordrhein-Westfalen entfielen hiervon rund 16.000 Mitglieder.^[175] Bis September 2021 ist die Mitgliederzahl auf 75.000 gestiegen.^[176] Den höchsten Mitgliederstand wies die Partei 1981 mit rund 87.000 sowie 1990 (durch die Deutsche Wiedervereinigung) mit etwa 180.000 Mitgliedern auf.^[177]

Die FDP ist Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und der Liberalen Internationalen. Im Europäischen Parlament gehört sie der Fraktion Renew Europe an, in der sie mit fünf Abgeordneten vertreten ist. Mit insgesamt 97 Sitzen stellt die Renew-Europe-Fraktion 13,76 Prozent der Europaabgeordneten (Stand: Mai 2021).^[178]

Bundesvorstand

→ Hauptartikel: FDP-Bundesvorstand



Mitgliederentwicklung der FDP seit 1969

Die Darstellung von Grafiken ist aktuell auf Grund eines Sicherheitsproblems deaktiviert.



Entwicklung der Mitgliederzahlen bei der FDP seit 1988

Der FDP-Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er beschließt über alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Bundesparteitages und des Kongresses der ALDE-Partei.

Landesverbände

In der folgenden Liste werden die Daten zu den einzelnen Landesverbänden angegeben.

Im Saarland führt der FDP-Landesverband den Zusatz *Demokratische Partei Saar* (FDP/DPS).^[179] In Baden-Württemberg trägt die Landtagsfraktion der FDP aus einer über 70-jährigen Tradition heraus den Zusatz *Demokratische Volkspartei* (FDP/DVP).^[180] In Berlin gibt es keine Kreisverbände, stattdessen wird die regionale Parteiarbeit von den Bezirksverbänden übernommen.^[181]

Die Mitglieder des Internet-Landesverbandes *FDP LV Net* werden derzeit noch als bundesunmittelbare Mitglieder geführt, da eine formale Verankerung als 17. Landesverband noch nicht erfolgt ist.^[182] Außerhalb Deutschlands existieren Ortsverbände in Barcelona, Brüssel, London, Moskau, Paris, Wien und Zürich mit insgesamt 465 Mitgliedern, die in der *Auslandsgruppe Europa der FDP* zusammengefasst sind.^[183]

Landesverband	Vorsitzender (Stand: 1. April 2023)	Mitglieder (Stand: 31. Dezember 2021) ^[2]	Ergebnis der letzten Wahl des Landesparlaments ^{[184][185]}	Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ^[186]
 <u>Baden-Württemberg</u>	 <u>Michael Theurer</u>	9.750	10,5 % (<u>2021</u>)	15,3 %
 <u>Bayern</u>	 <u>Martin Hagen</u>	8.632	5,1 % (<u>2018</u>)	10,5 %
 <u>Berlin</u>	 <u>Christoph Meyer</u>	4.078	4,6 % (<u>2023</u>)	9,1 %

Landesverband	Vorsitzender (Stand: 1. April 2023)	Mitglieder (Stand: 31. Dezember 2021) ^[2]	Ergebnis der letzten Wahl des Landesparlaments ^{[184][185]}	Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ^[186]
 <u>Brandenburg</u>	 <u>Zyion Braun</u>	1.574	4,1 % (<u>2019</u>)	9,3 %
 <u>Bremen</u>	 <u>Thore Schäck</u>	500	5,1 % (<u>2023</u>)	9,3 %
 <u>Hamburg</u>	 <u>Sonja Jacobsen</u>	2.025	4,9 % (<u>2020</u>)	11,4 %

Landesverband	Vorsitzender (Stand: 1. April 2023)	Mitglieder (Stand: 31. Dezember 2021) ^[2]	Ergebnis der letzten Wahl des Landesparlaments ^{[184][185]}	Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ^[186]
 <u>Hessen</u>	 <u>Bettina Stark-Watzinger</u>	7.563	7,5 % (<u>2018</u>)	12,8 %
 <u>Mecklenburg-Vorpommern</u>	 <u>René Domke</u>	794	5,8 % (<u>2021</u>)	8,2 %
 <u>Niedersachsen</u>	 <u>Konstantin Kuhle</u>	7.582	4,7 % (<u>2022</u>)	10,5 %

Landesverband	Vorsitzender (Stand: 1. April 2023)	Mitglieder (Stand: 31. Dezember 2021) ^[2]	Ergebnis der letzten Wahl des Landesparlaments ^{[184][185]}	Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ^[186]
 <u>Nordrhein-Westfalen</u>	 <u>Henning Höne</u>	20.138	5,9 (2022)	11,4 %
 <u>Rheinland-Pfalz</u>	 <u>Volker Wissing</u>	4.932	5,5 % (2021)	11,7 %
 <u>Saarland</u>	 <u>Oliver Luksic</u>	1.115	4,8 % (2022)	11,5 %

Landesverband	Vorsitzender (Stand: 1. April 2023)	Mitglieder (Stand: 31. Dezember 2021) ^[2]	Ergebnis der letzten Wahl des Landesparlaments ^{[184][185]}	Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ^[186]
 <u>Sachsen</u>	 <u>Anita Maaß</u>	2.278	4,5 % (<u>2019</u>)	11,0 %
 <u>Sachsen-Anhalt</u>	 <u>Lydia Hüskens</u>	1.309	6,4 % (<u>2021</u>)	9,5 %
 <u>Schleswig-Holstein</u>	 <u>Oliver Kumbartzky</u>	3.216	6,4 % (<u>2022</u>)	12,5 %

Landesverband	Vorsitzender (Stand: 1. April 2023)	Mitglieder (Stand: 31. Dezember 2021) ^[2]	Ergebnis der letzten Wahl des Landesparlaments ^{[184][185]}	Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ^[186]
 <u>Thüringen</u>	 <u>Thomas Kemmerich</u>	1.301	5,0 % (<u>2019</u>)	9,0 %

Vorfeldorganisationen der FDP

Von der FDP sind folgende bundesweiten Vorfeldorganisationen anerkannt:^[187]

- Junge Liberale (JuLis)
- Liberale Akademiker (VLA)
- Liberale Frauen (LiF)
- Liberale Hochschulgruppen (LHG)
- Liberale Kommunalpolitiker (VLK)
- Liberaler Mittelstand (LiM)
- Liberale Schwulen und Lesben (LiSL)
- Liberale Senioren (LiS)
- Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung (LTD)



Parteizentrale

Die erste Parteizentrale der FDP befand sich zunächst ab Juni 1950 in der *Moltkestraße 5* im Bonner Stadtbezirk Bad Godesberg. Im November 1956 wechselte die FDP in das Gebäude einer ehemaligen Nervenklinik am *Bonner Talweg 57* in der Südstadt. Seit April 1976 war die Bundesgeschäftsstelle der FDP in einem Objekt in der *Baunscheidtstraße 15* nahe der linksrheinischen Eisenbahnstrecke ansässig, das von der SPD vermietet wurde. Im Juni 1993 zog die FDP nach eineinhalbjähriger Bauzeit in das ca. 500 Meter nördlich gelegene, neu errichtete Thomas-Dehler-Haus an der *Willy-Brandt-Allee 20* im Bundesviertel um. Seit Juli 1999 befindet sich die Bundesgeschäftsstelle der FDP im Hans-Dietrich-Genscher-Haus (bis März 2017: *Thomas-Dehler-Haus*) in der Reinhardtstraße 14 in Berlin-Mitte.



Dehler-Haus im Bonner Bundesviertel, ehemalige FDP-Parteizentrale.

Parteizeitung

Die Parteizeitung der FDP nennt sich seit der 3. Ausgabe 2016 fdplus. Zuvor nannte sie sich *elde* (**L**iberale **D**epesche, Aussprache der Buchstaben L D). Sie erschien 2012 fünf Mal.^[188] Seit 2013 gibt es die elde auch im AppStore^[189] und bei Google Play^[190] sowie als ISSUU-Applikation.^[191]

Archiv der FDP

Das Archivgut aller Organe und Gremien der FDP (insbesondere auf Bundes- und Landesebene), vieler liberaler Vorfeldorganisationen und zahlreicher liberaler Persönlichkeiten (u. a. Thomas Dehler, Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher) befindet sich im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach.

Strömungen

Schaumburger Kreis

Der Schaumburger Kreis vertritt *liberal-konservative* Wirtschaftsinteressen in der FDP. Bekannte Mitglieder sind Detlef Kleinert, Rainer Brüderle, Hermann Otto Solms, Patrick Döring, und Stefan Ruppert.

Freiburger Kreis

Der Freiburger Kreis^[192] tritt in der Tradition der Freiburger Thesen für einen *ganzheitlichen* Liberalismus ein.^[193] Bekannte Mitglieder sind Gerhart Baum, Carola von Braun und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Die Strömung verlor seit den 1980er-Jahren fortwährend Mitglieder und an Bedeutung.^[194]

Liberaler Aufbruch

Der *Liberaler Aufbruch*^[195] bezeichnete sich selbst als Vertreter *klassisch-liberaler* Denkansätze. Er trat für die Einhaltung liberaler Ordnungspolitik ein und sah diese im damaligen Regierungshandeln verletzt.^{[196][197]} Akteure waren unter anderem der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler,^[198] der ehemalige Europaabgeordnete Holger Krahmer^[199], sowie Carlos Gebauer. 2011 beim Verfahren für einen parteiinternen Mitgliederentscheid der FDP zum Europäischen Stabilitätsmechanismus auch Euro-Rettungsschirm genannt, der Ende 2011 knapp scheiterte,^[200] wurden Schäffler, Krahmer und Gebauer von Burkhard Hirsch unterstützt.^{[201][202]} Der *Liberaler Aufbruch* ist seit ca. 2016 inaktiv.

Libertäre Plattform

Die *Libertäre Plattform*^[203] vertritt den Libertarismus und orientiert sich hauptsächlich an der Österreichischen Schule. Ihre Vertreter fordern einen strikten Minimalstaat, der sich allein auf Justiz, Polizei und Militär beschränkt.^[204] Vereinzelt finden sich auch Anarchokapitalisten in der Tradition von Hans-Hermann Hoppe.^[205]

Liberaler Offensive und Nationalliberale

Die FDP hatte bis in die späten 1960er-Jahre eine starke *nationalliberale* Prägung.^[206] In späteren Zeiten gab es immer wieder Bestrebungen, diese Strömung in der Partei wiederzubeleben. So formierte sich etwa 1995 die *Liberale Offensive in der FDP* um Alexander von Stahl,^[207] Achim Rohde, Rainer Zitelmann,^[208] Klaus Rainer Röhl und Heiner Kappel.^[209] Ein Teil der Anhänger dieser Gruppierung schloss sich 1998 dem *Bund freier Bürger* an.^[210] Seit 2009 bestand unter Führung von Sven Tritschler der kurzlebige *Stresemann Club*^[211] als nationalliberales Netzwerk innerhalb der FDP. Im Zuge des Aufstiegs der AfD haben viele rechte Liberale die Partei gewechselt.^{[212][213]} Der Flügel war deshalb zeitweilig weniger aktiv, vertreten durch einige wenige in der FDP verbliebene Nationalliberale wie unter anderem die oben genannten Rohde und Zitelmann, Holger Zastrow^[214] sowie Thomas Kemmerich. In der Wahl Thomas Kemmerichs zum Ministerpräsidenten in Thüringen am 5. Februar 2020 und der anschließenden Regierungskrise sahen einige Beobachter ein Wiedererstarken der rechts- und nationalliberalen Strömung in der FDP.^{[215][216][217]}

Finanzen

Unternehmensbeteiligungen und Grundstücke

Das Haus- und Grundvermögen der Partei wird mit 2,8 Millionen Euro bewertet. Die FDP hält Firmenbeteiligungen im Wert von rund vier Millionen Euro.

Die FDP hält Anteile an folgenden Unternehmen:

- Reinhardtstraßenhöfe GmbH & Co. KG in Bonn zu 33,33 Prozent mit einem Eigenkapital von (−25.400.000) Euro
- Reinhardtstraßenhöfe Verwaltungs-GmbH in Siegburg, an der die FDP 33 Prozent hält
- *Universum Verlag* GmbH, 50 Prozent
- *Universum Kommunikation und Medien AG*, 50 Prozent
- *liberal Verlag GmbH* Berlin, 50 Prozent
- Naatz+Partner Produkt Service GmbH Idstein, 13 Prozent.

Vollständig gehören der FDP:

- Die LIBERAL Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH in Bonn
- Liberale Wirtschafts-Dienstleistungs-GmbH, Düsseldorf
- Niedersachsen GmbH, Hannover
- Universum GmbH, Wiesbaden
- ProLogo Gesellschaft für Veranstaltungsorganisation mbH, Bonn.

Geldflüsse und Reinvermögen

Die FDP verfügte 2019 über Einnahmen von 38.027.729,86 Euro,^[218] davon wurden etwa 15,4 Millionen Euro durch staatliche Mittel, etwa 12,6 Millionen Euro durch Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerbeiträge sowie knapp 8,0 Millionen Euro durch Spenden erlangt. 4,7 Prozent der Parteieinnahmen stammte aus Spenden von Unternehmen und anderen juristischen Personen.

Unternehmensspenden über 10.000 € im Jahr 2019^[218]

Spender	Betrag
R&W Industriebeteiligungen GmbH	100.000,00 €
<u>Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V.</u>	100.000,00 €
WI Bad Wörishofen GmbH	100.000,00 €
<u>Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e. V.</u>	60.000,00 €
<u>Deutsche Vermögensberatung AG</u>	53.000,00 €
<u>Ralph Dommermuth GmbH & Co. KG Beteiligungsgesellschaft</u>	48.000,00 €
Bauwert AG	45.000,00 €
<u>Verband der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen e. V.</u>	45.000,00 €
HUSKELAPP Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	40.000,00 €
PRS Family Trust GmbH	40.000,00 €
<u>Verband der Chemischen Industrie e. V.</u>	37.000,00 €
<u>Airbus Defence and Space GmbH</u>	30.000,00 €
<u>GHD GesundHeits GmbH Deutschland</u>	25.000,00 €
Peper & Söhne GmbH	23.023,53 €
HBDS Verwaltungsgesellschaft mbH	21.500,00 €
<u>Allianz Deutschland AG</u>	20.000,00 €
<u>Evonik Industries AG</u>	20.000,00 €
HESTESKO Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	20.000,00 €
<u>Minera Kraftstoffe – Mineraloelwerk Rempel GmbH</u>	20.000,00 €
<u>Robert Bosch GmbH</u>	20.000,00 €
Savarpa Immobilien GmbH	20.000,00 €

<u>Dr. Theiss Naturwaren GmbH</u>	19.900,00 €
CentroPharm GmbH	16.000,00 €
<u>Accentro Real Estate AG</u>	15.000,00 €
<u>Dr. August Oetker KG</u>	15.000,00 €
<u>ERGO Group AG</u>	15.000,00 €
<u>Münchener Rückversicherungsgesellschaft AG</u>	15.000,00 €
<u>Philip Morris GmbH</u>	15.000,00 €
Koch KG Dach-, Wands- und Abdichtungstechnik	13.600,00 €
OSTON R.E. Beteiligungsgesellschaft mbH	12.000,00 €
<u>Gauselmann AG</u>	11.000,00 €
Elanders GmbH	10.700,00 €

Im Jahr 2019 konnte die FDP einen Überschuss in Höhe von 2.986.141,10 Euro erzielen. Den Verbindlichkeiten in Höhe von etwa 21,3 Millionen Euro standen Forderungen in Höhe von etwa 39,7 Millionen Euro gegenüber, sodass die Gesamtpartei ein Reinvermögen in Höhe von knapp 18,4 Millionen Euro besaß.^[218]

Spende der Substantia AG

Die FDP erhielt in den Jahren 2008 und 2009 vier Spenden von der Substantia AG in einer Gesamthöhe von 1,1 Millionen Euro,^[219] die sie entsprechend den Vorschriften zur Parteienfinanzierung jeweils innerhalb einer Woche bei der Bundestagsverwaltung anzeigte.^[220] Die Substantia AG gehört der Familie Finck, die auch Mehrheitseigner der Mövenpick-Gruppe ist, welche in Deutschland neun Hotels betreibt.^[221] Die angesprochenen Spenden wurden von verschiedenen Seiten kritisiert, die einen Zusammenhang zwischen den Zahlungen und der Anfang 2010 auf Betreiben von FDP und CSU – welche im Vorfeld der Bayerischen Landtagswahl 2008 ebenfalls zwei größere Spenden von der Substantia AG erhalten hatte^[222] – durchgeführten Senkung der Umsatzsteuer für das Beherbergungsgewerbe durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz – in der Presse auch „Mövenpick-Gesetz“ genannt^[223] – vermuteten.^{[224][225]} Die FDP

wurde infolgedessen teils spöttisch als „Mövenpick-Partei“ bezeichnet.^[226] Die FDP selbst wehrte sich gegen diese Bezeichnung mit der Begründung, dass in der Vergangenheit auch viele Tourismuspolitiker aller im Bundestag vertretenen Parteien eine entsprechende Steuersenkung gefordert hätten.^[227]

Spenden unter Möllemann

Anfang Juli 2009 erließ der Präsident des Deutschen Bundestages gegenüber der FDP einen Sanktionsbescheid, nach dem die FDP insgesamt 4.336.648,79 Euro an den Bundestag zahlen muss.^[228] In einem mehrjährigen Verfahren war nach Auffassung des Bundestagspräsidenten festgestellt worden, dass unter dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Jürgen Möllemann gegen § 31c Parteiengesetz verstoßen worden sei, indem die Herkunft von Spenden im Umfang von etwa 785.000 Euro durch Stückelungen und falsche Angaben der Spendernamen verschleiert worden sei. Die wahre Herkunft der Spenden konnte nicht geklärt werden.^[229] Weitere Spenden im Wert von mehr als einer halben Million Euro in Gestalt von Wahlkampfmaßnahmen wie zum Beispiel Plakat- und Anzeigenaktionen seien unter Verstoß gegen § 31b Parteiengesetz nicht ordnungsgemäß im Rechenschaftsbericht der Partei veröffentlicht worden. Die FDP erhob gegen den Sanktionsbescheid Widerspruch. Sie bewertet die Vorgänge nicht als Verstöße gegen das Parteiengesetz. Außerdem sieht sie sich strenger als andere Parteien behandelt.^{[230][231]} Im Dezember 2009 wies das Verwaltungsgericht Berlin die Klage gegen den Strafbescheid des Bundestages zurück und verurteilte die Partei zur Zahlung einer Strafe in Höhe von 3,46 Millionen Euro, das Oberverwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung im November 2011.^{[232][233][234]} Ende April 2013 stellte das Bundesverwaltungsgericht die Fälligkeit von mindestens zwei Millionen Euro fest. Über den Rest (ca. 1,4 Millionen Euro) wurde die Angelegenheit mangels ausreichender Tatsachenfeststellungen an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zurückverwiesen.^[235]

Haltung zur Spendentransparenz

Zusammen mit der CDU/CSU lehnte die FDP im Innenausschuss in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages die Vorschläge der *Staatengruppe gegen Korruption* (GRECO) vom Dezember 2009 zu mehr Transparenz bei Parteispenden in Deutschland ab.^[236]

Nebenorganisationen

Die Jungen Liberalen erhielten 2019 öffentliche Zuschüsse von insgesamt 599.480,66 Euro.^[218] Die Bundes- und Landesstiftungen der FDP erhielten 2007 zusammen Zuwendungen von rund 25 Millionen Euro.

Wahlen und Mandate

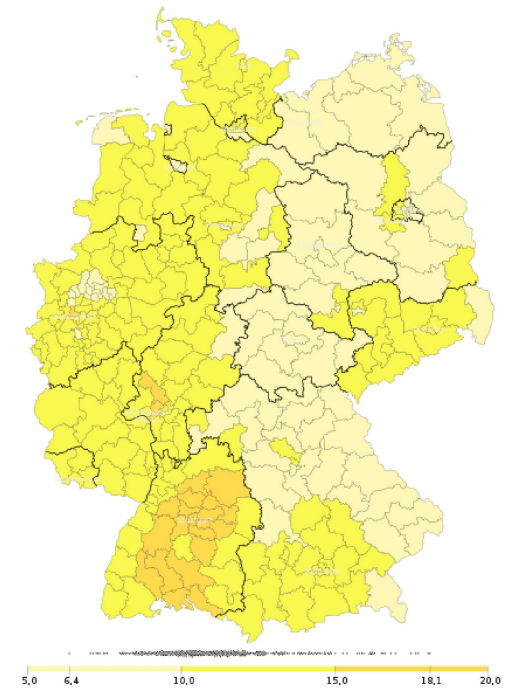
Bundestagswahlergebnisse seit 1949

Bundestagswahlergebnisse ^[237]					
Jahr	Stimmenanzahl	Stimmenanteil	+/-	Sitze	Spitzenkandidat
<u>1949</u>	2.829.920	11,9 %	▲ 11,9 %	53/402	Theodor Heuss und Franz Blücher ^[238]
<u>1953</u>	2.629.163	9,5 %	▼ 2,4 %	53/509	Franz Blücher
<u>1957</u>	2.307.135	7,7 %	▼ 1,8 %	44/519	Reinhold Maier ^[239]
<u>1961</u>	4.028.766	12,8 %	▲ 5,1 %	67/521	Erich Mende
<u>1965</u>	3.096.739	9,5 %	▼ 3,3 %	50/518	Erich Mende ^[240]
<u>1969</u>	1.903.422	5,8 %	▼ 3,7 %	31/518	Walter Scheel
<u>1972</u>	3.129.982	8,4 %	▲ 2,6 %	42/518	Walter Scheel
<u>1976</u>	2.995.085	7,9 %	▼ 0,5 %	40/518	Hans-Dietrich Genscher
<u>1980</u>	4.030.999	10,6 %	▲ 2,7 %	54/519	Hans-Dietrich Genscher
<u>1983</u>	2.706.942	7,0 %	▼ 3,6 %	35/520	Hans-Dietrich Genscher ^[241]



Ergebnisse der FDP bei den Bundestagswahlen 1949–2021

<u>1987</u>	3.440.911	9,1 %	▲ 2,1 %	48/519	<u>Martin Bangemann</u> ^[242]
<u>1990</u>	5.123.233	11,0 %	▲ 1,9 %	79/662	<u>Otto Graf Lambsdorff</u> ^[243]
<u>1994</u>	3.258.407	6,9 %	▼ 4,1 %	47/672	<u>Klaus Kinkel</u>
<u>1998</u>	3.080.955	6,2 %	▼ 0,7 %	43/669	<u>Wolfgang Gerhardt</u> ^[244]
<u>2002</u>	3.538.815	7,4 %	▲ 1,2 %	47/603	<u>Guido Westerwelle</u> ^{1[245]}
<u>2005</u>	4.648.144	9,8 %	▲ 2,4 %	61/614	Guido Westerwelle
<u>2009</u>	6.316.080	14,6 %	▲ 4,8 %	93/622	Guido Westerwelle ^[246]
<u>2013</u>	2.083.533	4,8 %	▼ 9,8 %	0/631	<u>Rainer Brüderle</u>
<u>2017</u>	4.997.178	10,7 %	▲ 5,9 %	80/709	<u>Christian Lindner</u>
<u>2021</u>	5.319.952	11,5 %	▲ 0,8 %	92/736	Christian Lindner

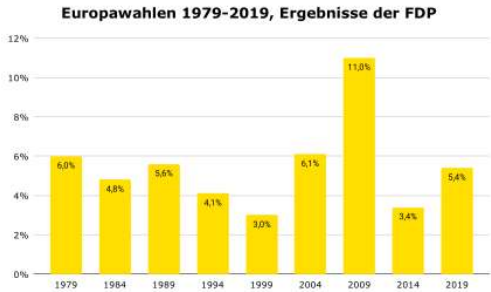


FDP-Ergebnisse in den
Wahlkreisen 2021

¹ Spitzenkandidat gleichzeitig Kanzlerkandidat

Europawahlergebnisse seit 1979

Europawahlergebnisse ^[247]					
Jahr	Stimmenanzahl	Stimmenanteil	+/-	Sitze	Spitzenkandidat
<u>1979</u>	1.662.621	6,0 %	▲ 6,0 %	4/81	<u>Martin Bangemann</u> ^[248]
<u>1984</u>	1.192.624	4,8 %	▼ 1,2 %	0/81	<u>Martin Bangemann</u> ^[249]
<u>1989</u>	1.576.715	5,6 %	▲ 0,8 %	4/81	<u>Rüdiger von Wechmar</u> ^[250]
<u>1994</u>	1.442.857	4,1 %	▼ 1,5 %	0/99	<u>Uta Würfel</u> ^[251]
<u>1999</u>	820.371	3,0 %	▼ 1,5 %	0/99	<u>Helmut Haussmann</u> ^[252]
<u>2004</u>	1.565.431	6,1 %	▲ 3,1 %	7/99	<u>Silvana Koch-Mehrin</u> ^{[253][254]}
<u>2009</u>	2.888.084	11,0 %	▲ 4,9 %	12/99	<u>Silvana Koch-Mehrin</u> ^{[255][256]}
<u>2014</u>	986.841	3,4 %	▼ 7,6 %	3/96	<u>Alexander Graf Lambsdorff</u> ^{[257][105]}
<u>2019</u>	2.028.353	5,4 %	▲ 2,0 %	5/96	<u>Nicola Beer</u> ^{[258][259]}



Ergebnisse der FDP bei den Europawahlen 1979–2019

Landtagswahlergebnisse seit 1990

Landtagswahlergebnisse in Prozent^{[260][261][262]}
 (Bundestagswahlergebnisse und Europawahlergebnisse zum Vergleich)

Jahr	 BW	 BY	 BE	 BB	 HB	 HH	 HE	 MV	 NI	 NW	 RP	 SL	 SN	 ST	 SH	 TH	 DEU	 EU
1990		5,2	7,1	6,6				5,5	6,0	5,8		5,6	5,3	13,5		9,3	11,0	
1991					9,5	5,4	7,4				6,9							
1992	5,9														5,6			
1993						4,2												
1994		2,8		2,2				3,8	4,4			2,1	1,7	3,6		3,2	6,9	4,1
1995			2,5		3,4		7,4			4,0								
1996	9,6										8,9				5,7			
1997						3,5												
1998		1,7						1,6	4,9					4,2			6,2	
1999			2,2	1,9	2,5		5,1					2,6	1,1			1,1		3,0
2000										9,8					7,6			
2001	8,1		9,9			5,1					7,8							
2002								4,7						13,3			7,4	
2003		2,6			4,2 ¹		7,9		8,1									
2004				3,3		2,8						5,2	5,9			3,6		6,1
2005										6,2					6,6		9,8	
2006	10,7		7,6					9,6			8,0			6,7				
2007					6,0													
2008		8,0				4,8	9,4		8,2									
2009				7,2			16,2					9,2	10,0		14,9	7,6	14,6	11,0

2010									6,7								
2011	5,3		1,8		2,4	6,7		2,8		4,2			3,8				
2012									8,6		1,2			8,2			
2013		3,3					5,0		9,9							4,8	
2014				1,5								3,8			2,5		3,4 ²
2015					6,6	7,4											
2016	8,3		6,7					3,0		6,2			4,9				
2017									7,5	12,6		3,3		11,5		10,7	
2018		5,1					7,5										
2019				4,1	5,9							4,5			5,0 ⁴		5,4
2020						4,97 ³											
2021	10,5		7,2					5,8		5,5			6,4			11,5	
2022									4,7	5,9		4,8		6,4			
2023		Wahl	4,6		5,1		Wahl										

¹ bedingt durch Überschreiten der Sperrklausel in Bremerhaven mit einem fraktionslosen Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten

² Wahl ohne Sperrklausel

³ keine Fraktion vertreten, aber Einzug über ein Direktmandat

⁴ zeitweise durch Thomas Kemmerich in der Regierung vertreten

Legende

Im Parlament vertreten
In der Regierung vertreten

fett: Bestes Ergebnis in diesem Land bzw. im Bund seit 1949
<i>kursiv:</i> Schlechtestes Ergebnis in diesem Land bzw. im Bund seit 1949

Mandatsträger

Die folgende Tabelle ist eine Übersicht, welche die Besetzung von Mandaten in den einzelnen Bundesländern zeigen soll. Dabei stammen die Zahlen der kommunalen Mandatsträger teilweise aus den Jahren 2016 und davor.

Bundesland	Wahlergebnis ^[260]	Jahr ²	Landtagsabgeordnete ³	davon weiblich	kommunale Mandate	Bundestagsabgeordnete
Baden-Württemberg	10,5 %	2021	18	2	370	16
Bayern	5,1 %	2018	11	1	296	14
Berlin	4,6 %	2023	0	0	33	3
Brandenburg	4,1 %	2019	0	0	44	2
Bremen	5,1 %	2023	5	0	20	1
Hamburg	5,0 %	2020	1	1	23	2
Hessen	7,5 %	2018	11	2	123	7
Mecklenburg-Vorpommern	5,8 %	2021	5	3	18	1
Niedersachsen	4,7 %	2022	0	0	577	8
Nordrhein-Westfalen	5,9 %	2022	12	2	850	19
Rheinland-Pfalz	5,5 %	2021	6	2	228	5
Saarland ^[263]	4,8 %	2022	0	0	58	1
Sachsen	4,5 %	2019	0	0	340	5
Sachsen-Anhalt	6,4 %	2021	7	2	171	2
Schleswig-Holstein	6,4 %	2022	5	1	38 ¹	4
Thüringen	5,0 %	2019	5	2	194	2
Gesamt			86	18	3381	92

¹ nur Kreistage und kreisfreie Städte im Jahr 2013^[264]

² Jahr der Landtagswahl

³ Stand kurz nach der Landtagswahl

Persönlichkeiten

Bundesvorsitzende



Theodor Heuss
1948–1949



Franz Blücher
1949–1954



Thomas Dehler
1954–1957



Reinhold Maier
1957–1960



Erich Mende
1960–1968



Walter Scheel
1968–1974



Hans-Dietrich
Genscher
1974–1985



Martin Bangemann
1985–1988



Otto
Lambsdorff
1988–1993



Graf Klaus Kinkel
1993–1995



Wolfgang Gerhardt
1995–2001



Guido Westerwelle
2001–2011

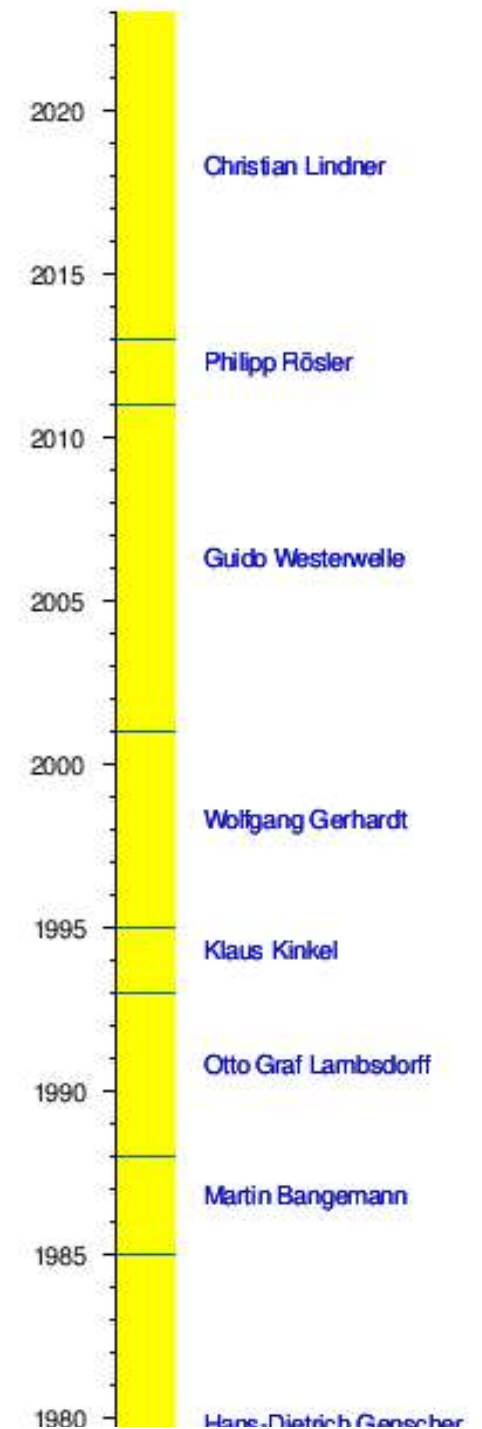


Philipp Rösler
2011–2013



Christian Lindner
seit 2013

Ehrenvorsitzende



Ehrenvorsitzende der FDP waren Marie-Elisabeth Lüders (1957–1966), Reinhold Maier (1960–1971), Walter Scheel (1979–2016), Hans-Dietrich Genscher (1992–2016), Otto Graf Lambsdorff (1993–2009). Seit 2020 ist Hermann Otto Solms Ehrenvorsitzender.

Generalsekretäre



Karl-Hermann Flach
1971–1973



Martin Bangemann
1974–1975



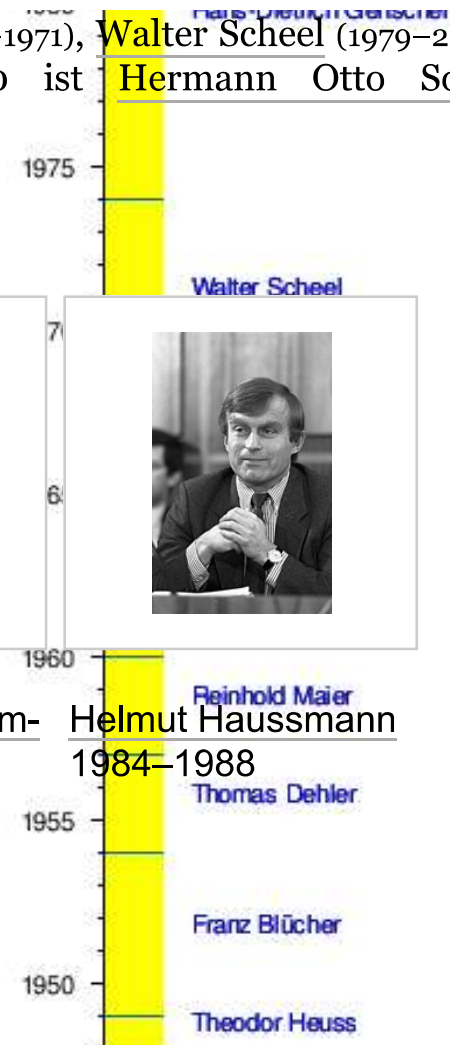
Günter Verheugen
1978–1982



Irmgard Adam-Schwaetzer
1982–1984



Helmut Haussmann
1984–1988





Cornelia Schmalz-Jacobsen
1988–1991

Uwe Lühr
1991–1993

Werner Hoyer
1993–1994

Guido Westerwelle
1994–2001

Cornelia Pieper
2001–2005



Dirk Niebel
2005–2009

Christian Lindner
2009–2011

Patrick Döring
2012–2013

Nicola Beer
2013–2019

Linda Teuteberg
2019–2020



Volker Wissing
2020–2021



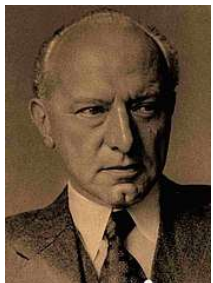
Bijan Djir-Sarai
seit 2021

Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag

→ Hauptartikel: Fraktion der Freien Demokraten

Seit Dezember 2021 ist Christian Dürr Fraktionsvorsitzender. Mit 8393 Tagen die längste Amtszeit hatte Wolfgang Mischnick von 1968 bis 1991.

Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages



Hermann Schäfer
1949–1953



Ludwig Schneider
1953–1956



Max Becker
1956–1960



Thomas Dehler
1960–1967



Walter Scheel
1967–1969



Liselotte Funcke
1969–1979



Richard Wurbs
1979–1984



Dieter-Julius
Cronenberg
1984–1994



Burkhard Hirsch
1994–1998



Hermann Otto
Solms
1998–2013



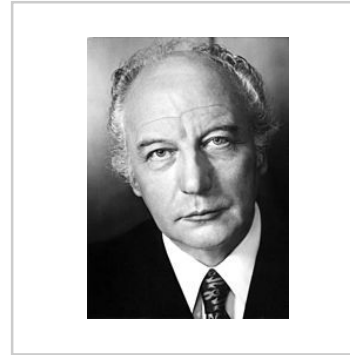
Wolfgang Kubicki
seit 2017

Bundespräsidenten

Theodor Heuss hatte von 12. September 1949 bis 12. September 1959 das Präsidentenamt inne und war gleichzeitig der erste Bundespräsident. Walter Scheel war vom 1. Juli 1974 bis 30. Juni 1979 Bundespräsident. Während der Präsidentschaft ruhte seine Mitgliedschaft in der FDP.



Theodor Heuss



Walter Scheel

Stellvertreter des Bundeskanzlers

Die nachfolgenden FDP-Mitglieder waren Stellvertreter des Bundeskanzlers.

Franz Blücher

20. September 1949
bis
29. Oktober 1957¹

Erich Mende

17. Oktober 1963
bis
28. Oktober 1966

Walter Scheel

22. Oktober 1969
bis
16. Mai 1974²

Hans-Dietrich
Genscher

16. Mai 1974 bis
17. September 1982
und
4. Oktober 1982 bis
18. Mai 1992

Jürgen Möllemann

18. Mai 1992 bis
21. Januar 1993

Klaus Kinkel

21. Januar 1993 bis
27. Oktober 1998

Guido Westerwelle

28. Oktober 2009
bis
16. Mai 2011

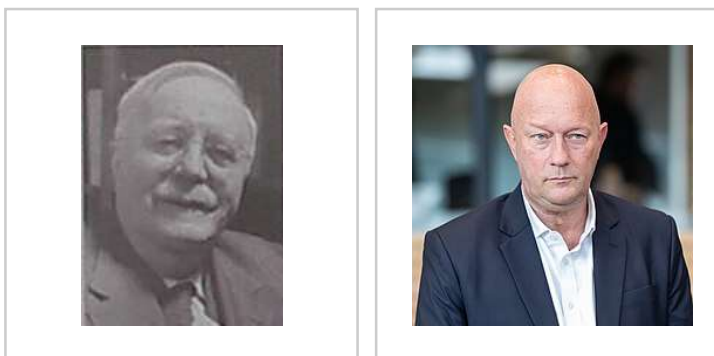
Philipp Rösler

16. Mai 2011 bis
17. Dezember 2013

¹ Blücher trat im Februar 1956 aus der FDP aus.

² Scheel übernahm zudem von 7. Mai 1974 bis 16. Mai 1974 geschäftsführend die Aufgaben des Bundeskanzlers. (Willy Brandt war anlässlich der Guillaume-Affäre zurückgetreten.)

Ministerpräsidenten



Maier

24. September 1945
bis

17. Oktober 1953³



Reinhold



Kemmerich

5. Februar 2020 bis
4. März 2020⁴

Thomas

³ Maier war als damaliger DVP-Politiker von 24. September 1945 bis zum 25. April 1952 als Ministerpräsident des damaligen Landes Württemberg-Baden tätig. 1952 wurde die DVP als FDP/DVP der FDP-Landesverband im neuen Bundesland Baden-Württemberg und Maier war vom 25. April 1952 bis zum 7. Oktober 1953 erneut Ministerpräsident bzw. erster Ministerpräsident des Bundeslandes Baden-Württemberg.

⁴ Kemmerich wurde am 5. Februar 2020 mit den Stimmen der AfD, CDU und FDP zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen gewählt, was dort eine Regierungskrise auslöste.^{[265][266][267][268][269]} Am 8. Februar 2020 trat er als Ministerpräsident zurück und blieb anschließend geschäftsführend im Amt, bis Bodo Ramelow (Die Linke) am 4. März 2020 erneut als Ministerpräsident gewählt wurde.

Siehe auch

- Liste der FDP-Bundesparteitage
- Liste der FDP-Bundeshauptausschüsse
- Kategorie:FDP-Mitglied

Literatur

Darstellungen

- Deniz Anan: *Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013*. Springer VS, Wiesbaden 2017, ISBN 3-658-17897-3.
- Jan Alberding: *Von den „Freiburger Thesen“ zum „Lambsdorff-Papier“. Die Transformation der FDP in der sozial-liberalen Koalition*. Dissertation, Marburg 2019, DNB 1179913116 (uni-marburg.de (<https://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2019/0088/pdf/dja.pdf>) [PDF; 2,7 MB]).
- Lothar Albertin (Hrsg.): *Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980, ISBN 3-525-01324-8.
- Jörg-Christof Bauer: *Der Beitrag der FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat zur Ausarbeitung des Grundgesetzes*. Kovač, Hamburg 2013, ISBN 3-8300-6697-X.
- Christof Brauers: *Liberale Deutschlandpolitik 1949–1969. Positionen der FDP zwischen nationaler und europäischer Orientierung*. Lit, Münster 1992, ISBN 3-89473-487-6.
- Kristian Buchna: „Liberale“ Vergangenheitspolitik. Die FDP und ihr Umgang mit dem Nationalsozialismus. In: *Heuss-Forum*. 15/2017 (theodor-heuss-haus.de (https://www.theodor-heuss-haus.de/fileadmin/user_upload/pics/Unser_Programm/Heuss-Forum/THK_2017/Heuss-Forum_15-2017_Buchna.pdf) [PDF; 399 kB]).
- Jürgen Dittberner: *Die Freie Demokratische Partei*. In: Richard Stöss (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*. Band 2. Westdeutscher Verlag, Opladen 1984, ISBN 3-531-11592-8, S. 1311–

1381.

- Jürgen Dittberner: *FDP – Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*. 2. Auflage. VS Verlag, Wiesbaden 2010, [ISBN 3-531-17494-0](#).
- Jürgen Dittberner: *Schwarz-Gelb in Berlin oder Die Krise der FDP*. Logos, Berlin 2011, [ISBN 3-8325-2787-7](#).
- Jürgen Dittberner: *Die FDP. Von der Regierung in die außerparlamentarische Opposition – Und zurück?* Logos, Berlin 2014, [ISBN 3-8325-3646-9](#).
- Denise Dittrich: *Die FDP und die deutsche Außenpolitik. Eine Analyse liberaler Außenpolitik seit der deutschen Wiedervereinigung*. Universitätsverlag, Potsdam 2009, [ISBN 3-86956-011-8](#).
- Hans-Dietrich Genscher (Hrsg.): *Liberale in der Verantwortung*. Hanser. München/Wien 1976, [ISBN 3-446-12288-5](#).
- Hans-Dietrich Genscher, Christian Lindner: *Brückenschläge. Zwei Generationen, eine Leidenschaft*. Hoffmann und Campe, Hamburg 2013, [ISBN 978-3-455-50296-1](#).
- Wolfgang Gerhardt (Hrsg.): *Die Kraft der Freiheit. Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Liberalismus*. Hohenheim, Stuttgart 2008, [ISBN 3-89850-165-5](#).
- Florian Glock: *Die politischen Orientierungen von Parteitagsdelegierten. Die Delegierten der FDP-Bundesparteitage 2009, 2010 und 2011*. Drewipunkt, Wiesbaden 2015, [ISBN 3-941174-23-1](#).
- Daniela Gniss: *FDP – Freie Demokratische Partei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*. In: Marie-Luise Recker, Klaus Tenfelde (Hrsg.): *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*. Teilbd. 3. Droste, Düsseldorf 2005, [ISBN 3-7700-5269-2](#), S. 35–174.
- Jörg Michael Gutscher: *Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961*. Hain. Königstein im Taunus 1984, [ISBN 3-445-02312-3](#).
- Dieter Hein: *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949*. Droste, Düsseldorf 1985, [ISBN 3-7700-5127-0](#).
- Sylvia Heinemann: „Frauenfragen sind Menschheitsfragen“. *Die Frauenpolitik der Freien Demokratinnen von 1945 bis 1963*. Helmer, Sulzbach (Taunus) 2012, [ISBN 3-89741-337-X](#).
- Clemens Heitmann: *FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972*. COMDOK, Sankt Augustin 1989, [ISBN 3-89351-044-3](#).
- Friedrich Henning: *F.D.P. – Die Liberalen. Porträt einer Partei*. Olzog, München 1982, [ISBN 3-7892-7134-9](#).
- Benjamin Höhne, Daniel Hellmann: *Die Freien Demokraten. Comeback der FDP mit neuer Mannschaft, Mit-Mach-Organisation und Mut-Mach-Liberalismus*. KAS, Sankt Augustin 2017, [DNB 1150334827](#) (Online (<http://library.kas.de/GeotObject.ashx?GUID=c3e75eba-1371-e711-933c-005056b96343&IDUSER=NotAllowed>) [PDF; 1,3 MB]).

- Reinhart Hübsch, Jürgen Frölich: *Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg. Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945–1970*. Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1997, ISBN 3-930850-59-1.
- Andreas Kramer: *Die FDP und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982*. Holos, Bonn 1995, ISBN 3-86097-212-X.
- Daniel Koerfer: *Die FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966–1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal“*. Klett-Cotta, Stuttgart 1981, ISBN 3-12-934370-9.
- Stefan Kubat: *Die (Neu-)Positionierung der FDP in der Opposition 1998–2005. Wie die Liberalen auf den Verlust ihrer Regierungsposition reagierten*. Ibidem, Stuttgart 2007, ISBN 3-89821-759-0.
- Udo Leuschner: *Die Geschichte der FDP. Von den Anfängen 1945 bis zur Verbannung aus dem Bundestag 2013*. MV-Wissenschaft, Münster 2015, ISBN 3-95645-646-7 ([udo-leuschner.de \(https://www.udo-leuschner.de/liberalismus/fdp0.htm\)](https://www.udo-leuschner.de/liberalismus/fdp0.htm)).
- Peter Lösche, Franz Walter: *Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel*. WBG, Darmstadt 1996, ISBN 3-534-80195-4.
- Marco Michel: *Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949–2002*. VS Verlag, Wiesbaden 2004, ISBN 3-531-14180-5 (eingeschränkte Vorschau (https://books.google.de/books?id=J-MeUbwX_YQC) in der Google-Buchsuche).
- Wolfgang Mischnick (Hrsg.): *Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P.* DVA, Stuttgart 1989, ISBN 3-421-06500-4.
- Andreas Moring: *Liberale Europapolitik 1949–1989. Die Europapolitik der FDP zwischen 1949 und 1989*. Lang, Frankfurt am Main 2014, ISBN 3-631-64801-4.
- Andreas Morgenstern: *Die FDP in der parlamentarischen Opposition 1966–1969. Wandel zu einer „Reformpartei“*. Tectum, Marburg 2004, ISBN 3-8288-8670-1.
- Theo Rütten: *Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten*. Nomos, Baden-Baden 1984, ISBN 3-7890-1029-4.
- Walter Scheel, Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): *Freiheit in Verantwortung – Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven*. Bleicher, Gerlingen 1998, ISBN 3-88350-047-X.
- Michael Schmidt: *Die FDP und die deutsche Frage 1949–1990*. Lit, Münster 1995, ISBN 3-8258-2631-7.
- Mathias Siekmeier: *Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung*. Janus, Köln 1998, ISBN 3-922977-51-0.
- Jan Treibel: *Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000–2012*. Nomos, Baden-Baden 2014, ISBN 3-8329-5386-8.

- Jan Treibel: *Freie Demokratische Partei (FDP)*. In: Frank Decker, Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. 3. Auflage. Springer VS, Wiesbaden 2018, ISBN 3-658-17994-5, S. 319–331.
- Hans Vorländer: *Freie Demokratische Partei (FDP)*. In: Frank Decker, Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. 2. Auflage. Springer VS, Wiesbaden 2013, ISBN 3-658-00962-4, S. 270–281.
- Franz Walter: *Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*. Transcript, Bielefeld 2010, ISBN 978-3-8376-1505-0.
- Klaus Weber: *Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969. Konjunktur und Profile*. Lang, Frankfurt am Main 2012, ISBN 3-631-63940-6.

Editionen

- Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Das Programm der Liberalen. 10 Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990*. Nomos, Baden-Baden 1990, ISBN 3-7890-2111-3.
- Hans F. W. Gringmuth (Bearb.): *Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Führungsorgane und Politik der FDP*. Droste, Düsseldorf 1995, ISBN 3-7700-5184-X.
- Peter Juling: *Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente*. Hain, Meisenheim 1977, ISBN 3-445-01529-5.
- Heino Kaack: *Die FDP. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik*. 3. Auflage. Hain, Meisenheim 1979, ISBN 3-445-01932-0.
- Reinhard Schiffers (Bearb.): *FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967*. Droste, Düsseldorf 1993, ISBN 3-7700-5175-0.
- Volker Stalman (Bearb.): *Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1969*. 2 Halbbände. Droste, Düsseldorf 2017, ISBN 3-7700-5338-9.
- Günter Verheugen (Hrsg.): *Das Programm der Liberalen. 10 Jahre Programmarbeit der F.D.P.* Nomos, Baden-Baden 1979, ISBN 3-7890-0542-8.
- Udo Wengst (Bearb.): *FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954*. 2 Halbbände. Droste, Düsseldorf 1990, ISBN 3-7700-5159-9.

- Udo Wengst (Bearb.): *FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954–1960*. Droste, Düsseldorf 1991, ISBN 3-7700-5163-7.

Weblinks

 **Commons: Freie Demokratische Partei** (https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Freie_Demokratische_Partei?uselang=de) – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

 **Wikinews: FDP** – in den Nachrichten

- Offizielle Webpräsenz der FDP (<https://www.fdp.de/>)
- Frank Decker: *Freie Demokratische Partei (FDP)*. (<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/fdp/>) In: *Dossier Parteien in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung, 5. Januar 2021.
- Jürgen Dittberner, Heinrich Oberreuter: *Freie Demokratische Partei (FDP)*. ([https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Freie_Demokratische_Partei_\(FDP\)](https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Freie_Demokratische_Partei_(FDP))) In: *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft*. 8. Auflage, 22. Oktober 2019.

Einzelnachweise

1. *fdplus – Das Magazin der Freien Demokraten*. (<https://www.fdp.de/seite/fdplus-das-magazin-der-freien-demokraten/>) In: *fdp.de*. Abgerufen am 4. September 2022.
2. Oskar Niedermayer: *Parteimitgliedschaften im Jahre 2021*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Nr. 2, 2022, S. 382–408, doi:10.5771/0340-1758-2022-2-382 (<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2022-2-382>).
3. *Gestaltungsleitfaden der Freien Demokraten*. (<https://www.fdp.de/media/4116/download?inline>) (PDF) In: *fdp.de*. Abgerufen am 4. September 2022.
4. *Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2021 (Stand: 26. Januar 2022)*. (https://www.bundestag.de/resource/blob/896222/115ff46b7bef8801225cd5b1a50edcc1/finanz_21-data.pdf) (PDF) In: *bundestag.de*. Abgerufen am 26. Juni 2022.
5. *Liberale: Von der F.D.P. zur FDP*. (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/liberale-von-der-f-d-p-zur-fdp-a-132276.html>) In: *Spiegel Online*. 6. Mai 2001, abgerufen am 12. August 2015.
6. *Wir sind Freie Demokraten*. (<https://web.archive.org/web/20150111052007/http://www.fdp.de/content/wir-sind-freie-demokraten>) (Nicht mehr online verfügbar.) FDP-Bundespartei, 6. Januar 2015, archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=http%3A%2F%2Fwww.fdp.de%2Fcontent%2Fwir-sind-freie-demokraten>) am 11. Januar 2015; abgerufen am 6. Januar 2015.

7. Roi Zur: *Stuck in the middle: Ideology, valence and the electoral failures of centrist parties*. In: British Journal of Political Science, 2019, S. 1–18. doi:10.1017/S0007123419000231
8. * Stephen Padgett, William E. Paterson, Reimut Zohlnhöfer: *Developments in German Politics 4*. Palgrave Macmillan, 2014, ISBN 978-1-137-30164-2, S. 80 (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=hD0dBQAAQBAJ&pg=PA80#v=onepage>) in der Google-Buchsuche [abgerufen am 26. Februar 2017])).
 - I. Stefuriuc: *Government formation in Multi-Level Settings: Party Strategy and Institutional Constraints*. Springer, 2013, ISBN 978-1-137-30074-4, S. 135 (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=mdglbTpuLqQC&pg=PA135#v=onepage>) in der Google-Buchsuche [abgerufen am 26. Februar 2017])).
 - Tim Bale: *Immigration and Integration Policy in Europe: Why Politics – and the Centre-Right – Matter*. Routledge, 2013, ISBN 978-1-317-96827-6, S. 18 (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=jUiOAQAAQBAJ&pg=PA18#v=onepage>) in der Google-Buchsuche [abgerufen am 26. Februar 2017])).
 - Erol Külahci: *Europeanisation and Party Politics: How the EU affects Domestic Actors, Patterns and Systems*. ECPR Press, 2014, ISBN 978-1-907301-84-1, S. 35 (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=H8T9AgAAQBAJ&pg=PA35#v=onepage>) in der Google-Buchsuche [abgerufen am 26. Februar 2017])).
 - Tom Lansford: *Political Handbook of the World 2016-2017*. CQ Press, 2017, ISBN 978-1-5063-2717-4, S. 2391 (google.de (https://books.google.de/books?id=NPR_DQAAQBAJ&pg=PT2391) [abgerufen am 11. Februar 2022]): „A moderately rightist party [...]“
 - Crepaz, Markus M.L.: *Handbook on Migration and Welfare*. Edward Elgar Publishing, 2022, ISBN 978-1-83910-457-2, S. 236 (google.de (https://books.google.de/books?id=wzRZEAAAQBAJ&newbks=1&newbks_redir=0&printsec=frontcover&pg=PA236) [abgerufen am 11. Februar 2022])).
9. Johannes Leicht, Arnulf Scriba: *Deutsche Fortschrittspartei 1861–1884*. (<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/deutsche-fortschrittspartei.html>) In: *Deutsches Historisches Museum, Berlin*. Abgerufen am 13. November 2016.
10. Paul Rothmund, Erhard R. Wiehn, *Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1979, S. 64.
11. *Freiheit und Fortschritt. Zum Dreikönigstreffen der Liberalen in Stuttgart*. (<https://www.freiheit.org/de/deutschland/freiheit-und-fortschritt>) In: *freiheit.org*. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 3. Januar 2018, abgerufen am 6. Oktober 2021.
12. *Geschichte der Gründung und Entwicklung der FDP*. (<https://www.fdp-heppenheim.org/historie/geschichte-der-gruendung-und-entwicklung-der-fdp/>) In: *fdp-heppenheim.org*. 7. August 2017, abgerufen am 6. Oktober 2021.

13. Bezüglich des politischen Kompass (zweidimensionales Modell des politischen Spektrums):

- Melanie Walter-Rogg, Oscar Gabriel: *Parteien, Parteieliten und Mitglieder in einer Großstadt*. Springer-Verlag, 2013, ISBN 978-3-663-10998-3, S. 213–218 (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=e0r0BQAAQBAJ&pg=PA213#v=onepage>) in der Google-Buchsuche [abgerufen am 26. Februar 2017]).

Bezüglich der Attribuierung „nahezu durchgängig“:

- *Dossier Parteien in Deutschland: Freie Demokratische Partei (FDP)*. (<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42106/fdp>) Bundeszentrale für politische Bildung; abgerufen am 27. Februar 2017. Insbesondere der letzte Absatz.
- Oskar Niedermayer: *Handbuch Parteienforschung*. Springer-Verlag, 2013, ISBN 978-3-531-18932-1, S. 755 (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=UP4h6r5apHkC&pg=PA755#v=onepage>) in der Google-Buchsuche [abgerufen am 25. Februar 2017]): „... klare markiliberale ordnungspolitische Orientierung ...“
- Jürgen Dittberner: *Die FDP: Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*. 2. aktualisierte und überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, ISBN 978-3-531-17494-5, S. 228 f.
- David P. Conradt, Gerald R. Kleinfeld, Christian Søe (Hrsg.): *Power Shift in Germany. The 1998 Election and the End of the Kohl Era*. Band 5 von Modern German studies. Berghahn Books, 2000, ISBN 1-57181-199-0, S. 66 ff., 132: „uncompromising neoliberal orientation“ ... „undiluted neoliberal message“
- David P. Conradt, Eric Langenbacher: *The German Polity*. 10. Auflage. Rowman & Littlefield Publishers, 2013, ISBN 978-1-4422-1646-4, S. 157 (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=LjCGXogFi6UC&pg=PA157#v=onepage>) in der Google-Buchsuche).
- Tom Lansford: *Political Handbook of the World 2016-2017*. CQ Press, 2017, ISBN 978-1-5063-2717-4, S. 2391 (google.de (https://books.google.de/books?id=NPR_DQAAQBAJ&pg=PT2391) [abgerufen am 11. Februar 2022]): „[...] party that inherited the tradition of economic liberalism, the FDP stands for free enterprise without state inference [...]“

Hinweis: Der Ausdruck „neoliberal“ wird im angelsächsischen Raum als Bezeichnung für Wirtschaftsliberalismus verwendet. (siehe Cambridge Dictionary (<https://dictionary.cambridge.org/us/dictionary/english/neoliberal>), abgerufen am 25. Februar 2017)

14. *Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft.* (<https://web.archive.org/web/20201201122445/https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf>) (PDF; 691 kB) (Nicht mehr online verfügbar.) In: *fdp.de*. FDP-Bundesgeschäftsstelle, archiviert vom Original (<https://redirector.toolforge.org/?url=https%3A%2F%2Fwww.fdp.de%2Fsites%2Fdefault%2Ffiles%2Fuploads%2F2016%2F01%2F28%2Fkarlsruherfreiheitsthesen.pdf>) am 1. Dezember 2020; abgerufen am 14. September 2020. i **Info:** Der Archivlink wurde automatisch eingesetzt und noch nicht geprüft. Bitte prüfe Original- und Archivlink gemäß [Anleitung](#) und entferne dann diesen Hinweis.
15. *Soziale Marktwirtschaft – Die FDP ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft.* (<https://web.archive.org/web/20131203003422/http://www.fdp.de/Soziale-Marktwirtschaft/453c156/index.html>) ([Memento](#) vom 3. Dezember 2013 im *Internet Archive*) In: *fdp.de*.
16. *Gastkommentar: Führen wir den Staat auf die Aufgaben zurück, für die er wirklich gebraucht wird.* (<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-fuehren-wir-den-staat-auf-die-aufgaben-zurueck-fuer-die-er-wirklich-gebraucht-wird/27271244.html>) Abgerufen am 27. September 2021.
17. 56. Ord. Bundesparteitag der FDP – Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht (https://web.archive.org/web/20130109092806/http://56.parteitag.fdp.de/webcom/show_article.php/_c-45/_nr-13/_p-1/i.html) ([Memento](#) vom 9. Januar 2013 im *Internet Archive*)
18. *Klares Zeichen für Neugestaltung der Hinzuverdienstregeln.* (<https://www.fdp.de/klares-zeichen-fuer-neugestaltung-der-hinzuverdienstregeln>) FDP, 10. Juni 2020, abgerufen am 15. August 2021.
19. *Gesetzliche Aktienrente einführen.* (<https://www.fdp.de/forderung/gesetzliche-aktienrente-einfuehren>) Abgerufen am 15. August 2021.
20. Nicole Dittmer: *FDP kritisiert Rente mit 68.* (https://www.deutschlandfunkkultur.de/fdp-kritisiert-rente-mit-68-das-ist-quatsch.1008.de.html?dram:article_id=498520) Deutschlandfunk Kultur, 8. Juni 2021, abgerufen am 15. August 2021.
21. *Gesundheitspolitik.* (<https://www.liberale.de/content/gesundheitspolitik>) In: *liberale.de*. portal liberal, abgerufen am 11. Januar 2017.
22. Bundesvorstand der FDP: *Förderung von Interoperabilität im Gesundheitswesen | FDP.* (<https://www.fdp.de/beschluss/beschluss-des-bundesvorstandes-foerderung-von-interoperabilitaet-im-gesundheitswesen>) 24. November 2019, abgerufen am 30. Dezember 2021.
23. *Gesundheit | FDP.* (<https://www.fdp.de/position/gesundheit>) Michael Zimmermann Bundesgeschäftsführer der FDP FDP-Bundesgeschäftsstelle Reinhardtstraße, abgerufen am 30. Dezember 2021.
24. Sandra Löffler: *Wahlprogramm der FDP zur Gesundheit.* (<https://web.de/magazine/bundestagswahl/wahlprogramm-fdp-gesundheit-17673614>) In: *web.de*. 19. August 2013, abgerufen am 11. Januar 2017.

25. *Selbstbestimmung auch am Lebensende - für ein liberales Sterbehilfegesetz* | FDP. (<https://www.fdp.de/forderung/selbstbestimmung-auch-am-lebensende-fuer-ein-liberales-sterbehilfegesetz>) Michael Zimmermann Bundesgeschäftsführer der FDP FDP-Bundesgeschäftsstelle Reinhardtstraße, abgerufen am 30. Dezember 2021.
26. *Blutspendeverbot für Homo-, Bi- und Transsexuelle aufheben* | FDP. (<https://www.fdp.de/seite/blutspendeverbot-fuer-ho-mo-bi-und-transsexuelle-aufheben>) Abgerufen am 12. Februar 2022.
27. Götz Hausding: *Deutscher Bundestag - FDP gegen Blutspendeverbot für Homosexuelle und Transgeschlechtli...* (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw22-de-blutspendeverbot-696022>) Abgerufen am 12. Februar 2022.
28. Inga Hofmann: *Blutspendeverbot für homosexuelle Männer soll gelockert werden*. In: *Der Tagesspiegel Online*. 17. September 2021, ISSN 1865-2263 (<https://zdb-katalog.de/list.xhtml?t=iss%3D%221865-2263%22&key=cql>) ([tagesspiegel.de \(https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/antwort-der-bundesregierung-an-die-fdp-blutspendeverbot-fuer-homosexuelle-maenner-soll-gelockert-werden/27618468.html\)](https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/antwort-der-bundesregierung-an-die-fdp-blutspendeverbot-fuer-homosexuelle-maenner-soll-gelockert-werden/27618468.html) [abgerufen am 12. Februar 2022]).
29. *Blutspendeverbot für monogam lebende Schwule soll fallen*. (<https://www.zdf.de/uri/2a142ed9-e040-4c46-9601-b7f4352c6c58>) Abgerufen am 12. Februar 2022.
30. *Familie: Menschen mit Kinderwunsch besser unterstützen* | FDP. (<https://www.fdp.de/menschen-mit-kinderwunsch-besser-unterstuetzen>) Abgerufen am 13. Februar 2022.
31. *Eizellspende legalisieren* | FDP. (<https://www.fdp.de/forderung/eizellspende-legalisieren>) Abgerufen am 13. Februar 2022.
32. Deutscher Ärzteverlag GmbH, Redaktion Deutsches Ärzteblatt: *FDP will Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen stärken*. (<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/122708/FDP-will-Finanzierung-von-Kinderwunschbehandlungen-staerken>) 7. April 2021, abgerufen am 4. März 2022.
33. Sabine Menkens: *Künstliche Befruchtung: FDP will Staatsförderung drastisch ausweiten*. In: *DIE WELT*. 31. Januar 2018 ([welt.de \(https://www.welt.de/politik/deutschland/article173068453/Kuenstliche-Befruchtung-FDP-will-Staatsfoerderung-drastisch-ausweiten.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article173068453/Kuenstliche-Befruchtung-FDP-will-Staatsfoerderung-drastisch-ausweiten.html) [abgerufen am 10. März 2022]).
34. *FDP: Verzögerungen beim Verbot von Intersex-OPs "beschämend"*. (https://www.queer.de/detail.php?article_id=34628) Abgerufen am 12. Februar 2022 (deutsch).
35. Tilmann Warnecke: *Geschlechtsverändernde OPs bei Kindern sollen verboten werden*. In: *Der Tagesspiegel Online*. 14. Januar 2020, ISSN 1865-2263 (<https://zdb-katalog.de/list.xhtml?t=iss%3D%221865-2263%22&key=cql>) ([tagesspiegel.de \(https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/eingriffe-bei-unter-14-jaehrigen-geschlechtsveraendernde-ops-bei-kindern-sollen-verboten-werden/25431734.html\)](https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/eingriffe-bei-unter-14-jaehrigen-geschlechtsveraendernde-ops-bei-kindern-sollen-verboten-werden/25431734.html) [abgerufen am 12. Februar 2022]).

36. Nina Breher: *Bundestag beschließt Verbot von „Homo-Heilungen“*. In: *Der Tagesspiegel Online*. 7. Mai 2020, ISSN 1865-2263 (<https://zdb-katalog.de/list.xhtml?t=iss%3D%221865-2263%22&key=cql>) ([tagesspiegel.de \(https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/gesetz-gegen-konversionsmassnahmen-bundestag-beschliesst-verbot-von-homo-heilungen/25805950.html\)](https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/gesetz-gegen-konversionsmassnahmen-bundestag-beschliesst-verbot-von-homo-heilungen/25805950.html) [abgerufen am 14. Februar 2022]).
37. Deutscher Ärzteverlag GmbH, Redaktion Deutsches Ärzteblatt: *„Konversionstherapien“ bei unter 18-Jährigen künftig verboten*. (<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/112610/Konversionstherapien-bei-unter-18-Jaehrigen-kuenftig-verbote>) 8. Mai 2020, abgerufen am 14. Februar 2022.
38. *Verbot von „Konversionstherapien“ | FDP*. (<https://www.fdp.de/forderung/verbot-von-konversionstherapien>) Abgerufen am 14. Februar 2022.
39. *Cannabis-Debatte muss entspannter werden*. (<https://www.liberales.de/content/cannabis-debatte-muss-entspannter-werden>) In: *liberales.de*. portal liberal, 9. Mai 2016, abgerufen am 11. Januar 2017.
40. Corinna Budras, Tobias Bug: *Legalisierung von Cannabis: Kiffen erlaubt?* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 29. Oktober 2017 ([faz.net \(https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/legalisierung-von-cannabis-fdp-und-gruene-fuer-freigabe-15267936.html\)](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/legalisierung-von-cannabis-fdp-und-gruene-fuer-freigabe-15267936.html) [abgerufen am 24. September 2020]).
41. Bettina Jung: *Cannabis-Legalisierung: Anträge von FDP und Linken abgelehnt*. (<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2019/06/05/cannabis-legalisierung-antraege-von-fdp-und-linken-abgelehnt>) In: *Deutsche Apothekerzeitung*. 5. Juni 2019, abgerufen am 24. September 2020.
42. *Warum die FDP Kiffen legalisieren will*. (<https://www.br.de/nachrichten/bayern/warum-die-fdp-kiffen-legalisieren-will>, SnitkP) 4. November 2021, abgerufen am 14. Februar 2022.
43. *Cannabis-Legalisierung: Christian Lindner (FDP) spricht sich für Apotheken-Verkauf aus*. In: *Der Spiegel*. 18. Oktober 2021, ISSN 2195-1349 (<https://zdb-katalog.de/list.xhtml?t=iss%3D%222195-1349%22&key=cql>) ([spiegel.de \(https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cannabis-legalisierung-cristian-lindner-spricht-sich-fuer-apotheken-verkauf-aus-a-aef53b-b1f0-47c5-9bd6-590adb76bcce\)](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cannabis-legalisierung-cristian-lindner-spricht-sich-fuer-apotheken-verkauf-aus-a-aef53b-b1f0-47c5-9bd6-590adb76bcce) [abgerufen am 14. Februar 2022]).
44. *Abstammungsrecht - Gegen die Ungleichbehandlung homosexueller Paare*. (<https://www.deutschlandfunk.de/abstammungsrecht-gegen-die-ungleichbehandlung-homosexueller-100.html>) Abgerufen am 12. Februar 2022.
45. *Parteiencheck*. (<https://regenbogenfamilien-nrw.de/wissen/politik/>) In: *Regenbogenfamilien in NRW*. Abgerufen am 13. Februar 2022.
46. Endgültiges Ergebnis zur 187. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, 28. Juni 2012 (https://www.bundestag.de/blob/192478/8aa2dbd5936e5b927c12028ae96560f4/20120628_3-data.pdf) (PDF; 132 kB)
47. [fdp.de \(https://www.fdp.de/position/datenschutz\)](https://www.fdp.de/position/datenschutz)

48. Maria Laura Böhm: *Der "Gefährder" und das "Gefährdungsrecht"*. (https://www.univerlag.uni-goettingen.de/bitstream/3/sbn-978-3-86395-004-0/1/GSK15_boehm.pdf) (PDF) Universitätsverlag Göttingen, 2011, abgerufen am 30. März 2023.
49. „Freiheit wahren – Terrorismus bekämpfen“, Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 11. Dezember 2006, S. 13, letzter Absatz.
50. *Freie Demokraten können auch Sozialpolitik*. (<https://www.fdp.de/freie-demokraten-koennen-auch-sozialpolitik>) In: *Freie Demokraten - FDP*. 18. Mai 2021, abgerufen am 13. Juli 2021.
51. *Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2021*. (https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf) (PDF) In: *Freie Demokraten - FDP*. FDP, abgerufen am 13. Juli 2021.
52. *Grundgesetzänderung Bundestag stimmt für Lockerung des Kooperationsverbotes*. (https://www.deutschlandfunk.de/grundgesetzänderung-bundestag-stimmt-fuer-lockerung-des.680.de.html?dram:article_id=434613) Abgerufen am 8. August 2021.
53. *Antrag im Bundestag: Liberale fordern naturwissenschaftlich-technische Bildungsoffensive*. (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/antrag-im-bundestag-liberale-fordern-naturwissenschaftlich-technische-bildungsoffensive/26257730.html>) Abgerufen am 22. Februar 2022.
54. Annette Rollmann: *FDP setzt auf Stärkung der MINT-Fächer*. (https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2020_09/793062-793062) Abgerufen am 22. Februar 2022.
55. *Kategorie: Bildung – Programmatik FDP Berlin*. (https://programmatik.fdp-berlin.de/FDP_Berlin/Kategorie:Bildung) Abgerufen am 22. Februar 2022.
56. *FDP fordert Aufstiegsscouts an allen weiterführenden Schulen*. (<https://www.fdp-fraktion-hb.de/fdp-fordert-aufstiegsscouts-an-allen-weiterfuehrenden-schulen/>) In: *FDP Fraktion Bremen*. 10. Februar 2022, abgerufen am 22. Februar 2022 (deutsch).
57. *FDP will Rundfunkreform, Journalistenverband protestiert*. In: *Der Tagesspiegel Online*. 16. Mai 2021, ISSN 1865-2263 (<https://zdb-katalog.de/list.xhtml?t=iss%3D%221865-2263%22&key=cql>) ([tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de/kultur/debatte-um-oeffentlich-rechtlichen-rundfunk-fdp-will-rundfunkreform-journalistenverband-protestiert/27195252.html) (<https://www.tagesspiegel.de/kultur/debatte-um-oeffentlich-rechtlichen-rundfunk-fdp-will-rundfunkreform-journalistenverband-protestiert/27195252.html>)) [abgerufen am 14. Februar 2022]).
58. Sara Petzold: *FDP rügt »Generalverdacht« gegen Spieler, Deutschland als Gaming-Nation*. In: *GameStar*. 18. Oktober 2019 (gamestar.de (<https://www.gamestar.de/artikel/fdp-kritisiert-generalverdacht-gegen-gamer-und-fordert-bessere-spielefoerderung,3350273.html>)) [abgerufen am 14. Februar 2022]).
59. Markus Lochmann: *Wir sind die Europa-Partei, aber Europa muss liberal gestaltet werden*. (<https://www.fdp-bw.de/pressenmitteilung.php?num=3396>) In: *fdp-bw.de*. Freie Demokraten Baden-Württemberg, abgerufen am 24. Juli 2016.
60. *liberale.de* (<https://www.liberale.de/content/tuerkei-kein-kandidat-fuer-eu-beitritt>)

61. *German Engineered Klimaschutz*. (<https://www.fdp.de/german-engineered-klimaschutz>) In: *fdp.de*. Abgerufen am 10. August 2021.
62. *Sozialen Ausgleich beim Klimaschutz einführen*. (<https://www.fdp.de/forderung/klimadividende-sozialen-ausgleich-beim-klimaschutz-einfuehren>) Abgerufen am 10. August 2021.
63. *Die Klimapolitik der FDP*. (<https://www.zdf.de/uri/c556134f-4d48-49ca-bf6f-527e21b67680>) (Video; ab Minute 2:55) In: *ZDF, frontal*. Abgerufen am 26. April 2023.
64. *Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 25. April 2023*. (<https://www.zdf.de/assets/faktencheck-25-april-2023-100~original?cb=1682462526126>) ZDF, S. 27ff, abgerufen am 26. April 2023.
65. Lucie Wittenberg: *Tempolimit: Kritik an FDP-Gutachten – „haarsträubender Klimaskeptikerquatsch“?* (<https://www.rnd.de/politik/tempolimit-kritik-an-fdp-gutachten-haarstraubender-klimaskeptikerquatsch-E6FSTWOZB5BNHEOKQZHGGQ3Y5KE.html>) In: *Redaktionsnetzwerk Deutschland*. Abgerufen am 27. April 2023.
66. Susanne Götze, Annika Joeres: *Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen*. München 2020, ISBN 3492070272, S. 179–181.
67. *Verkehrspolitik*. (<https://www.liberaled.de/content/verkehrspolitik>) FDP-Bundespartei
68. *Nach der Energiewende bitte keine Verkehrswende*. (<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article158787477/Nach-der-Energiewende-bitte-keine-Verkehrswende.html>) *Welt Online*
69. *Brrrrrommmmm!* (<http://www.zeit.de/2016/45/fdp-christian-lindner-verbrennungsmotor-autos-verkehrswende>) In: *Die Zeit*, Nr. 45/2016
70. *Kein generelles Tempolimit auf Autobahnen*. (<https://www.fdp.de/forderung/51-4>) In: *fdp.de*. Abgerufen am 2. Februar 2019.
71. *Kein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen*. (<https://www.liberaled.de/content/kein-allgemeines-tempolimit-auf-autobahnen>) In: *liberaled.de*. Abgerufen am 2. Februar 2019.
72. *Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2021*. (https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf) (PDF) In: *Freie Demokraten - FDP*. Abgerufen am 22. Juni 2021.
73. *Peking bricht endgültig Völkerrecht*. (https://www.fdp.de/_peking-bricht-endgueltig-voelkerrecht) In: *Freie Demokratische Partei - FDP*. Abgerufen am 23. Juni 2021.
74. *Beschluss: Vergiftung Nawalnys muss spürbare Konsequenzen für Verantwortliche haben – Personenbezogenen Sanktionsmechanismus nach dem Vorbild des "Magnitsky Act" einführen*. (<https://www.fdp.de/sites/default/files/import/2020-09/51423-2020-09-19-bpt-vergiftung-nawalnys-muss-spuerbare-konsequenzen-fuer-verantwortliche-haben-1.pdf>) (PDF) Freie Demokratische Partei - FDP, abgerufen am 23. Juni 2021.

75. *Fachkräftemangel und Zuwanderung*. (<https://www.liberaale.de/content/fachkraeftemangel-und-zuwanderung>) In: *liberaale.de*. portal liberal, abgerufen am 11. Januar 2017.
76. Paul Rothmund, Erhard R. Wiehn, *Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1979, S. 325.
77. *Liberaale Dokumente*. (<https://www.freiheit.org/deutsche-liberaale-geschichte-seit-1945>) Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, abgerufen am 25. Oktober 2018.
78. *Aufruf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands an das deutsche Volk vom 5. Juli 1945*. (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1945ldpd-gruendungsaufruf.pdf>) (PDF; 1,0 MB) Abgerufen am 11. November 2018 (Digitalisat des Archivs des Liberalismus).
79. *Heppenheimer Proklamation der Freien Demokratischen Partei vom 12. Dezember 1948*. (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1948heppenheimerproklamation.pdf>) (PDF; 1,7 MB) Abgerufen am 11. November 2018 (Digitalisat des Archivs des Liberalismus).
80. Udo Leuschner: *Die Geschichte der FDP – (1945–2009)* (<https://www.udo-leuschner.de/liberalismus/fdp0.htm>) In: *udo-leuschner.de*
81. Brauers, Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953, S. 698.
82. Joachim Scholtyseck, *Die FDP in der Wende*, Historisch-Politische Mitteilungen. Band 19, Heft 1, Januar 2013, S. 197–220, besonders S. 201 f. ISSN 2194-4040, ISSN (Print) 0943-691X online (https://www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM_19_12/Scholtyseck.pdf) (PDF).
83. Geisel der Neuen. In: *Der Spiegel*. Nr. 46, 1991 (online (<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13491401.html>)).
84. Bundeszentrale für politische Bildung: *FDP – Freie Demokratische Partei* (https://web.archive.org/web/20110616070236/http://www.bpb.de/wissen/02466772136331421088157554186901,1,0,FDP_Freie_Demokratische_Partei.html) (Memento vom 16. Juni 2011 im *Internet Archive*), abgerufen am 11. August 2010.
85. Jürgen Dittberner: *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven*. VS Verlag, Wiesbaden 2005, S. 79.
86. Jürgen Dittberner: *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven*. VS Verlag, Wiesbaden 2005, S. 79–80.
87. *FDP – Neues Selbstbewusstsein auch ohne Punkte*. (<https://www.faz.net/aktuell/politik/fdp-neues-selbstbewusstsein-auch-ohne-punkte-121714.html>) In: *FAZ.net*, 7. Mai 2001.
88. Christian Schicha: *Guido gibt Gas. Vorfahrt für Arbeit in den FDP-Wahlwerbespots zur Bundestagswahl 2002 und 2005*. In: Andreas Dörner, Christian Schicha: *Politik im Spot-Format. Zur Semantik, Pragmatik und Ästhetik politischer Werbung in Deutschland*. VS Verlag, Wiesbaden, 2008, S. 257–294, auf S. 270–271.
89. Wolfgang Benz: *Was ist Antisemitismus?* C.H. Beck, München 2004, S. 146–154.

90. Lars Rensmann: *Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. VS Verlag, Wiesbaden 2004, S. 442–482.
91. *WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode*. (<https://web.archive.org/web/20131015185337/http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>) (Memento vom 15. Oktober 2013 im *Internet Archive*) In: *cdu.de*. (PDF; 629 kB).
92. ARD-DeutschlandTrend am 15. Juni 2010 (<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend1110.html>)
93. *Regierung in der Kritik*. (<https://archive.today/20130929192852/http://www.boulevard-baden.de/ueberregionales/politik/2010/02/26/politbarometer-regierung-in-der-kritik-150559/>) (Memento vom 29. September 2013 im Webarchiv *archive.today*) In: *boulevard-baden.de*. *Politbarometer*, 26. Februar 2010.
94. *The Whiff of Plagiarism Again Hits German Elite*. (<https://www.nytimes.com/2011/04/25/education/25iht-educside.html>) In: *nytimes.com*. *The New York Times*, 24. April 2011 (englisch).
95. *La vicepresidenta de la Eurocámara Koch-Mehrin plagió su tesis doctoral*. (https://www.elmundo.es/elmundo/2011/05/10/union_europea/1305041214.html) In: *elmundo.es*. *El Mundo*, 13. Mai 2011 (spanisch).
96. *CDU Saar: Erklärung von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Situation der Regierungskoalition*. (<https://web.archive.org/web/20120115021207/http://www.cdu-saar.de/content/news/237080.htm>) (Memento vom 15. Januar 2012 im *Internet Archive*)
97. *Querelen in der FDP: „Jamaika“-Koalition im Saarland geplatzt*. (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/querelen-in-der-fdp-jamaika-koalition-im-saarland-geplatzt-a-807575.html>) In: *Spiegel Online*. 6. Januar 2012, abgerufen am 25. Dezember 2014.
98. *FDP-Desaster an der Saar. Die Luft für Rösler wird dünner*. (<https://www.n-tv.de/politik/Die-Luft-fuer-Roesler-wird-duenn-er-article5854231.html>) In: *ntv.de*. 25. März 2012, abgerufen am 26. März 2012.
99. *Wahlergebnis der Schleswig-Holsteinischen Landtagswahl 2012*. (<https://www.wahlrecht.de/news/2012/landtagswahl-schleswig-holstein-2012.htm#sitzverteilung>) In: *wahlrecht.de*. Abgerufen am 24. Juni 2012.
100. *Wahlergebnis der Nordrhein-Westfälischen Landtagswahl 2012*. (<https://www.wahlrecht.de/news/2012/landtagswahl-nordrhein-westfalen-2012.htm#absolut>) In: *wahlrecht.de*. Abgerufen am 24. Juni 2012.
101. *Christian Lindner führt die FDP in die Apo*. (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article122682208/Christian-Lindner-fuehrt-die-FDP-in-die-Apo.html>) In: *welt.de*. 7. Dezember 2013, abgerufen am 25. Dezember 2014.
102. Thorsten Jungholt: *Neuer FDP-Chef geht die AfD frontal an*. (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article122682387/Neuer-FDP-Chef-geht-die-AfD-frontal-an.html>) In: *welt.de*. 7. Dezember 2013, abgerufen am 25. Dezember 2014.

103. *Stuttgarter Erklärung*. (https://web.archive.org/web/20170904071128if_/https://sfb85ba5a7ee4db6c.jimcontent.com/download/version/1457544558/module/12311809525/name/FraVoKo-Beschluss%20Stuttgarter%20Erkl%C3%A4rung%2002.10.2013.pdf) (PDF) (Nicht mehr online verfügbar.) FDP, 2. Oktober 2013, archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=https%3A%2F%2Fsfb85ba5a7ee4db6c.jimcontent.com%2Fdownload%2Fversion%2F1457544558%2Fmodule%2F12311809525%2Fname%2FFraVoKo-Beschluss%2520Stuttgarter%2520Erkl%25C3%25A4rung%252002.10.2013.pdf>) ; abgerufen am 18. Juni 2022.
104. *Stuttgart: FDP will künftig stärker soziale Themen besetzen*. (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-fdp-will-kuenftig-staerker-soziale-themen-besetzen.38e94b97-375b-4d95-b650-616149aabb7a.html>) In: *stuttgarter-zeitung.de*. Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 23. September 2016.
105. *Europawahl: FDP kürt Lambsdorff zum Spitzenkandidaten*. (<https://www.spiegel.de/politik/ausland/fdp-kuert-alexander-graf-lambsdorff-zum-euro-spitzenkandidaten-a-944366.html>) In: *Spiegel Online*. 19. Januar 2014, abgerufen am 25. Dezember 2014.
106. Wolf-Sören Treusch: *FDP – Aus den Augen, aus dem Sinn*. (http://www.deutschlandradiokultur.de/fdp-aus-den-auge-n-aus-dem-sinn.976.de.html?dram:article_id=296979) In: *deutschlandradiokultur.de*. 22. September 2014, abgerufen am 25. Dezember 2014.
107. Philipp Alvares de Souza Soares: *FDP ruft Wirtschaft zu Hilfe*. (<https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/fdp-stellt-unternehmern-die-gretchenfrage-a-1002108.html>) In: *Manager Magazin*. 11. November 2014, abgerufen am 8. Januar 2015.
108. Jens Meyer-Wellmann: *Partei „Neue Liberale“ in Hamburg gegründet*. (<https://www.abendblatt.de/hamburg/article132294180/Partei-Neue-Liberale-in-Hamburg-gegruendet.html>) In: *abendblatt.de*. 16. September 2014, abgerufen am 25. Dezember 2014.
109. *Amtliches Endergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2015*. (http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2015/endgueltig/Hauptdokumente/buewa02_2015e.pdf) (PDF) In: *statistik-nord.de*. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (PDF; 77 kB).
110. Informationen zur Wahl der 21. Hamburgischen Bürgerschaft am 15. Februar 2015 (<https://web.archive.org/web/20170926142502/http://www.wahlen-bremen.de/app/>) (Memento vom 26. September 2017 im *Internet Archive*)
111. *Steiner hat das Ding gerockt*. (<https://www.liberale.de/content/steiner-hat-das-ding-gerockt>) In: *liberale.de*. 12. Mai 2015, abgerufen am 28. September 2017.
112. *Bürgerschaftswahl (Landtag) am 10. Mai 2015 im Land Bremen*. (https://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/StatistischeMitteilungen_119.pdf) (PDF) In: *statistik.bremen.de*. Abgerufen am 28. September 2017.

113. *Die Freien Demokraten feiern Erfolg in Hamburg.* (<https://www.liberale.de/content/die-freien-demokraten-feiern-erfolg-hamburg>) In: *liberale.de*. 16. Februar 2015, abgerufen am 28. September 2017.
114. *FDP und Grüne segnen Ampel-Koalition in Mainz ab.* (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article155200948/FDP-und-Grüne-seggen-Ampel-Koalition-in-Mainz-ab.html>) In: *Die Welt*. Abgerufen am 9. Mai 2016.
115. Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (<https://www.rlp.de/fr/aktuelles/einzelansicht/news/detail/News/entschlossen-und-mit-zuversicht/>), abgerufen am 18. Mai 2016
116. FB132a: *Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016 – Endgültiges Ergebnis Landesliste (Zweitstimmen absolut).* (http://service.mvnet.de/wahlen/2016_land/showHtmlContent.php?folder=2016_land&datei=L_Abs_Zweit.htm) In: *service.mvnet.de*. Abgerufen am 19. September 2016.
117. *Erfolg in Berlin ist ein weiterer Zwischenschritt.* (<https://www.liberale.de/content/erfolg-berlin-ist-ein-weiterer-zwischenschritt>) In: *liberale.de*. 30. September 2016, abgerufen am 28. September 2017.
118. *Das Comeback ist gelungen: FDP zieht wieder in den Bundestag ein.* (<https://www.liberale.de/content/das-comeback-ist-gelungen-fdp-zieht-wieder-den-bundestag-ein>) In: *liberale.de*. 26. September 2017, abgerufen am 28. September 2017.
119. *Start der Sondierungen: Hauptsache Jamaika.* (<https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierungen-113.html>) In: *tagesschau.de*. 20. Oktober 2017, abgerufen am 18. März 2018.
120. *FDP-Chef Christian Lindner: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“.* (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sondierung-von-fdp-beendet-christian-lindners-erklaerung-im-wortlaut-15301078.html>) In: *FAZ.NET*. 20. November 2017, abgerufen am 18. März 2018.
121. *Abbruch der Sondierungen: 5 Gründe für die Absage der FDP an Jamaika.* (<https://www.liberale.de/content/5-gruende-fuer-die-absage-der-fdp-jamaika>) In: *liberale.de*. 30. November 2017, abgerufen am 18. März 2018.
122. *Große Koalition: Union und SPD unterschreiben Koalitionsvertrag.* (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/groesse-koalition-union-und-spd-unterschreiben-koalitionsvertrag>) In: *Zeit Online*. 12. März 2017, abgerufen am 18. März 2018.
123. *Zentralrat der Juden „entsetzt“ über Ministerpräsidentenwahl in Thüringen.* (<https://www.tagesspiegel.de/politik/damm-und-tabubruch-in-deutschland-zentralrat-der-juden-entsetzt-ueber-ministerpraesidentenwahl-in-thueringen/25510494.html>) Der Tagesspiegel, abgerufen am 5. Februar 2020.
124. *„FDP und CDU werden zum Steigbügelhalter der rechtsextremen AfD“.* (https://www.wz.de/politik/inland/fdp-und-cdu-werden-zum-steigbuegelhalter-der-rechtsextremen-afd_aid-48773705) *Westdeutsche Zeitung*, abgerufen am 5. Februar 2020.
125. *FDP-Mann Kemmerich in Thüringen gewählt.* (<https://www.n-tv.de/politik/FDP-Mann-Kemmerich-in-Thueringen-gewaehlt-article21556887.html>) *n-tv*, abgerufen am 5. Februar 2020.

126. *Amtliches Endergebnis: FDP zieht in Thüringer Landtag ein.* (<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/amtliches-endergebnis-fdp-drin-100.html>) Abgerufen am 6. April 2021.
127. Norddeutscher Rundfunk Hamburg: FDP unter 5 Prozent (https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/wahl/buergerschaftswahl_2020/Hamburg-Wahl-FDP-unter-5-Prozent,hhwahl316.html), abgerufen am 28. Februar 2020
128. *Die Logos der FDP im Wandel der Zeit.* (<https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/fdp-logo-107.html>) In: *tagesschau.de*. Abgerufen am 9. November 2018.
129. *Das FDP-Logo, vom Adler zu Magenta.* (<https://www.welt.de/politik/deutschland/gallery136060578/Das-FDP-Logo-vom-Adler-zu-Magenta.html>) In: *welt.de*. Abgerufen am 9. November 2018.
130. Gründungsprogramm der Deutschen Fortschrittspartei 1861 (https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=383&language=german) (PDF)
131. Gründungsprogramm der Nationalliberalen Partei (https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=684) (PDF)
132. Programm der Deutschen Fortschrittspartei 1878 (http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/722_Deutsche%20Fortschrittspartei_227.pdf) (PDF)
133. Erklärung der liberalen Sezessionisten (https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=660) (PDF)
134. Gründungsprogramm der Deutschen Freisinnigen Partei (https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=686) (PDF)
135. Aufruf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands an das Deutsche Volk (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1945ldpd-gruendungsaufruf.pdf>) (PDF; 1016 kB)
136. Syker Programmatistische Richtlinien der Freien Demokratischen Partei in der Britischen Besatzungszone (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1946sykerprogrammatischerichtlinien.pdf>) (PDF; 517 kB)
137. Wirtschaftsprogramm der FDP in der Britischen Besatzungszone, „Wangerooger Programm“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1948wangeroogerprogramma.pdf>) (PDF; 1,3 MB)
138. Heppenheimer Proklamation der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1948heppenheimerproklamation.pdf>) (PDF; 1,7 MB)
139. Parteiprogramm der Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1949ldpd-partieprogramm.pdf>) (PDF; 2,7 MB)
140. Die Bremer Plattform der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1949bremerplattform.pdf>) (PDF; 4,4 MB)

141. Denkschrift von Karl Georg Pfeleiderer „Vertragswerk und Ostpolitik“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/in5-286pfeleiderer-plan1952.pdf>) (PDF; 1,6 MB)
142. Berliner Programm der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1957berlinerprogramm.pdf>) (PDF; 1,1 MB)
143. Denkschrift zur deutschen Frage „Verklammerung und Wiedervereinigung“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1962schollwer-papier.pdf>) (PDF; 2,8 MB)
144. Gedanken zur Neugestaltung der Altersvorsorge „Mischnick-Plan“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1963mischnick-plan.pdf>) (PDF; 1,5 MB)
145. Material zur Klausurtagung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei „Deutschland- und Außenpolitik“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1967schollwer-papier.pdf>) (PDF; 924 kB)
146. Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei „Ziele des Fortschritts“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1967aktionsprogramm.pdf>) (PDF; 1,4 MB)
147. Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1971freiburgerthesen.pdf>) (PDF; 3,1 MB)
148. Stuttgarter Leitlinien einer liberalen Bildungspolitik der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1972stuttgarterleitlinien.pdf>) (PDF; 1,8 MB) [freiheit.org](https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1972stuttgarterleitlinien.pdf) (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1972stuttgarterleitlinien.pdf>) (PDF; 1,8 MB)
149. Thesen der Freien Demokratischen Partei „Freie Kirche im Freien Staat“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1974kirchenpapier.pdf>) (PDF; 818 kB)
150. Kieler Thesen der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1977kielerthesen.pdf>) (PDF; 2,8 MB)
151. Programm zur Gleichberechtigung der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1978programmzurgleichberechtigung.pdf>) (PDF; 638 kB)
152. Brief von Hans-Dietrich Genseher an die Mitglieder der Führungsgremien und an die Mandatsträger der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1981genseher-brief.pdf>) (PDF; 843 kB)
153. Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1982lamsdorff-papier.pdf>) (PDF; 2,1 MB)
154. Das liberale Manifest der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1985liberalesmanifest.pdf>) (PDF; 1,1 MB)

155. Liberales Aktionsprogramm Europa der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1987liberalesaktionsprogrammeuropa.pdf>) (PDF; 775 kB)
156. *Mut statt Mißmut – für ein liberales Deutschland.* (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1992lambsdorff-papier.pdf>) (PDF; 2,3 MB)
157. Leitlinien liberaler Kommunalpolitik der Freien Demokratischen Partei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1993leitlinienkommunalpolitik.pdf>) (PDF; 4,4 MB)
158. LDPD und liberale Parteien in der Endphase der DDR (<https://www.freiheit.org/ldpd-und-liberale-parteien-der-endphase-der-ddr>) (PDF)
159. Erklärung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands „Was will die LDPD? Ziele der DDR-Liberalen“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/02/1989ldpd-erklaerung.pdf>) (PDF; 452 kB)
160. Programm der Deutschen Forumpartei (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/02/1990dfp-programm.pdf>) (PDF; 1,1 MB)
161. Liberales Manifest der F.D.P.-Länderverbände der DDR „Zukunftschance Freiheit“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/02/1990fdp-ostliberalesmanifest.pdf>) (PDF; 855 kB)
162. Wahlaufruf zur Volkskammerwahl 1990 des Bundes Freier Demokraten (BFD) „Die Freiheit, die wir meinen:“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/02/1990bfd-aufrufzurvolkskammerwahl.pdf>) (PDF; 291 kB)
163. Wahlprogramm zur Volkskammerwahl 1990 der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/02/1990ldp-bfd-wahlprogrammvolkskammerwahl.pdf>) (PDF; 2,6 MB)
164. Programm der Freien Demokratischen Partei „Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1997wiesbadenergrundsaeetze.pdf>) (PDF; 2,2 MB)
165. Leitfaden für den Politikwechsel in Deutschland Wolfgang Gerhardt, Guido Westerwelle (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/2005leitfadenpolitikwechsel.pdf>) (PDF; 223 kB)
166. „Verantwortung für die Freiheit – Karlsruher Freiheitsthesen für eine offene Bürgergesellschaft“ (<https://web.archive.org/web/20201201122445/https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf>) (Memento des Originals (<https://redirecter.toolforge.org/?url=https%3A%2F%2Fwww.fdp.de%2Fsites%2Fdefault%2Ffiles%2Fuploads%2F2016%2F01%2F28%2Fkarlsruherfreiheitsthesen.pdf>) vom 1. Dezember 2020 im *Internet Archive*) ⓘ **Info:** Der Archivlink wurde automatisch eingesetzt und noch nicht geprüft. Bitte prüfe Original- und Archivlink gemäß Anleitung und entferne dann diesen Hinweis. (PDF)
167. Programm der Freien Demokratischen Partei „Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft.“ (<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/2012karlsruherfreiheitsthesen.pdf>) (PDF; 821 kB)

168. Aktuelle Grundsatzprogramme der FDP (<https://www.fdp.de/content/programm>)
169. Bürgerprogramm 2013 „Damit Deutschland stark bleibt“ (<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/brgerp rogramma5online2013-07-23.pdf>) (PDF)
170. Stuttgarter Erklärung (2013) (https://web.archive.org/web/20131008083401/https://www.fdp.de/files/3501/Stuttgarter_Erk l_rung.pdf) (Memento des Originals (https://redirecter.toolforge.org/?url=https%3A%2F%2Fwww.fdp.de%2Ffiles%2F3501%2FStuttgarter_Erk l_rung.pdf) vom 8. Oktober 2013 im *Internet Archive*)  **Info:** Der Archivlink wurde automatisch eingesetzt und noch nicht geprüft. Bitte prüfe Original- und Archivlink gemäß Anleitung und entferne dann diesen Hinweis. (PDF)
171. *Beschluss des 66. Ord. Bundesparteitages der FDP: Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Projekte für eine Republik der Chancen.* (<https://web.archive.org/web/20161005121314/https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/besch lussmehrchancendurchmehrfreiheit-projektefuereinerepublikderchancen.pdf>) (Memento des Originals (<https://redirecter.t oolforge.org/?url=https%3A%2F%2Fwww.fdp.de%2Fsites%2Fdefault%2Ffiles%2Fuploads%2F2016%2F01%2F28%2Fb eschlussmehrchancendurchmehrfreiheit-projektefuereinerepublikderchancen.pdf>) vom 5. Oktober 2016 im *Internet Archive*)  **Info:** Der Archivlink wurde automatisch eingesetzt und noch nicht geprüft. Bitte prüfe Original- und Archivlink gemäß Anleitung und entferne dann diesen Hinweis. (PDF) In: *fdp.de*. (PDF; 232 kB).
172. *Bundessatzung der FDP, § 29, Absatz 1.* (<https://web.archive.org/web/20150325230326/http://www.fdp.de/files/585/Bun dessatzung-2011-komplett.pdf>) (Memento vom 25. März 2015 im *Internet Archive*) In: *fdp.de*. Abgerufen am 2. Juli 2011 (PDF; 546 kB, S. 20)
173. *Auszug vom Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) über die Eintragung der FDP als Verein.* (<http://www.abload.de/img/bild 23ds9v.jpg>) In: *abload.de*. Abgerufen am 3. November 2009.
174. *CDU und SPD verlieren Mitglieder.* (https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_87159948/parteien-cdu-und-spd -verlieren-mitglieder-gruene-legen-deutlich-zu.html) In: *t-online.de*. 16. Januar 2020, abgerufen am 17. Januar 2020.
175. *liberale.de* (<https://www.liberale.de/content/fdp-nrw-wieder-ueber-16000-mitglieder-stark>)
176. Gregor Mayntz: Starker Mitgliederzuwachs bei FDP und Grünen. (https://rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswah l/starker-mitgliederzuwachs-bei-fdp-und-gruenen_aid-62939013) *Rheinische Post*, 23. September 2021, abgerufen am 1. Oktober 2021.
177. Mitgliederstand FDP 1981 und 1990, BpB-Dossier (http://www1.bpb.de/themen/N59Z8E,0,Die_FDP_%96_W%E4hlersc haft_und_Mitglieder.html), abgerufen am 28. Oktober 2009
178. *Erweiterte Suche | Suche | Abgeordnete | Europäisches Parlament | Fraktion Renew Europe.* (<https://www.europarl.euro pa.eu/meps/de/search/advanced?groupCode=5704>) Abgerufen am 6. Mai 2021.

179. *Satzung der Freien Demokratischen Partei/Demokratischen Partei Saar.* (<https://web.archive.org/web/20180808172149/https://www.fdp-saar.de/wp-content/uploads/2018/07/Satzung-Stand-25.02.2018.pdf>) (PDF; 245 kB) (Nicht mehr online verfügbar.) In: *fdp-saar.de*. 25. Februar 2018, archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=https%3A%2F%2Fwww.fdp-saar.de%2Fwp-content%2Fuploads%2F2018%2F07%2FSatzung-Stand-25.02.2018.pdf>) am 8. August 2018; abgerufen am 8. August 2018.
180. *Geschichte der FDP/DVP.* (<http://fdp-dvp-fraktion.de/wir/geschichte-der-fdpdvp/>) In: *fdp-dvp-fraktion.de*. Abgerufen am 8. August 2018.
181. *Landessatzung mit Finanz- und Beitragsordnung.* (https://web.archive.org/web/20180808202743if_/https://s6b811409f2dde479.jimcontent.com/download/version/1526992693/module/9883680119/name/Landessatzung%202018.pdf) (PDF) (Nicht mehr online verfügbar.) FDP Landesverband Berlin, archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=https%3A%2F%2Fs6b811409f2dde479.jimcontent.com%2Fdownload%2Fversion%2F1526992693%2Fmodule%2F9883680119%2Fname%2FLandessatzung%25202018.pdf>) ; abgerufen am 18. Juni 2022 (englisch).
182. *FDP LV Net.* (<https://web.archive.org/web/20110719003253/http://lvnet.fdp.de/>) (Nicht mehr online verfügbar.) In: *lvnet.fdp.de*. Archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=http%3A%2F%2Flvnet.fdp.de%2F>) am 19. Juli 2011; abgerufen am 17. März 2016. **Info:** Der Archivlink wurde automatisch eingesetzt und noch nicht geprüft. Bitte prüfe Original- und Archivlink gemäß [Anleitung](#) und entferne dann diesen Hinweis.
183. *Auslandsgruppe Europa der FDP.* (<https://www.fdp-europa.eu/>) In: *fdp-europa.eu*. Abgerufen am 8. August 2018.
184. *Landtagswahlen in Deutschland.* (http://www.election.de/cgi-bin/content.pl?url=ltw_wahl.html) In: *election.de*. Abgerufen am 6. Juni 2021.
185. *Wahlergebnisse.* (<https://www.wahlrecht.de/ergebnisse/index.htm>) In: *wahlrecht.de*. Abgerufen am 6. Juni 2021.
186. *Ergebnisse Deutschland.* (<https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse.html>) Abgerufen am 2. Oktober 2021.
187. *FDP – Vorfeld-Organisationen.* (<https://www.fdp.de/seite/vorfeld-organisationen>) In: *fdp.de*. Abgerufen am 13. September 2022.
188. *elde* (<http://elde-online.de/>) auf: *elde-online.de*; abgerufen am 25. November.
189. *elde* im Apple-Store (<https://itunes.apple.com/de/app/id652090255?mt=8&affId=1860684>) auf: *itunes.apple.com*; abgerufen am 25. November.
190. *elde* bei Google Play (https://play.google.com/store/apps/details?id=com.pressmatrix.elde&feature=search_result#?t=W251bGwsMSwyLDEsImNvbS5wcmVzc21hdHJpeC5lbGRlll0) auf: *play.google.com*
191. *elde* bei ISSUU (<https://issuu.com/fdp-bundesgeschaefsstelle>) auf: *issuu.com* (<https://issuu.com/>)
192. *liberale.org* (<http://www.liberale.org/>) – Homepage des Freiburger Kreises

193. Positionspapier des Freiburger Kreises (1999) (<http://www.liberales.org/dokumente/erneuerung.html>)
194. Jürgen Dittberner: *Die FDP*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, ISBN 978-3-531-17494-5, S. 228, doi:10.1007/978-3-531-92454-0 (<https://doi.org/10.1007/978-3-531-92454-0>).
195. https://twitter.com/lib_aufbruch, liberaler-aufbruch.net (<http://www.liberaler-aufbruch.net/>) – Homepage des Liberalen Aufbruchs Weiterleitung zum inaktiven Facebook-Account
196. *Parteiinternes Bündnis Liberaler Aufbruch – Freidenker wollen radikalere FDP* (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article9611911/Liberaler-Aufbruch-Freidenker-wollen-radikalere-FDP.html>) von Thorsten Jungholt Die Welt 13. September 2010
197. *"Liberaler Aufbruch" Westerwelle-Kritiker werben um die Basis* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/liberaler-aufbruch-westerwelle-kritiker-werben-um-die-basis-a-719592.html>) Der Spiegel 25. September 2010
198. *Liberaler Aufbruch – Freidenker wollen radikalere FDP*. (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article9611911/Liberaler-Aufbruch-Freidenker-wollen-radikalere-FDP.html>) In: welt.de. 13. September 2010, abgerufen am 27. Dezember 2019.
199. „Liberaler Aufbruch“ in der FDP gegründet – Unser Imperativ lautet: Habe Mut zum Liberalismus! (<https://web.archive.org/web/20131231224803/http://www.holger-krahmer.de/bllogeintrag-krahmer-direkt/items/liberaler-aufbruch-in-der-fdp-gegruendet-unser-imperativ-lautet-habe-mut-zum-liberalismus.html>) (Memento vom 31. Dezember 2013 im Internet Archive) In: holger-krahmer.de. 11. September 2010.
200. *Euro-Kurs der Union: Droht Merkel Mitgliederbefragung?* (<https://www.stern.de/politik/deutschland/euro-kurs-der-union-droht-merkel-mitgliederbefragung-1728395.html>) In: Stern.de, 16. September 2011.
201. Heribert Prantl: *Merkwürdige Phalanx gegen den Rettungsschirm*. (<https://www.sueddeutsche.de/politik/fdp-urgestein-hirsch-merkwuerdige-phalanx-gegen-die-euro-rettung-1.1145177>) In: sueddeutsche.de, 17. September 2011, abgerufen am 19. März 2018.
202. *FDP und Euro-Rettung Sie sind so frei* (<https://web.archive.org/web/20111006222311/https://www.faz.net/aktuell/politik/fdp-und-euro-rettung-sie-sind-so-frei-11483140.html>), von Peter Carstens, Frankfurter Allgemeine Zeitung 5. Oktober 2011
203. libertaer.wordpress.com (<https://libertaer.wordpress.com/>) – Homepage der Libertären Plattform
204. Programm der Libertären Plattform (<https://libertaer.wordpress.com/themen/>)
205. *Anarchie in der FDP?* (https://www.welt.de/wams_print/article2473274/Anarchie-in-der-FDP.html) In: welt.de. 21. September 2008, abgerufen am 27. Dezember 2019.
206. Gert-Joachim Glaesner: *Politik in Deutschland*. 2. Auflage. VS Verlag, Wiesbaden 2006, S. 457 f. (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=cXAKxfU0ueEC&pg=PA457#v=onepage>) in der Google-Buchsuche).

207. *Linker Firlefanz: Rechte Freidemokraten um Alexander von Stahl wollen ihre Partei auf nationalliberalen Kurs bringen.* (<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684280.html>) In: *spiegel.de*. 31. Oktober 1994, abgerufen am 27. Dezember 2019.
208. *Alles ganz harmlos? Die „Neue Rechte“ will Denkverbote aufheben und Tabus brechen.* (https://www.zeit.de/1995/49/Alles_ganz_harmlos_) In: *zeit.de*. 12. Januar 1995, abgerufen am 27. Dezember 2019.
209. *FDP: Wieder neuer Zirkel.* (https://www.focus.de/politik/deutschland/fdp-wieder-neuer-zirkel_aid_156187.html) In: *focus.de*. 3. Juli 1995, abgerufen am 27. Dezember 2019.
210. Alice Brauner-Orthen: *Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen.* Leske + Budrich, Opladen 2001, S. 171 ff. (eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=-K73BQAAQBAJ&pg=PA171#v=onepage>) in der Google-Buchsuche).
211. rechtsliberale.wordpress.com (<https://rechtsliberale.wordpress.com/>) – Homepage des Stresemann Clubs
212. *Wer ist die AfD in Nordrhein-Westfalen?* (<https://web.archive.org/web/20160301221813/http://www1.wdr.de/fernsehen/westpol/sendungen/afd-nrw-steckbriefe-100.html>) (Nicht mehr online verfügbar.) In: *wdr.de*. 28. Februar 2016, archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=http%3A%2F%2Fwww1.wdr.de%2Ffernsehen%2Fwestpol%2Fsendungen%2Fafd-nrw-steckbriefe-100.html>) am 1. März 2016; abgerufen am 27. Dezember 2019.
213. *Alexander Alt: von der FDP zur AfD.* (<https://www.westfalen-blatt.de/OWL/Kreis-Guetersloh/Steinhagen/3631558-Fuehle-mich-als-nationalliberal-denkener-Mensch-nicht-mehr-repraesentiert-Alexander-Alt-von-der-FDP-zur-AfD>) In: *westfalen-blatt.de*. 26. Januar 2019, abgerufen am 27. Dezember 2019.
214. Susanne Gaschke: *Holger Zastrow: Populismus? „Das ist Quatsch“.* (https://www.zeit.de/1995/49/Alles_ganz_harmlos_) In: *zeit.de*. 26. August 2019, abgerufen am 27. Dezember 2019.
215. *Die Partei der zwei Herzen* (<https://www.tagesspiegel.de/politik/kubicki-und-die-fdp-die-partei-der-zwei-herzen/22983152.html>), Der Tagesspiegel, zuletzt gesehen am 29. Dezember 2019.
216. *Thüringer FDP-Chef nimmt Lindner in die Pflicht* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-in-thueringen-thomas-ke-mmerich-fordert-christian-lindner-heraus-a-1286384.html>), Spiegel Online, zuletzt gesehen am 29. Dezember 2019.
217. *Skandalwahl in Thüringen: Nichts aus der Geschichte gelernt* (<https://taz.de/Skandalwahl-in-Thueringen/!5662209/?goMobile2=1581120000000>), Die Tageszeitung (TAZ), abgerufen am 3. März 2020
218. *Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2019. 1 Teil: Bundestagsparteien. Band II.* (<https://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP19/2753/275373.html>) BT Drucksache 19/27595. In: *bundestag.de*. Deutscher Bundestag, 16. März 2021, abgerufen am 28. März 2021.

219. Jochen Leffers: *Großgeschenke: Unternehmer spendete der FDP 1,1 Millionen Euro.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/grossgeschenke-unternehmer-spendete-der-fdp-1-1-millionen-euro-a-672303.html>) In: *Spiegel Online*. 16. Januar 2010, abgerufen am 30. September 2017.
220. *Parteispenden über 50.000 € – Jahr 2009.* (<https://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2009/index.html>) In: *bundestag.de*. Abgerufen am 30. September 2017.
221. *Mövenpick Hotels & Resorts.* (<https://web.archive.org/web/20170929010133/https://www.movenpick.com/de/hotels/>) (Nicht mehr online verfügbar.) In: *movenpick.com*. Archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=https%3A%2F%2Fwww.movenpick.com%2Fde%2Fhotels%2F>) am 29. September 2017; abgerufen am 30. September 2017.
 **Info:** Der Archivlink wurde automatisch eingesetzt und noch nicht geprüft. Bitte prüfe Original- und Archivlink gemäß Anleitung und entferne dann diesen Hinweis.
222. *Parteispende: Die CSU erhielt hohe Parteispende von Hoteliers.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/grossgeschenke-unternehmer-spendete-der-fdp-1-1-millionen-euro-a-672303.html>) In: *Spiegel Online*. 18. Januar 2010, abgerufen am 30. September 2017.
223. *Mövenpick-Gesetz gilt nicht für Stundenhotels.* (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/urteil-des-bundesfinanzhofs-moevenpick-gesetz-gilt-nicht-fuer-stundenhotels-1.1801649>) In: *Süddeutsche Zeitung*. 23. Oktober 2013, abgerufen am 30. September 2017.
224. *Geld für FDP und CSU: Spenden werfen Fragen auf.* (<https://www.n-tv.de/politik/Spenden-werfen-Fragen-auf-article683743.html>) In: *n-tv.de*. 18. Januar 2010, abgerufen am 30. September 2017.
225. *Parteienfinanzierung: FDP und CSU wollen Finck-Spenden nicht zurückzahlen.* (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/parteienfinanzierung-fdp-und-csu-wollen-finck-spenden-nicht-zurueckzahlen-1908868.html>) In: *FAZ.NET*. 19. Januar 2010, abgerufen am 30. September 2017.
226. Florian Gathmann: *Debatte um FDP-Spende: Hohn und Spott für die „Mövenpick-Partei“.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/debatte-um-fdp-spende-hohn-und-spott-fuer-die-moevenpick-partei-a-672756.html>) In: *Spiegel Online*. 19. Januar 2010, abgerufen am 30. September 2017.
227. FDP-Fraktion: Mehrwertsteuersenkung für die Hotellerie war politischer Konsens (<https://web.archive.org/web/20100123163540/http://www.liberale.de/Umsatzsteuerdebatte/4339c8017i1p7/index.html>) (Memento vom 23. Januar 2010 im *Internet Archive*)
228. *fr-online.de* (<https://web.archive.org/web/20130925115428/http://www.fr-online.de/home/millionenstrafe-fuer-die-fdp-moelemanns-nachlass--4-336-648-79,1472778,3311112.html>) (Memento vom 25. September 2013 im *Internet Archive*)

229. *Möllemann-Affäre: Gericht bestätigt Millionenstrafe gegen FDP.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/moellemann-affaere-gericht-bestaetigt-millionenstrafe-gegen-fdp-a-800475.html>) In: *Spiegel Online*. 28. November 2011, abgerufen am 25. Dezember 2014.
230. Pressemitteilung der FDP vom 2. Juli 2009 (https://web.archive.org/web/20110107021420/http://www.fdp-nrw.de/files/557/090702-PKF_zum_Bescheid.pdf) (Memento vom 7. Januar 2011 im *Internet Archive*) (PDF; 321 kB)
231. Pressemitteilung der FDP vom 7. Juli 2009 (https://web.archive.org/web/20110719004516/http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_websiteprog.php?wc_c=648&wc_lkm=0&wc_id=12615&bis=144) (Memento vom 19. Juli 2011 im *Internet Archive*)
232. *Gericht bestätigt Millionenstrafe für die FDP.* (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtswidrige-spenden-gericht-bestaetigt-millionenstrafe-fuer-die-fdp-1893685.html>) In: *FAZ.net*. 8. Dezember 2009, abgerufen am 21. Januar 2017.
233. *FDP muss Strafzahlungen wegen Möllemann-Spenden leisten (Nr. 46/ 2009).* (<http://www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/vg/presse/archiv/20091208.1700.148952.html>) In: *berlin.de*. Abgerufen am 21. Januar 2017.
234. *Möllemann-Affäre: Gericht bestätigt Millionenstrafe gegen FDP.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/moellemann-affaere-gericht-bestaetigt-millionenstrafe-gegen-fdp-a-800475.html>) In: *Spiegel Online*. 28. November 2011, abgerufen am 21. Januar 2017.
235. *Bundesverwaltungsgericht – Pressemitteilung.* (<https://www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.php?jahr=2013&nr=24>) In: *bverwg.de*. 25. April 2013, abgerufen am 2. Februar 2018.
236. *Bericht über die Rechenschaftsberichte 2008 und 2009 der Parteien sowie über die Entwicklung der Parteienfinanzen gemäß § 23 Absatz 4 des Parteiengesetzes.* (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/082/1708200.pdf>) (PDF) In: *Drucksache 17/8200*. Deutscher Bundestag, 16. Dezember 2011, S. 6–8, abgerufen am 10. August 2017.
237. *Wahl zum Deutschen Bundestag.* (<https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017.html>) In: *bundeswahlleiter.de*. Abgerufen am 31. Mai 2019.
238. Marco Michel: *Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949–2002*. VS Verlag, Wiesbaden 2005, ISBN 3-531-14180-5, S. 44 (eingeschränkte Vorschau (https://books.google.de/books?id=J-MeUbwX_YQC&pg=PA44#v=onepage) in der Google-Buchsuche).
239. *Zum Gedenken an Reinhold Maier (1889–1971).* (<https://archive.today/20120802121939/http://www.fdp-bw.de/regional/meldung.php?id=4829&kvid=Rhein-Neckar>) (Nicht mehr online verfügbar.) In: *fdp-bw.de*. FDP Baden-Württemberg, 14. September 2011, archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=http%3A%2F%2Fwww.fdp-bw.de%2Fregional%2Fmeldung.php%3Fid%3D4829%26kvid%3DRhein-Neckar>) am 2. August 2012; abgerufen am 21. September 2021.

240. Lutz Nickel: *Dehler – Maier – Mende: Parteivorsitzende der FDP: Polarisierer – Präsident – Generaldirektor*. m-presse, München 2005, ISBN 3-89975-555-3, eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=jqvKEaqFeq8C&pg=PA329#v=onepage>) in der Google-Buchsuche.
241. Archiv FDP Bergkamen (<https://web.archive.org/web/20130902233023/http://www.fdp-bergkamen.de/freierubrik4.php>) (Memento vom 2. September 2013 im *Internet Archive*)
242. Holger Stürenburg: *Better Days.: Der Zeitgeist der Kühlen Dekade*. ISBN 3-8311-1615-6, S. 19. eingeschränkte Vorschau (<https://books.google.de/books?id=jPLuc0hF0ZMC&pg=PA19#v=onepage>) in der Google-Buchsuche.
243. Marco Michel: *Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949–2002*. VS Verlag, Wiesbaden 2005, S. 213 (eingeschränkte Vorschau (https://books.google.de/books?id=J-MeUbwX_YQC&pg=PA212#v=onepage) in der Google-Buchsuche).
244. Landesarchiv Baden-Württemberg. (<https://www2.landesarhiv-bw.de/ofs21/olf/struktur.php?bestand=6886&klassi=&anzeigeKlassi=009&letztesLimit=unbegrenzt&baumSuche=&standort=>)
245. Udo Leuschner: Die Geschichte der FDP (<https://www.udo-leuschner.de/pdf/fdp2009.pdf>) (PDF; 2,8 MB)
246. FDP: Liberale schauen in eine schwarz-gelbe Zukunft (<http://www.wz-newsline.de/home/politik/fdp-liberale-schauen-in-eine-schwarz-gelbe-zukunft-1.138162>), Newsline – Westdeutsche Zeitung
247. *Wahl zum Europäischen Parlament*. (<https://bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019.html>) In: *bundeswahlleiter.de*. Abgerufen am 31. Mai 2019.
248. *FDP fordert europäisches Bürgerrecht*. (<https://www.zeit.de/1979/07/fdp-fordert-europaeisches-buergerrecht>) In: *Die Zeit*. 9. Februar 1979, abgerufen am 31. Mai 2019.
249. Liberale Stichtage: Martin Bangemann wird 75 (<https://web.archive.org/web/20140718192725/http://www.freiheit.org/15112009-Liberale-Stichtage-Martin-Bangemann-wird-75/573c13319i1p/index.html>) (Memento vom 18. Juli 2014 im *Internet Archive*)
250. *Wechmar führt die Europa-Liste der FDP*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 10. Oktober 1988, S. 3.
251. *Ein europäisches Parlament der Frauen? FDP und Neues Forum nominierten am Wochenende Uta Würfel und Bärbel Bohley als ihre Spitzenkandidatinnen für das Europaparlament*. (<https://www.taz.de/Archiv-Suche/!1580447/>) In: *Die Tageszeitung*. 24. Januar 1994, abgerufen am 31. Mai 2019.
252. *Haussmann Europa-Kandidat der FDP*. (<https://www.taz.de/Archiv-Suche/!1312277>) In: *Die Tageszeitung*. 8. Dezember 1998, abgerufen am 31. Mai 2019.
253. *Koch-Mehrin zur Spitzenkandidatin gewählt* (https://web.archive.org/web/20040301042748/http://www.fdp-bundesverband.de/aktuell/news.php?id=614&page_nr=1) (Memento vom 1. März 2004 im *Internet Archive*)

254. *FDP: Koch-Mehrin bleibt Spitzenkandidatin.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-koch-mehrin-bleibt-spitzenkandidatin-a-292910.html>) In: *Spiegel Online*. 28. März 2004, abgerufen am 31. Mai 2019.
255. *Silvana Koch-Mehrin mit überwältigender Mehrheit zur Spitzenkandidatin gewählt* (<https://web.archive.org/web/20090201041247/http://europaparteitag.fdp.de/>) (Memento vom 1. Februar 2009 im *Internet Archive*)
256. *Parteitagsbeschluss: FDP zieht mit Koch-Mehrin in Europawahl.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/parteitagsbeschluss-fdp-zieht-mit-koch-mehrin-in-europawahl-a-601854.html>) In: *Spiegel Online*. 17. Januar 2009, abgerufen am 31. Mai 2019.
257. *Die Europaliste der FDP steht.* (<https://web.archive.org/web/20140206105656/http://www.fdp.de/Europaparteitag/1835b675/index.html>) (Nicht mehr online verfügbar.) In: *fdp.de*. 19. Januar 2014, archiviert vom Original (<https://redirecter.toolforge.org/?url=http%3A%2F%2Fwww.fdp.de%2FEuropaparteitag%2F1835b675%2Findex.html>) am 6. Februar 2014; abgerufen am 31. Mai 2019.
258. *FDP-Europaparteitag: Die ersten 15 Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament.* (<https://www.fdp.de/pressemitteilung/fdp-europaparteitag-die-ersten-15-bewerber-fuer-die-wahl-zum-europaeischen-parlament->) In: *fdp.de*. 27. Januar 2019, abgerufen am 31. Mai 2019.
259. *Parteitag der FDP: Nicola Beer zur Spitzenkandidatin für die Europawahl gekürt.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-europaparteitag-nicola-beer-zur-spitzenkandidatin-fuer-europawahl-gekuert-a-1250209.html>) In: *Spiegel Online*. 27. Januar 2019, abgerufen am 31. Mai 2019.
260. *Ergebnisse früherer Landtagswahlen.* (https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/a333e523-0717-42ad-a772-d5ad7e7e97cc/ltw_erg_gesamt.pdf) (PDF) In: *bundeswahlleiter.de*. 29. Juni 2021, abgerufen am 15. September 2021.
261. *Ergebnisse früherer Bundestagswahlen.* (https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf) (PDF) In: *bundeswahlleiter.de*. 8. November 2018, abgerufen am 15. September 2021.
262. *Ergebnisse früherer Europawahlen.* (https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/0872e1f8-935a-45d6-a0f1-a3352fb4bc69/ew_ergebnisse_gesamt.pdf) (PDF) In: *bundeswahlleiter.de*. 1. Oktober 2019, abgerufen am 15. September 2021.
263. *FDP erzielt 58 kommunale Mandate an der Saar* (<https://www.liberales.de/content/fdp-erzielt-58-kommunale-mandate-der-saar>), *liberales.de*
264. *Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 26. Mai 2013* (https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Schleswig-Holstein/Kommunalwahlen/2013/SH_KW_2013_Endg_Bericht_Internet.pdf), auf *statistik-nord.de* (PDF; 462 kB)
265. *FDP-Politiker Thomas Kemmerich ist neuer Ministerpräsident.* (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/thueringen-fdp-kandidat-ist-neuer-ministerpraesident>) *Zeit.de*, abgerufen am 5. Februar 2020.
266. *Tausende bei Demonstrationen gegen Kemmerich-Wahl.* (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kemmerich-wahl-in-thueringen-tausende-demonstrieren-16619374.html>) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, abgerufen am 6. Februar 2020.

267. *Standpunkte der Parteien und Einschätzungen von Experten.* (https://www.deutschlandfunk.de/nach-der-thueringen-wahl-standpunkte-der-parteien-und.2897.de.html?dram:article_id=469796) *Deutschlandfunk*, abgerufen am 7. Februar 2020.
268. *Hunderte Menschen demonstrieren vor FDP-Zentrale in Berlin.* (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hunderte-menschen-demonstrieren-vor-fdp-zentrale-in-berlin-a-0186cf9d-76f5-4d53-8257-04af24ae72c4>) *Spiegel Online*, abgerufen am 5. Februar 2020.
269. *„Schämt Euch!“* (<https://taz.de/Demonstrationen-gegen-die-FDP/!5662198/>) *Taz*, abgerufen am 5. Februar 2020.
-

Abgerufen von „https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Freie_Demokratische_Partei&oldid=235830478“

Diese Seite wurde zuletzt am 26. Juli 2023 um 13:36 Uhr bearbeitet.

Der Text ist unter der Lizenz „Creative-Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den Nutzungsbedingungen und der Datenschutzrichtlinie einverstanden.
Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.